

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**  
**UND ÖFFENTLICHER DIENST DER WALLONIE**

[2024/203193]

**6. JUNI 2024 — Ausführendes Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet**

Aufgrund der Verfassung, Artikel 39 und 139;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 6 § 1 VIII. Absatz 1 Nummer 4 und 92bis § 1, zuletzt abgeändert durch das Sondergesetz vom 30. Juli 2018;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 55bis, eingefügt durch das Gesetz vom 5. Mai 1993 und abgeändert durch das Gesetz vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Dekrets des Parlaments der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1/1, eingefügt durch das Dekret vom 28. April 2014;

Aufgrund des Dekrets des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1.1, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet, Artikel 3, Artikel 10 § 2 Absätze 1 und 2, Artikel 12 § § 1 und 2, Artikel 16 § 2 Absatz 2, Artikel 17 § 2 Absatz 2, Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 3, Artikel 27 § 1 Absatz 1 und § 2, Artikel 28 § 1 Absatz 2, Artikel 31 Absatz 2, Artikel 32 § 1 Absatz 3 und Artikel 45;

Die Wallonische Regierung in Person des Ministerpräsidenten und in Person des Ministers für lokale Behörden, und  
die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Person des Ministerpräsidenten, zuständig für die lokalen Behörden,

vereinbaren Folgendes:

*KAPITEL I — Wahlverrichtungen*

*Abschnitt 1 — Aufteilung der Wähler, Wahlaufforderung und Anweisungen*

**Artikel 1** - In Anwendung von Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet, hiernach "das Zusammenarbeitsabkommen" genannt, beträgt die Anzahl zur Wahl zugelassener Wähler 1.050 pro Wahlsektion, was fünf Wahlcomputern pro Wahlsektion und 210 Wählern pro Wahlcomputer entspricht.

**Art. 2** - § 1 - Die Wahlaufforderungen, die die Gemeindegremien den Wählern übermitteln, führen die in Artikel L4124-1 § 6 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, hiernach "der Kodex" genannt, genannten Angaben auf.

Die belgischen Wähler erhalten eine Wahlaufforderung in weißer Farbe. Die nicht-belgischen Wähler, die zur Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen zugelassen werden, erhalten eine Wahlaufforderung in blauer Farbe.

§ 2 - Das Muster der Wahlaufforderung für die belgischen Wähler wird in Anhang 1 aufgeführt. Das Muster der Wahlaufforderung für die nicht-belgischen Wähler wird in Anhang 2 aufgeführt.

**Art. 3** - Der Wortlaut der in Artikel L4142-37 § 2 des Kodex genannten Anweisungen für die Wähler wird im Anhang 3 aufgeführt.

*Abschnitt 2 — Zusammensetzung der Wahlvorstände*

**Art. 4** - Die in Artikel L4125-5 § 7 Absatz 4 des Kodex genannte Tabelle der Zusammensetzung der Wahlvorstände wird gemäß dem in Anhang 4a aufgeführten Muster aufgestellt. Die Vorsitzenden der Gemeindevorstände und der Kantonsvorstände vervollständigen sie gemäß den in Artikel L4125-5 § 7 Absätze 1 bis 3 des Kodex festgelegten Modalitäten.

Die Vorsitzenden der Gemeindevorstände stellen ebenfalls eine Tabelle der Zusammensetzung der Wahlvorstände gemäß dem in Anhang 4b aufgeführten Muster auf, von der ein Auszug den Vorsitzenden der Wahlbürovorstände im Hinblick auf die Erstellung des Verzeichnisses der abwesenden Beisitzer gemäß Artikel L4143-28 § 1 Nummer 13 des Kodex übermittelt wird.

*Abschnitt 3 — Ausstellung des Wählerregisters*

**Art. 5** - § 1 - Gemäß Artikel L4122-7 § 1 des Kodex und unter Einhaltung der in dieser Bestimmung vorgesehenen Bedingungen kann jede politische Partei mit einer regionalen oder provinziellen laufenden Nummer, ab der Bestätigung des Wählerregisters durch den Provinzgouverneur und bis zu sieben Tage nach diesem Datum, einen Antrag an die Wallonische Regierung oder die von ihr beauftragte Person stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.

Das Muster des zu verwendenden Antragsformulars wird im Anhang 5a aufgeführt.

§ 2 - Gemäß Artikel L4122-8 § 1 des Kodex und unter Einhaltung der in dieser Bestimmung vorgesehenen Bedingungen kann der Anmelder einer Kandidatenliste, die über keine regionale oder provinzielle laufende Nummer verfügt, ab der Bestätigung des Wählerregisters durch den Provinzgouverneur, im Auftrag der Kandidatenliste einen Antrag an das Gemeindegremium stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.

Das Muster des zu verwendenden Antragsformulars wird im Anhang 5b aufgeführt.

§ 3 - Für die Ausstellung der Exemplare des Wählerregisters wird ein Dateiformat genutzt, dessen Struktur es ermöglicht, die enthaltenen Daten direkt in eine Anwendung zu importieren, anhand derer sie auf mehrfache Weise verarbeitet werden können, und insbesondere die Ausstellung von Wählerlisten mit bestimmten Auswahlkriterien ermöglichen.

#### Abschnitt 4 — Wahlausgaben

**Art. 6** - Die bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte von den Listen und den Kandidaten gemäß Artikel L4131-4 § 1 Absätze 1 bis 3 des Kodex zu verwendenden Formulare in Bezug auf die Erklärung ihrer Wahlausgaben und des Ursprungs ihrer Geldmittel werden in den Anhängen 6a bis 6d aufgeführt.

**Art. 7** - Gemäß Artikel L4131-4 § 1 Absatz 2 des Kodex stellen bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte die Listen und Kandidaten mittels des im Anhang 7 aufgeführten Formulars das Verzeichnis der natürlichen Personen auf, die Spenden von 125 Euro und mehr entrichtet haben.

#### Abschnitt 5 — Wahl mittels Vollmacht

**Art. 8** - Das verpflichtend zu verwendende Formular, das die Wähler zur Wahl mittels Vollmacht nutzen, wird im Anhang 8 aufgeführt. Es enthält das Muster der vorherigen ehrenwörtliche Erklärung im Sinne von Artikel L4132-1 § 1 Nummer 2 Absatz 3 des Kodex sowie das Muster der Bescheinigung und das Muster der schriftlichen ehrenwörtlichen Erklärung im Sinne von Artikel L4132-1 § 1 Nummer 4 Absatz 3 des Kodex.

**Art. 9** - In dem in Artikel L4132-1 § 1 Nummer 4 Absatz 1 des Kodex erwähnten Fall legt der Wähler, der die Vollmacht erteilt, einen der folgenden Rechtfertigungsbelege vor:

1. eine Bescheinigung des Reiseveranstalters;
2. einen gültigen Fahrschein;
3. einen gültigen Buchungsnachweis.

Um gültig zu sein, müssen die in Absatz 1 genannten Rechtfertigungsbelege die Identität des Wählers, der die Vollmacht erteilt, und das Datum des Aufenthalts angeben. Der Begriff "Identität" umfasst den Namen, den/die Vornamen und die Anrede des Wählers. Die Rechtfertigungsbelege weisen nach, dass das Ziel des Aufenthalts außerhalb des belgischen Hoheitsgebiets liegt.

**Art. 10** - § 1 - Gemäß Artikel L4132-1 § 5 des Kodex führt jede Gemeinde ein Sonderregister der Vollmachten, dessen Muster im Anhang 9 aufgeführt wird.

§ 2 - Das Gemeindepersonal sorgt für die Führung und Verwaltung des Sonderregisters der Vollmachten ab dem Zeitpunkt, an dem das Vollmachtsformular gemäß Artikel L4132-1 § 3 Absatz 1 des Kodex den Wählern in der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellt wird, und bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Sonderregister der Vollmachten und eine Abschrift dieses gemäß Artikel L4143-28 § 3 Absatz 1 des Kodex den Regierungen übergeben wird.

#### Abschnitt 6 — Wahlkosten

**Art. 11** - § 1 - Der Betrag des Anwesenheitsgelds wird für die Vorsitzenden der Wahlbürovorstände auf 30 Euro festgelegt. Er wird für die anderen Mitglieder dieser Vorstände auf 20 Euro festgelegt. Gemäß Artikel 25 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens werden diese Beträge um fünfzig Prozent erhöht.

Der Betrag des Anwesenheitsgelds wird für die Vorsitzenden der Kreisvorstände und der Kantonsvorstände auf 75 Euro festgelegt. Er wird für die anderen Mitglieder dieser Vorstände auf 50 Euro festgelegt.

§ 2 - Die in Paragraph 1 genannten Beträge sind für jede Sitzung des Wahlvorstands anwendbar:

1. Für die Wahlbürovorstände handelt es sich um die Sitzung zur Aufnahme der Wähler, die gekommen sind, um ihre Stimme abzugeben.

2. Für die Kreisvorstände handelt es sich um die Sitzungen:

- a) zur Entgegennahme der Wahlvorschläge;
- b) zur Prüfung der Zulässigkeit der Vorschläge;
- c) zum vorläufigen Abschluss der Kandidatenlisten;
- d) zum Empfang der Beschwerden gegen Kandidaturen und der Einsprüche gegen die Zurückweisung bestimmter Kandidatenlisten;
- e) zur Hinterlegung der Berichtigungsurkunden;
- f) zum endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten;
- g) zur provinziellen und kommunalen Auslosung und zur Überprüfung und Billigung der Unterlagen mit allen laufenden Nummern und Kürzeln der vorgeschlagenen Listen und mit den Kandidatenlisten, so wie das Programm sie auf dem Bildschirm erscheinen lassen wird;
- h) zur Entgegennahme der Benennungen der Zeugen und Ersatzzeugen;
- i) zur Verteilung der Sitze zwischen den Listen am Tag der Wahl und zur Bestimmung der Gewählten und Ersatzmitglieder;
- j) zur Listenverbindung.

3. Für die Kantonsvorstände handelt es sich um die Sitzung zur Ausbildung der Vorsitzenden der Wahlbürovorstände, insofern diese stattfindet, und um die Sitzung zur Stimmenaushaltung für den Bereich des Kantons.

§ 3 - Die in Paragraph 1 genannten Beträge werden nicht indexiert.

§ 4 - Gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens werden die den Mitgliedern der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände gewährten Anwesenheitsgelder auf der Grundlage der Liste der anwesenden Mitglieder des Wahlvorstands, die der Vorsitzende des betroffenen Wahlvorstands zustellt, durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgezahlt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands oder des Wahlbürovorstands übermittelt die Identitäten und die Bankkontonummern der Mitglieder dieser Vorstände. Zu diesem Zweck nutzt er ein verpflichtend zu verwendendes Formular, das gemäß dem in Anhang 10 aufgeführten Muster aufgestellt wird.

§ 5 - Die den Mitgliedern des Distriktvorstands und der Kantonsvorstände gewährten Anwesenheitsgelder werden auf der Grundlage der Liste der anwesenden Mitglieder des Wahlvorstands, die der Vorsitzende des betroffenen Wahlvorstands zustellt, durch die Provinz Lüttich ausbezahlt.

Der Vorsitzende gibt die Identitäten und die Bankkontonummern der Mitglieder des Distriktvorstands und der Kantonsvorstände in das durch den Vorstand genutzte Wahlprogramm ein, gemäß den in Artikel 15 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 21. März 2024 zur Festlegung der Modalitäten für gewisse Wahlverrichtungen und zur Erteilung von Befugnisermächtigungen an den Minister für lokale Behörden bei der Organisation der Lokalwahlen festgelegten Modalitäten.

**Art. 12 - § 1** - Neben den in Artikel 11 aufgelisteten Sitzungen können die Mitglieder der Kreisvorstände und Kantonsvorstände dazu gebracht werden, für den guten Ablauf der Wahlen notwendige Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben eröffnen das Recht auf eine Entschädigung und betreffen:

1. die Sendung der durch den Kodex oder das Zusammenarbeitsabkommen verlangten Schreiben, Aufstellungen und Tabellen einschließlich des Versands der Protokolle,
2. das Verfahren zur Bestimmung der Vorstandsmitglieder,
3. die Maßnahmen zur Untersuchung der Wählbarkeit der Kandidaten,
4. die digitale Codierung der Listen und ihre Übermittlung,
5. die Korrekturen anschließend an die Überprüfung von Doppelkandidaturen durch die Regierungen,
6. die Aktualisierung der Wahlbildschirme in den Kreisvorständen,
7. die Übermittlung der offiziellen Kandidatenliste an diese und an die Anmelder, die es beantragen,
8. die Übermittlung der Auszüge aus dem Auszählungsprotokoll der Wahl an die Gewählten.

§ 2 - Die in Paragraph 1 beschriebenen Aufgaben werden nur dann entschädigt, wenn sie außerhalb der Arbeitszeiten der Mitglieder der betreffenden Vorstände in Ausübung ihres Berufs liegen. Für die Aufgaben, die dem Vorsitzenden obliegen, wird die Entschädigung unter Bezugnahme auf die Gehaltstabelle der Chefgreffiers festgelegt. Für Aufgaben, die nicht spezifisch dem Vorsitzenden obliegen, wird die Entschädigung unter Bezugnahme auf die Gehaltstabelle der Greffiers bei den Gerichten erster Instanz festgelegt.

§ 3 - Die Forderungsanmeldung betreffend die gemäß Paragraph 1 geleisteten Aufgaben wird an die Provinz Lüttich gerichtet; ihr werden die Aufstellung der geleisteten Stunden und der Rechtfertigungsbelege beigefügt. Diese Forderungsanmeldung wird gemäß dem in Anhang 11 aufgeführten Muster aufgestellt.

§ 4 - Anträge auf Entschädigung für eine Aufgabe, die nicht ausdrücklich in der Liste gemäß Paragraph 1 erwähnt wäre, müssen Gegenstand einer Forderungsanmeldung aufgrund des in Anhang 12 aufgeführten Musters sein, in der die Notwendigkeit dieser Aufgabe im Wahlverfahren und die Unmöglichkeit, sie während der Arbeitszeiten zu verrichten, nachgewiesen werden.

Die Vergütung für diese Aufgaben erfolgt auf der Grundlage dieser Forderungsanmeldung. Der Betrag der Entschädigung wird unter Bezugnahme auf die Gehaltstabelle der Greffiers bei den Gerichten erster Instanz festgelegt.

**Art. 13** - Die tatsächlichen Kosten, die die Mitglieder der Kreisvorstände und der Kantonsvorstände im Rahmen ihrer Aufgabe entrichtet haben, werden auf Grundlage einer Forderungsanmeldung gemäß dem im Anhang 13 aufgeführten Muster, der die entsprechenden Rechtfertigungsbelege beigefügt werden, rückerstattet; die Forderungsanmeldung wird der Provinz Lüttich übermittelt. Diese Kosten betreffen die Vervielfältigung von Unterlagen, die Telefonanrufe, die Schreibwaren, den Transport von Zubehör und sonstige gleichartige Ausgaben.

**Art. 14** - Die Mitglieder der Wahlvorstände, die Anrecht auf eine Kostenentschädigung für Fahrten außerhalb der Gemeinde ihres Wohnorts haben, übermitteln ihre Forderungsanmeldung:

1. für die Mitglieder der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände: dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die Gesamtheit der Formulare sammelt und sie der Provinz Lüttich im Hinblick auf die Auszahlung weiterleitet;
2. für die Mitglieder des Distriktvorstands und der Kantonsvorstände: gemäß den in Artikel 20 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 21. März 2024 zur Festlegung der Modalitäten für gewisse Wahlverrichtungen und zur Erteilung von Befugnisermächtigungen an den Minister für lokale Behörden bei der Organisation der Lokalwahlen festgelegten Modalitäten.

Für die Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Fälle wird das verpflichtend zu verwendende Formular gemäß dem in Anhang 14 aufgeführten Muster aufgestellt.

Die den Mitgliedern der Wahlvorstände gewährte Kostenentschädigung für Fahrten wird auf 0,4280 Euro pro zurückgelegten Kilometer festgelegt.

**Art. 15 - § 1** - Die in Artikel L4135-5 des Kodex genannten Wähler, die Anrecht auf eine Kostenentschädigung für Fahrten haben, übermitteln ihre Forderungsanmeldung an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die Gesamtheit der Formulare sammelt und sie der Provinz Lüttich im Hinblick auf die Auszahlung weiterleitet.

Das verpflichtend zu verwendende Formular wird gemäß dem in Anhang 15 aufgeführten Muster aufgestellt. Dem Antrag werden folgende Rechtfertigungsbelege beigefügt:

1. die vom Wahlbürovorstand abgestempelte Wahlaufforderung;
2. eine der folgenden Unterlagen:
  - a) eine Bescheinigung des Arbeitgebers, aus der ersichtlich ist, dass sie von ihm bezahlt werden, wenn es sich um Wähler handelt, die Gehalts- oder Lohnempfänger sind und die entweder im Auftrag im Ausland sind oder ihren Beruf in einer anderen Gemeinde ausüben als der, in der sie wählen müssen;
  - b) eine Bescheinigung der Leitung der Unterrichtseinrichtung, aus der ersichtlich ist, dass sie ordnungsgemäß eingetragen sind, wenn es sich um Wähler handelt, die sich aufgrund ihres Studiums in einer anderen Gemeinde aufhalten als der, in der sie wählen müssen;
  - c) eine Bescheinigung der Leitung des Aufnahmezentrums, der Pflegeanstalt oder der Gesundheitseinrichtung, aus der ersichtlich ist, dass sie dort aufgenommen oder in Behandlung sind, wenn es sich um Wähler handelt, die sich aus medizinischen Gründen in einer anderen Gemeinde aufhalten als der, in der sie wählen müssen;

3. gegebenenfalls der benutzte Fahrschein der öffentlichen Verkehrsmittel.

§ 2 - Wähler, die für ihre Fahrt die Linien der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen nutzen, können, anstatt die Erstattung ihrer Kosten zu beantragen, eine kostenlose Fahrkarte 2. Klasse erhalten, wenn sie am Abfahrtsbahnhof ihre Wahlaufforderung und ihren Personalausweis, sowie eine der in Paragraph 1 genannten Unterlagen vorlegen.

Der ausgestellte Fahrschein ist vom Freitag vor dem Wahltag bis zum nächsten Sonntag gültig. Er kann für die Rückfahrt nur auf Vorlage der ordnungsgemäß vom Wahlbürovorstand abgestempelten Wahlaufforderung genutzt werden.

§ 3 - Die Kosten werden auf Grundlage des Tarifs für den Personentransport in 2. Klasse rückerstattet, so wie er am Tag der Wahl von der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen angewandt wird.

**Art. 16 - § 1** - Die Provinz Lüttich schließt bei einer Versicherungsgesellschaft eine Versicherung zur Deckung von körperlichen Schäden ab, die durch Unfälle entstehen, die Mitgliedern der Wahlvorstände bei den Wahlen sowohl in der Ausübung ihres Amtes als auch auf dem Weg von ihrem Wohnsitz zum Tagungsort ihres Vorstands und zurück zustoßen können.

Der Begriff "Weg vom Wohnsitz des Versicherten zum Tagungsort seines Vorstands und zurück" wird gemäß Artikel 8 des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle bestimmt.

Die in Absatz 1 genannte Versicherung deckt:

1. die körperlichen Schäden, die durch Unfälle entstehen, die Mitgliedern der Wahlvorstände in der Ausübung ihres Amtes oder auf dem Weg von ihrem Wohnsitz zum Tagungsort ihres Vorstands und zurück zustoßen;
2. die zivilrechtliche Haftung für Schäden, die Mitglieder der Wahlvorstände Drittpersonen durch eigenes Zutun oder Verschulden in der Ausübung ihres Amtes oder auf dem Weg von ihrem Wohnsitz zum Tagungsort ihres Vorstands und zurück zufügen.

§ 2 - Untereinander gelten die Versicherten als Drittpersonen.

§ 3 - Mitglieder der Wahlvorstände, die der durch das Gesetz vom 3. Juli 1967 über den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor eingeführten Regelung unterliegen, sind von der in Paragraph 1 erwähnten Deckung ausgeschlossen.

§ 4 - Decken eine beziehungsweise mehrere Versicherungen ganz oder teilweise die Risiken, die auch durch vorliegenden Artikel gedeckt werden, bildet die in Paragraph 1 erwähnte Versicherung nur eine Ergänzung, nach Erschöpfung dieser Versicherungen.

§ 5 - Die Versicherung läuft je nach Kategorie der zusammensetzenden Wahlvorstände ab dem Datum, das durch den Kodex für die erste Tagung festgelegt ist. Sie endet am Datum, an dem diese Vorstände all ihre Verrichtungen durchgeführt haben.

§ 6 - Die Prämie, die dem Versicherer in Anwendung des Versicherungsvertrags gezahlt wird, ist Gegenstand einer Erstattung, die sich auf die Hälfte der Differenz zwischen 85 Prozent des Prämienbetrags und dem Betrag der Ausgaben beläuft; das heißt die Beträge, die für Schadensfälle gezahlt werden, und Rückstellungen für eventuell noch abzuwickelnde Schadensfälle.

**Art. 17** - Gemäß den Artikeln 12 § 1 und 13 des Zusammenarbeitsabkommens sorgt die Provinz Lüttich für die Begleichung der Schuldforderungen, die sich auf die im vorliegenden Abschnitt genannten Wahlkosten beziehen; danach tätigt sie die entsprechenden Beitreibungen bei den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets auf Grundlage der jeweiligen Zahl der eingetragenen Wähler

#### *Abschnitt 7 — Wahllokale und Wahleinrichtungen*

**Art. 18** - Für die Anwendung von Artikel L4123-1 § 3 des Kodex sucht der Provinzgouverneur oder der von ihm bestimmte Beamte in Übereinstimmung mit dem Gemeindegremium die Wahllokale aus, indem er den bestehenden und im Hinblick auf eine verbesserte Zugänglichkeit angepassten Gemeindegebäuden aufgrund der folgenden Kriterien den Vorzug gibt:

1. Die Lokale befinden sich im Erdgeschoss.
2. Die Lokale weisen Zugangskorridore auf, deren Breite ausreicht, um den Rollstuhlfahrern einen leichten Zugang zu ermöglichen.
3. Alle Außen- und Innentüren der Lokale weisen eine Durchgangsbreite von wenigstens 85 cm auf; die eventuellen Schleusenräume und Korridore weisen eine freie Rotationsfläche von mindestens 1,5 Metern auf.
4. Die Lokale sind so anzulegen, dass es möglich ist, im Erdgeschoss wenigstens eine angepasste Wahlkabine oder einen vor fremden Blicken geschützten Tisch vorzusehen.
5. Die Lokale sind mit einem Aufzug ausgestattet.
6. Falls die Lokale nur über eine Treppe zugänglich sind, so verfügt diese über rutschfeste Stufen und sie ist an beiden Seiten mit einem festen und ununterbrochenen Handlauf ausgestattet.
7. Die nähere Umgebung der Lokale sieht bequeme Parkmöglichkeiten vor oder ist durch öffentliche Verkehrsmittel leicht erreichbar.
8. Die Zufahrtswege zu den Lokalen erlauben einen bequemen Zugang zu diesen.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 5 genügt der Aufzug den folgenden technischen Anforderungen:

1. Die Ruf- und Bedienungssysteme müssen von allen Personen mit Beeinträchtigung gegebenenfalls durch Leucht- und Sprachvorrichtungen erkennbar sein.
2. Der Ruftaster befindet sich zwischen 80 und 95 cm über dem Boden.
3. Eine Wendefläche von 1,5 Metern, frei von jedem Hindernis, ist vor dem Ruftaster vorgesehen.
4. Die Kabine ist ausreichend tief und breit.
5. Die Tür weist eine Durchgangsbreite von wenigstens 90 cm auf.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 7 ist die leichte Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel gegeben, wenn sich in der Nähe des Gebäudes eine Bushaltestelle befindet.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 8 wird vorausgesetzt, dass die Zufahrtswege einen bequemen Zugang zu den Lokale erlauben, wenn die Fläche wenigstens 120 cm breit ist, vorzugsweise waagrecht ist, keine Stufen oder Absätze aufweist, mit einem festen und rutschfesten Belag, ohne Hindernisse für die Räder und ohne Löcher oder Risse mit einer Breite von mehr als einem Zentimeter.

Gemäß Artikel L4133-1 § 1 des Kodex verwendet der Wähler, der eine Erklärung einreichen möchte, um an ein angepasstes Wahlzentrum verwiesen zu werden, das in Anhang 16 aufgeführte Formular.

**Art. 19 - § 1** - In jedem Wahllokal werden die Wahlkabinen so eingerichtet und aufgestellt, dass jeder Wähler geschützt von den Blicken von anderen Personen seine Stimmabgabe ohne Einmischung noch Unterbrechung vornehmen kann.

Die Wahlkabinen genügen folgenden Grundsätzen:

1. Die Höhe der Wahlkabine ist zureichend, um zu verhindern, dass die sich in angrenzenden Wahlkabinen befindenden Wähler die Stimmabgabe ihres Nachbarn sehen können.

2. Der Tisch ist ausreichend breit und tief, dass der Wahlcomputer dort aufgestellt werden kann.

Die Gestaltung der Wahlkabinen entspricht den folgenden Anforderungen:

1. eine ca. 210 cm hohe rückseitige Trennwand;

2. zwei seitliche Trennwände gleicher Höhe;

3. eine als Pult dienende verstellbare Platte;

4. eine Metallstange für einen Vorhang;

5. ein Vorhang.

§ 2 - Die angepasste Wahlkabine entspricht den folgenden Anforderungen:

1. Die Oberkante der Platte ist auf einer Höhe von höchstens 80 cm angebracht und besitzt eine Breite von 100 cm und eine Tiefe von 60 cm.

2. Der Raum unter der Platte bleibt frei, um ein gutes Positionieren der Rollstuhlfahrer zu ermöglichen.

Die angepasste Wahlkabine wird im Erdgeschoss, in einem Wahllokal oder in dessen Nähe, aufgestellt, um einen bequemen Zugang der auf Unterstützung angewiesenen Wähler, die diese nutzen möchten, zu ermöglichen. Alle Niveauunterschiede im Erdgeschoss werden mit einer vorläufigen oder endgültigen Rampe ausgeglichen, um einen bequemen Verkehr und zugleich die Sicherheit der vorbeigehenden Personen zu gewährleisten.

#### *Abschnitt 8 — Wahlvorgang*

**Art. 20 - § 1** - Gemäß Artikel L4143-20 § 2 Absätze 2 bis 4 des Kodex vervollständigen der Sekretär des Wahlbürovorstands und der Vorsitzende oder ein von ihm bestimmter Beisitzer die zwei ersten Abschriften des Abstimmungsregisters, indem sie das oder die folgenden Schriftzeichen in dem Feld gegenüber dem Namen des Wählers eintragen:

1. ein Kreuz, wenn der Wähler persönlich seine Stimme abgibt;

2. ein Kreuz gefolgt von einem anderen Kreuz, wenn der Wähler persönlich seine Stimme abgibt, aber sich in einem der in Artikel L4143-20 § 3 und 4 des Kodex genannten Fälle befindet;

3. der Buchstabe P, wenn der Wähler mittels Vollmacht seine Stimme abgibt; das heißt, wenn der Wähler nicht persönlich an der Wahl teilnimmt, aber einen anderen Wähler zu diesem Zweck bevollmächtigt;

4. die Buchstaben PP, wenn der Wähler persönlich für sich seine Stimme abgibt und gleichzeitig über eine Vollmacht für einen anderen Wähler verfügt, sei dieser in demselben Wahlbüro zur Stimmabgabe aufgefordert oder nicht;

5. die Buchstaben AC, wenn der Wähler persönlich seine Stimme abgibt, aber hierfür die Begleitung im Sinne der Artikel L4133-2 und L4143-21 § 3 Absätze 2 und 3 des Kodex benötigt;

6. der Buchstabe A, wenn der Wähler nicht seine Stimme abgibt und somit als abwesend erachtet wird.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 5 werden die Namen des begleiteten Wählers und seines Begleiters gemäß Artikel L4143-21 § 3 Absätze 2 und 3 des Kodex im Protokoll vermerkt. In demselben Fall und wenn der begleitete Wähler und sein Begleiter beide Wähler in derselben Gemeinde sind, ohne aber in demselben Wahlbüro zur Stimmabgabe aufgefordert worden zu sein, wird der Name des Begleiters gemäß Artikel L4143-20 § 7 Absatz 2 des Kodex in dem in Artikel L4143-25 § 1 Nummer 2 des Kodex erwähnten Verzeichnis vermerkt.

§ 2 - Die Mitglieder des Wahlbüros vervollständigen die dritte Abschrift des Abstimmungsregisters, indem sie die Felder hervorheben, die sich auf die abwesenden Wähler und auf die Wähler, die Entschuldigungsgründe geltend machen, beziehen. Die dritte Abschrift des Abstimmungsregisters gilt als das in Artikel L4143-25 § 1 Nummer 3 des Kodex genannte Verzeichnis.

### *KAPITEL II — Digitale und automatisierte Wahlverrichtungen*

#### *Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Art. 21** - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. Sitzübertragung: die in Artikel L4112-20 § 3 des Kodex genannte Verrichtung;

2. Kodierung: die Eingabe von Daten, mittels einer Wahlanwendung, über eine Eingabeschnittstelle

3. Anwendung: ein Computerprogramm, das die strukturierte Kodierung von Wahldaten sowie deren automatisierte Verarbeitung ermöglicht;

4. digitale Wahlverrichtungen: die Wahlverrichtungen, die eine dematerialisierte Übermittlung beinhalten;

5. digitale und automatisierte Wahlverrichtungen: die Wahlverrichtungen, die sowohl eine dematerialisierte Übermittlung als auch eine selbstausführende Verarbeitung ohne menschliches Eingreifen beinhalten;

6. Stimmenauszählung: die in Artikel L4112-19 § 2 des Kodex genannte Verrichtung;

7. für den Vorgang Verantwortlicher: die Person, die identifiziert wurde, um eine Verrichtung zur Kodierung, zur Übermittlung oder zur automatisierten Verarbeitung auszuführen;

8. automatisierte Verarbeitung; die Anwendung einer Reihe von Anweisungen, die in einer bestimmten Reihenfolge und durch einen digitalen Prozess unter menschlicher Aufsicht ausgeführt werden;

9. digitale Übermittlung; der Vorgang der Übertragung von Daten auf digitalem Weg oder der Fernkodierung von Daten über eine digitale Verbindung auf ein bestimmtes Speichermedium.

**Art. 22** - § 1 - Über die in Kapitel 3 genannte Wahlanwendung für den Betrieb des elektronischen Wahlsystems mit Papierbescheinigung hinaus ist die in Artikel L4141-1 Absatz 1 des Kodex genannte Wahlanwendung die hauptsächlichste Wahlanwendung zur Verwaltung der Kandidaturen, zur Übermittlung und Verarbeitung der Wahlergebnisse sowie zur Verwaltung und Verarbeitung der Wahlangaben.

§ 2 - Die Nutzer der hauptsächlichsten Wahlanwendung sind:

1. die Beauftragten der Regierungen im Rahmen ihres Auftrags zur Aufsicht der Verrichtungen;
2. die Vorsitzenden der Kreisvorstände und Kantonsvorstände;
3. die Sekretäre der Kreisvorstände und Kantonsvorstände;
4. die Beisitzer der Kreisvorstände und Kantonsvorstände;
5. das Gemeindegremium oder sein Beauftragter;
6. der Provinzgouverneur;
7. die in Artikel L4112-16 Absatz 4 des Kodex genannten Anmelder;
8. die Kandidaten;
9. die unterstützenden Ratsmitglieder;
10. die unterstützenden Wähler;
11. die Zeugen.

§ 3 - Außer der in Paragraf 1 genannten Anwendung umfasst das von der Wallonischen Regierung zur Verfügung gestellte regionale EDV-System:

1. einen gesicherten regionalen Server;
2. ein gesichertes Netzwerk.

§ 4 - Die Kodierungs- und Übertragungsvorgänge beginnen erst nach der authentifizierten Identifizierung des betreffenden Nutzers.

Aus organisatorischen Gründen kann der für den Vorgang Verantwortliche die materiellen Vorgänge zur Kodierung der Daten an eine oder mehrere Personen seiner Wahl delegieren, die unter seiner unmittelbaren Aufsicht handeln.

Jede Person, die unter der Aufsicht des für den Vorgang Verantwortlichen handelt und Zugang zu den Wahldaten hat, verarbeitet diese nur auf Anweisung des für den Vorgang Verantwortlichen.

§ 5 - Für alle Vorgänge, die mithilfe der hauptsächlichsten Wahlanwendung durchgeführt werden, stellt die Wallonische Regierung den in Paragraf 2 genannten Nutzern den gesicherten regionalen Server zur Verfügung. Der Zugriff auf den gesicherten regionalen Server erfolgt mittels eines starken Authentifizierungsverfahrens, das es ermöglicht, die Identität der Personen mit einem sehr hohen Zuverlässigkeitsgrad zu bescheinigen.

Der beauftragte Beamte der Verwaltung der Wallonischen Region teilt die technischen Bedingungen und die Modalitäten für den Anschluss an den gesicherten regionalen Server mit.

Im Falle einer Anfechtung der Genauigkeit der auf dem gesicherten regionalen Server kodierten Daten ist nur das von dem betreffenden Wahlvorstand unterzeichnete Protokoll rechtsverbindlich.

§ 6 - Die hauptsächlichste Wahlanwendung ermöglicht die Eingabe der Bankdaten der Mitglieder des Distriktvorstands und des Kantonsvorstands im Hinblick auf die Zahlung der Anwesenheitsgelder gemäß Artikel L4135-2 § 3 Nummer 1 des Kodex.

§ 7 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellen fest, dass die hauptsächlichste Wahlanwendung die Datenintegrität und das Wahlgeheimnis auf der Grundlage eines Berichts garantiert, der von einer Prüfstelle geliefert wird, die gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 3. September 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Behörde, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Bestimmung einer gemeinsamen Liste von Prüfstellen, die für die Kontrolle der digitalen Wahlsysteme zugelassen sind, und die Ausarbeitung der künftigen Zusammenarbeit bestimmt wurde. In der Woche nach dem Wahltag veröffentlichen die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Quellcodes der Wahlanwendungen, ohne dass ein kryptografischer Schlüssel oder ein Passwort erscheint.

§ 8 - Die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legen das Standardformat für die Übermittlung der Wahldaten bezüglich der Kandidaturen und der Totalisierung der Ergebnisse fest.

## *Abschnitt 2 — Kandidaturen*

### Unterabschnitt 1 — Wahlvorschläge und Zulässigkeit der Wahlvorschläge

**Art. 23** - Die Wahlvorschläge für die Provinzial- und Gemeinderatswahlen erfolgen elektronisch mithilfe der hauptsächlichsten Wahlanwendung, die durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

Diese hauptsächlichste Wahlanwendung ermöglicht die elektronische Signatur des Anmelders, der Kandidaten, der Zeugen, der unterstützenden Ratsmitglieder oder Wähler sowie das Hochladen aller in Artikel L4142-4 § 6 des Kodex genannten Dokumente, die für die Kandidatur notwendig sind.

**Art. 24** - Nach Abschluss der Kodierung erstellt die Anwendung ein Dokument, das den Tag und die Uhrzeit der Einreichung des Wahlvorschlags angibt und eine Ordnungsnummer enthält, die an den in Artikel L4142-3 Absatz 2 des Kodex genannten Tagen dem Vorsitzenden des Kreisvorstands mitgeteilt wird. Das Dokument enthält die notwendigen Informationen, die es dem Kreisvorstand ermöglichen, die elektronisch gesammelten Daten zu überprüfen.

**Art. 25** - An den in Artikel L4142-3 Absatz 2 des Kodex vorgesehenen Daten händigt der Vorsitzende des Kreisvorstands eine Empfangsbestätigung über das Einreichen eines Wahlvorschlags aus.

**Art. 26** - Der Vorsitzende des Kreisvorstands nimmt die Kodierung der Wahlvorschläge vor, die nicht auf elektronischem Wege eingereicht werden. Er kann den materiellen Vorgang zur Kodierung der Wahlvorschläge an eine oder mehrere Personen delegieren, die unter seiner unmittelbaren Aufsicht handeln.

#### Unterabschnitt 2 — Vorläufiger Abschluss der Kandidatenlisten

**Art. 27** - Am in Artikel L4142-11 des Kodex vorgesehenen Datum und nachdem der Vorstand die in Artikel L4142-12 bis 15 des Kodex erwähnten Verrichtungen durchgeführt hat, gibt der Vorsitzende des Vorstands die Kandidatenlisten, so wie sie vom Vorstand vorläufig abgeschlossen worden sind, in den regionalen Server ein.

Die Mitglieder des Vorstands sowie die bei der Sitzung anwesenden Zeugen nehmen die elektronische Signatur des Protokolls vor.

**Art. 28** - Im Falle einer Anfechtung der Genauigkeit der auf dem regionalen Server kodierten Daten ist nur das von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Vorstands unterzeichnete Protokoll rechtsverbindlich.

**Art. 29** - Die Beauftragten der Regierungen nehmen die Prüfung der Mehrfachkandidaturen gemäß Artikel L4142-17 des Kodex vor. Diese Prüfung erfolgt automatisch auf der Grundlage der Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen.

#### Unterabschnitt 3 — Endgültiger Abschluss der Kandidatenlisten

**Art. 30** - Am in Artikel L4142-22 des Kodex vorgesehenen Tag und nachdem der Kreisvorstand die in Artikel L4142-22 und 23 des Kodex erwähnten Verrichtungen durchgeführt hat, gibt der Vorsitzende des Vorstands die Kandidatenlisten, so wie sie vom Vorstand endgültig abgeschlossen worden sind, in den regionalen Server ein.

Die Mitglieder des Vorstands sowie die bei der Sitzung anwesenden Zeugen nehmen die elektronische Signatur des Protokolls vor.

Im Falle eines Einspruchs gibt der Vorsitzende des Vorstands die Änderungen an der Kandidatenliste in den regionalen Server ein, nachdem der Vorstand vom Beschluss des Appellationshofs Kenntnis genommen hat.

**Art. 31** - Im Falle einer Anfechtung der Genauigkeit der auf dem regionalen Server kodierten Daten ist nur das von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Vorstands unterzeichnete Protokoll rechtsverbindlich.

#### Abschnitt 3 — Stimmenauszählung und Sitzübertragung

**Art. 32** - Gemäß Artikel 29 des Zusammenarbeitsabkommens nimmt - je nach Fall - der Vorsitzende des Gemeinde- oder des Kantonsvorstands unmittelbar nach Entgegennahme des Datenträgers des Wahlbüros die Speicherung der Daten in der für die Totalisierung und Auszählung der Stimmen bestimmten Anwendung vor.

Aus organisatorischen Gründen kann der Vorsitzende des Vorstands den materiellen Vorgang der Speicherung an eine oder mehrere Personen seiner Wahl delegieren, die unter seiner unmittelbaren Aufsicht handeln.

**Art. 33** - Der Vorsitzende des Vorstands nimmt die Stimmenauszählung und gegebenenfalls die automatisierte Sitzübertragung vor, sobald er im Besitz der Ergebnisse aller Wahlbüros seines Wahlkreises ist.

Nachdem die in den regionalen Server eingegebenen Daten auf ihre Genauigkeit geprüft worden sind, speichert sie der Vorsitzende des Vorstands auf dem Server.

Die Mitglieder des Vorstands sowie die bei der Sitzung anwesenden Zeugen nehmen die elektronische Signatur des Protokolls vor.

**Art. 34** - In den Gemeindevorständen und in dem Distriktvorstand der Distrikte, wo die Möglichkeit der Gruppierung im Sinne von Artikel L4142-34 des Kodex nicht in Anspruch genommen worden ist, nehmen die Mitglieder des Vorstands sowie die bei der Sitzung anwesenden Zeugen die elektronische Signatur des Protokolls vor. Dieses Protokoll ist für die Beauftragten der Regierungen über ihren Zugang zum regionalen Server zugänglich.

**Art. 35** - Wurde die Möglichkeit der Gruppierung im Sinne von Artikel L4142-34 des Kodex in Anspruch genommen, nehmen die Mitglieder des Distriktvorstands sowie die bei der Sitzung anwesenden Zeugen die elektronische Signatur des in Artikel L4145-16/2 § 2 des Kodex genannten Protokolls vor.

Der Vorsitzende des Distriktvorstands übermittelt mithilfe des regionalen Servers dem Vorsitzenden des Zentralwahlvorstands des Bezirks eine entsprechende Abschrift.

#### Abschnitt 4 — Andere Wahlverrichtungen

**Art. 36** - Folgende andere Wahlverrichtungen erfolgen digital und automatisiert:

1. die kostenlose Zurverfügungstellung der für die Erstellung der Wählerregister notwendigen Daten durch den Föderalen Öffentlichen Dienst Inneres an die Gemeindegremien gemäß Artikel L4122-1 § 1 des Kodex;

2. die Übermittlungen des Wählerregisters im Rahmen des Verfahrens zur Kontrolle und zur Bestätigung dieses Registers gemäß Artikel L4122-4 § 1, § 2 Absatz 4 und § 3 Absatz 2 des Kodex;

3. die Benachrichtigung der betroffenen Gemeinden im Rahmen des Verfahrens zur Kontrolle und zur Bestätigung des Wählerregisters gemäß Artikel L4122-4 § 2 Absatz 2 des Kodex. Die Benachrichtigung und die Datenübermittlung erfolgen über die regionale Plattform für die sichere Übertragung von Dokumenten oder über ein anderes sicheres digitales Medium, das die Integrität der Daten wahrt. Die für den Versand verantwortlichen Personen verwenden ein System zur Datenverschlüsselung oder ein Passwort, um die Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten der Wähler zu gewährleisten;

4. die Bestätigung der Wählerregister durch den Provinzgouverneur mittels elektronischer Signatur gemäß Artikel L4122-4 § 3 Absatz 1 des Kodex;

5. die Ausstellung eines Exemplars des Wählerregisters an die Listen gemäß Artikel L4122-7 § 1 und L4122-8 § 1 des Kodex in einem gesicherten digitalen Format;

6. die Ausstellung eines Zertifikats durch die Gemeindeverwaltung gemäß Artikel L4142-4 § 6 Absatz 1 Nummer 10 und Absatz 5 des Kodex, wenn die unterzeichnenden Wähler, die Kandidaten und die Anmelder es im Rahmen der in Artikel L4122-9 des Kodex erwähnten Anfrage beantragen;

7. die Übermittlung eines Exemplars der gesamten Abstimmungsregister der Gemeinde durch das Gemeindegremium an den Provinzgouverneur gemäß Artikel L4123-2 § 2 Absatz 1 des Kodex;

8. die Bestätigung der Abstimmungsregister durch den Provinzgouverneur mittels elektronischer Signatur gemäß Artikel L4123-2 § 2 Absatz 1 des Kodex;

9. die Übermittlung eines Exemplars der mittels elektronischer Signatur bestätigten Abstimmungsregister durch den Provinzgouverneur an die Wallonische Regierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder an ihre Beauftragten gemäß Artikel L4123-2 § 3 des Kodex;

10. der Vergleich der Wählerregister zwecks Prüfung, ob Wähler in mehreren Wählerregistern aufgeführt sind, gemäß Artikel L4122-4 § 2 Absatz 1 des Kodex;

11. die Eintragung als Gemeindegewähler von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder von Drittstaaten über eine digitale Plattform, deren Funktionsmodalitäten durch das Gesetz geregelt sind;

12. die Einreichung des Formulars für die Beantragung von Anwesenheitsgeldern durch die Vorsitzenden der Distrikt- und Kantonsvorstände. Die Verwaltung der Wallonischen Region führt eine erste Kontrolle über die Anzahl der Anträge und die geforderten Beträge durch und leitet die Daten auf gesicherte Weise an die Provinz Lüttich zur Auszahlung weiter;

13. die Einreichung des Formulars für die Beantragung der Kostenentschädigung für Fahrten durch die Mitglieder der Distrikt- und Kantonsvorstände. Die Verwaltung der Wallonischen Region nimmt die Gesamtheit der betreffenden Formulare entgegen und leitet sie an die Provinz Lüttich zur Auszahlung weiter.

**Art. 37** - Der beauftragte Beamte der Verwaltung der Wallonischen Region teilt die technischen Bedingungen und die Modalitäten dieser Verrichtungen mit.

### KAPITEL III — Elektronische Wahl mit Papierbescheinigung

#### Abschnitt 1 — Allgemeine Zulassungsbedingungen für elektronische Wahlsysteme mit Papierbescheinigung

**Art. 38** - Wahlcomputer müssen mit einem Berührungsbildschirm ausgestattet sein, mit dem für jede Wahl die Listen der politischen Formationen und der Kandidaten für die Wahl angezeigt werden können.

Der Chipkartenleser muss den geltenden internationalen Normen entsprechen. Der Wahlcomputer muss dem Wähler auf jeden Fall ermöglichen, seine Stimme ohne Verwechslungsgefahr abzugeben, ungeachtet dessen, wie viele Kandidaten sich zur Wahl stellen und wie oft dieser Wahlcomputer verwendet wird.

Wahlcomputer müssen mit einem Licht- und/oder Tonsignal ausgestattet sein, durch das der Vorsitzende des Wahlbürovorstands jede Fehlfunktion oder unsachgemäße Handhabung der Maschine erkennen kann.

Der Chipkartenleser des Wahlcomputers darf nur Chipkarten annehmen, die vom Vorstand des Wahlbüros, wo der Wahlcomputer installiert ist, validiert wurden. Eine Chipkarte darf nur für die Wahl, für die sie validiert wurde, verwendet werden.

Diese Wahlcomputer werden für die Zwecke einer bestimmten Wahl anhand eines vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereitgestellten USB-Sticks, der das Wahlprogramm enthält, in Betrieb genommen.

Zum Zeitpunkt der Stimmabgabe darf der Wähler nur die für seine Stimmabgabe erforderlichen Elemente auf dem Wahlcomputer sehen oder verwenden können.

**Art. 39** - Die elektronische Urne muss mit einem Barcodeleser, der den geltenden internationalen Normen entspricht, ausgestattet sein und ist an den Computer des Vorsitzenden angeschlossen. Sie kann mit einer elektronischen Klappe ausgestattet sein.

Sie muss mit einem Kasten ausgestattet sein, der versiegelt werden kann und mindestens 2.000 Stimmzettel fassen kann. Der Schlitz der Urne, in den der Wähler seinen Stimmzettel steckt, muss auch mit einem automatischen Schließsystem ausgestattet sein.

Der Computer des Vorsitzenden wird durch einen vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereitgestellten USB-Stick aktiviert, der ausschließlich für die Wahl, auf die er sich bezieht, bestimmt ist.

Um den Computer des Vorsitzenden ausgehend von den USB-Sticks, die das Wahlprogramm enthalten, zu registrieren und die Stimmen auf den USB-Sticks zu speichern, muss vorab ein Geheimcode benutzt werden, der dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands vom Vorsitzenden des Gemeindevorstands erteilt wird.

Die USB-Sticks zur Aktivierung des Computers des Vorsitzenden können auch verwendet werden, um die Wahlcomputer zu aktivieren.

Die Stimmen werden auf den USB-Sticks gespeichert, so wie die Einspeicherung der auf den Stimmzetteln befindlichen Barcodes fortschreitet.

Der Computer des Vorsitzenden ist entweder mit einer Tastatur und einem Bildschirm oder mit einem Berührungsbildschirm ausgestattet, die folgende Verrichtungen ermöglichen müssen:

1. Inbetriebsetzung des Computers des Vorsitzenden durch Eingabe eines Geheimcodes, ohne dass dieser Code auf dem Bildschirm erscheint;
2. Öffnung des Wahlbüros;
3. Überwachung der Vorgänge der Validierung der Chipkarten vor der Stimmabgabe und der Einspeicherung der Stimmzettel nach der Stimmabgabe;
4. Schließung des Wahlbüros nach Bestätigung;
5. Wiederaufnahme der Wahlverrichtungen nach Unterbrechung.

**Art. 40** - Pro Gemeinde wird ein Diagnoseprogramm bereitgestellt; es dient dazu, die Funktionstüchtigkeit der Wahlcomputer und des Computers des Vorsitzenden zu überprüfen.

Pro Gemeinde wird ebenfalls ein Demonstrationsprogramm bereitgestellt, damit sich die Wähler vor der Stimmabgabe mit der Handhabung des Wahlcomputers und der elektronischen Urne vertraut machen können.

**Art. 41** - Die Daten auf den in den Artikeln 38 und 39 erwähnten USB-Sticks werden durch Verschlüsselung unkenntlich gemacht, was zusätzlich jede betrügerische oder unbeabsichtigte Verfälschung dieser Daten verhindert.

**Art. 42** - Ein Wahlprogramm für jede Wahl, in dem das Bestehen gleichzeitiger Wahlen berücksichtigt sein muss, wird dem von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmten Beamten zwecks Zulassung ausgehändigt.

Mit diesem Programm muss die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die für die Wahlbürovorstände bestimmten USB-Sticks erstellen können.



Das als übereinstimmend anerkannte Wahlprogramm ist das Eigentum der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und darf vom Lieferanten zu welchem Zweck auch immer nur mit Einverständnis der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft benutzt werden.

Eine Kopie der aktualisierten Analysen und der Quellcodes der Wahlprogramme wird dem in Absatz 1 erwähnten Beamten zwecks Zulassung ausgehändigt.

**Art. 43** - Das Wahlprogramm muss den Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen über die Wahlen und den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten genügen. Bei der Feststellung der Übereinstimmung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird insbesondere berücksichtigt, dass diese Bestimmungen auf allen Bildschirmkopien der Wahlcomputer und der Computer der Vorsitzenden eingehalten wurden.

**Art. 44** - Die Feststellung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dass die Wahlapparatur und das Wahlprogramm den durch vorliegendes Kapitel festgelegten Bedingungen genügen, kann davon abhängig gemacht werden, dass vorab auf Kosten des Lieferanten auf der Apparatur des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft beziehungsweise des Lieferanten-Bewerbers ein Probelauf durchgeführt wird, der die Verrichtungen zur Vorbereitung der Wahlen und die Stimmabgabe für einen oder mehrere Wahlkantone beziehungsweise für eine oder mehrere Gemeinden umfasst.

**Art. 45** - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft revidiert die von ihr getroffene Feststellung der Übereinstimmung, wenn im Nachhinein festgestellt wird, dass der Lieferant an der Apparatur oder dem Programm, die vorgeführt wurden, Änderungen angebracht hat, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels stehen.

#### *Abschnitt 2 — Regeln zur Darstellung der Listen und Kandidaten auf den Bildschirmen*

**Art. 46** - Bei gleichzeitigen Wahlen zur Erneuerung der Provinzial- und Gemeinderäte erfolgt die Stimmabgabe in folgender Reihenfolge: zuerst der Provinzialrat und dann der Gemeinderat.

**Art. 47** - § 1 - Für die Darstellung der Listen auf den Bildschirmen der Wahlcomputer für elektronische Wahlen mit Papierbescheinigung führt der Bildschirm die Listen in der Reihenfolge der Nummern auf, die ihnen zugeteilt wurden, pro Spalte und pro Zeile von oben bis unten und von links nach rechts, wobei sich das für die Stimmhaltung vorgesehene Feld immer an letzter Stelle in der letzten Zeile der letzten Spalte befindet.

§ 2 - Für jede dargestellte Liste werden der Name oder das Kürzel sowie die Nummer, die ihr zugeteilt wurde, in einem Feld angezeigt. Der Name der Liste oder das Kürzel wird auf einem hellen Bildschirmhintergrund dunkel umrandet.

**Art. 48** - § 1 - Für die Darstellung der Kandidaten auf den Bildschirmen der Wahlcomputer für elektronische Wahlen mit Papierbescheinigung werden, wenn eine Liste neunzehn Kandidaten oder weniger trägt, diese Kandidaten untereinander in einer einzigen Spalte angezeigt.

Wenn eine Liste zwanzig oder mehr Kandidaten trägt, werden die Kandidaten gleichmäßig auf zwei Spalten verteilt. Wenn die Anzahl der Kandidaten nicht durch zwei geteilt werden kann, zählt die erste Spalte einen Kandidaten mehr als die zweite Spalte.

§ 2 - Die den Kandidaten zugeteilte Nummer sowie ihr Name werden in dunklen Schriftzeichen und auf einem hellen Bildschirmhintergrund dunkel umrandet angezeigt. Der Name des Kandidaten wird in der ersten Zeile in Großbuchstaben angezeigt. Der Vorname des Kandidaten wird in der zweiten Zeile in Kleinbuchstaben angezeigt, mit Ausnahme des Anfangsbuchstabens, der in Großschrift angezeigt wird. Die beiden Namen werden in demselben Feld linksbündig ausgerichtet.

#### *Abschnitt 3 — Ausmaß ausgedruckten Stimmzettels und dort aufgeführte Angaben*

**Art. 49** - Bei den Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet verfügen die mittels eines elektronischen Wahlsystems mit Papierbescheinigung ausgedruckten Stimmzettel innerhalb ein und desselben Wahlkreises über ein identisches standardisiertes Ausmaß, ungeachtet der Stimmabgabe des Wählers.

**Art. 50** - Bei den in Artikel 49 erwähnten Wahlen werden die folgenden Angaben auf den mittels eines elektronischen Wahlsystems mit Papierbescheinigung ausgedruckten Stimmzetteln aufgeführt:

PROVINZIALRAT / CONSEIL PROVINCIAL

(\*) (1) (\*\*)

Kandidaten / Candidats

X (2)..... (3)... (4)

GEMEINDERAT / CONSEIL COMMUNAL

(\*) (1) (\*\*)

Kandidaten / Candidats

X (2)..... (3)... (4)

(\*) Wird für eine Wahl eine Stimmhaltung abgegeben, wird ausschließlich " Stimmhaltung / Vote Blanc " vermerkt

(1) Name der gewählten Liste

(\*\*) Wird eine Kopfstimme gewählt, wird " Listenstimme für / Vote de Liste pour (1) " vermerkt

(2) Nummer des Kandidaten

(3) Name des Kandidaten

(4) Anfangsbuchstabe des Vornamens des Kandidaten

N.B.: Die gewählten Kandidaten können in Spalten klassiert werden.

Ausgefertigt in Namur, am 6. Juni 2024, in sechs Originalexemplaren in Französisch und Deutsch.

Für die Wallonische Regierung,

Der Ministerpräsident

E. DI RUPO

Der Minister für Wohnungswesen, lokale Behörden und Städte

Ch. COLLIGNON

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für Lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

---

#### ANHÄNGE

*Anhang 1* - Muster der Wahlaufforderung für belgische Wähler

*Anhang 2* - Muster der Wahlaufforderung für nicht-belgische Wähler

*Anhang 3* - Wortlaut der Anweisungen für die Wähler

*Anhang 4a* - Tabelle zur Zusammensetzung der Wahlvorstände (1)

*Anhang 4b* - Tabelle zur Zusammensetzung der Wahlvorstände (2)

*Anhang 5a* - Antrag auf Ausstellung eines Exemplars des Wählerregisters an eine politische Partei

*Anhang 5b* - Antrag auf Ausstellung eines Exemplars des Wählerregisters an eine Liste

*Anhang 6a* - Muster für die Erklärung der von einem Kandidaten bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte getätigten Wahlausgaben

*Anhang 6b* - Muster für die Erklärung über den Ursprung der Geldmittel, die die Kandidaten im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte für Wahlwerbung verwenden

*Anhang 6c* - Muster für die Erklärung der von einer Liste bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte getätigten Wahlausgaben

*Anhang 6d* - Muster für die Erklärung über den Ursprung der Geldmittel, die die Listen im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte für Wahlwerbung verwenden

*Anhang 7* - Muster für eine Aufstellung zur Registrierung der Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro und mehr an politische Parteien, Listen und Kandidaten entrichten

*Anhang 8* - Vollmachtsformular

*Anhang 9* - Muster des Sonderregisters der Vollmachten

*Anhang 10* - Formular für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände

*Anhang 11* - Forderungsanmeldung - Entschädigungen für einzelne außerordentliche Leistungen der Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände

*Anhang 12* - Bescheinigung zur Begründung der Notwendigkeit einer außerordentlichen Aufgabe

*Anhang 13* - Forderungsanmeldung - Tatsächliche Kosten der Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände

*Anhang 14* - Formular für die Erstattung der Fahrtkosten von Mitgliedern der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände

*Anhang 15* - Formular für die Erstattung der Fahrtkosten von Wählern

*Anhang 16* - Musterformular für den Antrag auf Verweisung an ein angepasstes Wahlzentrum

**ANHANG 1**

**Muster der Wahlaufforderung für belgische Wähler**

Wahlen der Provinzial- und Gemeinderäte

Auf der Vorderseite der Wahlaufforderung wiederzugeben:

NGBE-Kode: (1\*)

WÄHLEN IST  
PFLICHT

POSTLEITZAHL -  
GEMEINDE/STADT

WAHLDISTRIKT  
EUPEN

PROVINZ LÜTTICH

WAHLEN VOM 13. OKTOBER 2024 ZUR ERNEUERUNG DES PROVINZIALRATS UND  
DES GEMEINDERATS

WAHLGESETZ

WAHLAUFFORDERUNG

Nr. im Wählerregister: .....

Wir bitten Sie, am Sonntag, dem 13. Oktober 2024  
zwischen 08.00 und 15.00 Uhr mit dieser  
Wahlaufforderung und Ihrem Personalausweis in  
dem nachstehend angegebenen Lokal, in dem sich  
Ihr Wahlbüro befindet, vorstellig zu werden, um die  
folgende Wahl vorzunehmen:

NAME, VORNAME  
GESCHLECHT  
HAUPTWOHNORT

..... Gemeinderatsmitglieder ..... Provinzialratsmitglieder.

Am Tag der Wahl müssen Sie im Besitz Ihres Personalausweises und dieser Wahlaufforderung sein.  
Wenn Sie über eine Vollmacht für einen anderen Wähler verfügen, müssen Sie außerdem im Besitz des  
Vollmachtsformulars und des bzw. der beigefügten Beleg(e) sein.

LOKAL:  
ANSCHRIFT:

WAHLBÜRO NR.:

Für das Gemeindegremium:

Der Generaldirektor,

Der Bürgermeister,

(1) Hier den NGBE-Kode mit allen Nummern angeben, damit dieser Gesellschaft die Fahrtkosten der Wähler erstattet werden können, die die Linien der NGBE benutzen, um sich in die Gemeinde zu begeben, in der sie als Wähler eingetragen sind:

Provinz Lüttich:

NGBE-Kode: 098


Nummer der Einrichtung: 099222

Nummer des Berechtigungsscheins: E000001

Auf der Rückseite der Wahlaufforderung wiederzugeben:


- Grafisch dargestellt: Anweisungen für die Wähler, wie sie ihre Stimme persönlich abgeben können, einschließlich eines Weblinks, der auf weiterführende Informationen zum Wahlvorgang verweist:

**Schritt 1**  
Auswahl einer Liste ODER Stimmenthaltung

<b>LISTE A</b> 	<b>LISTE B</b>
<b>LISTE C</b>	Stimmenthaltung


**Schritt 2**  
(wenn eine Liste in Schritt 1 ausgewählt wurde)




**Kopfstimme**

 **LISTE A**

1	NAME	Vorname
2	NAME	Vorname
3	NAME	Vorname
4	NAME	Vorname
5	NAME	Vorname
6	NAME	Vorname
7	NAME	Vorname
8	NAME	Vorname
9	NAME	Vorname

**Vorzugsstimme für einen oder mehrere Kandidaten**

 **LISTE A**

1	NAME	Vorname	
2	NAME	Vorname	
3	NAME	Vorname	
4	NAME	Vorname	
5	NAME	Vorname	
6	NAME	Vorname	
7	NAME	Vorname	
8	NAME	Vorname	
9	NAME	Vorname	

Wenn Sie für einen oder mehrere Kandidaten wählen, ist es nicht notwendig die Kopfstimme auszuwählen.

Weblink, der auf weiterführende Informationen zum Wahlvorgang verweist

- Anweisungen für die Wähler, wie sie ihre Stimme mittels Vollmacht abgeben können:

### Wahl mittels Vollmacht

In den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets besteht Wahlpflicht. Die Wahl mittels Vollmacht ermöglicht Ihnen, sich per Vollmacht durch einen anderen Wähler vertreten zu lassen.

Am 13. Oktober, wenn ...	... müssen Sie Ihrer Vollmacht folgenden Rechtfertigungsbeleg beifügen:
Sie oder eine nahestehende Person krank sind und sich nicht ins Wahllokal begeben können	Ein ärztliches Attest eines Mediziners (der nicht Kandidat ist).
Sie sich (aus nicht-beruflichen Gründen) im Ausland befinden	Einen Buchungsnachweis ODER einen Fahrschein ODER eine Bescheinigung des Reiseveranstalters ODER eine durch den Bürgermeister bescheinigte schriftliche ehrenwörtliche Erklärung.
Sie arbeiten oder studieren	Eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers / Ihrer Einrichtung ODER, wenn Sie selbstständig sind, eine durch den Bürgermeister bescheinigte ehrenwörtliche Erklärung.
Sie sich im Freiheitszug befinden	Eine Bescheinigung der Anstalt, in der Sie sich aufhalten.

### Wie vorgehen?

1. Vergewissern Sie sich, dass Sie sich in einem Fall für eine Wahl mittels Vollmacht befinden.
2. Füllen Sie das unter dem Weblink hierunter verfügbare oder in Ihrer Gemeindeverwaltung erhältliche Formular aus und fügen Sie den bzw. die Rechtfertigungsbeleg(e) bei.
3. Am Wahltag wird der Bevollmächtigte in dem Wahlbüro vorstellig, in dem Sie zur Wahl aufgefordert sind. Der Bevollmächtigte muss Folgendes mitbringen:
  - seine Wahlaufforderung;
  - seinen Personalausweis;
  - das ordnungsgemäß ausgefüllte und durch ihn und Sie unterschriebene Formular;
  - den bzw. die erforderlichen Rechtfertigungsbeleg(e).
4. Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands prüft die Dokumente, die sich im Besitz des Bevollmächtigten befinden, und kann die Wahl mittels Vollmacht verweigern, wenn das Verfahren nicht eingehalten wurde.

Sie können nur einem Wähler eine Vollmacht erteilen. Dieser darf nur über eine Vollmacht verfügen. Wenn Sie belgischer Wähler sind, müssen Sie Ihre Vollmacht einem anderen belgischen Wähler erteilen.

*Weblink, der auf weiterführende Informationen zum Wahlvorgang verweist*

## ANHANG 2

## Muster der Wahlaufforderung für nicht-belgische Wähler

Wahlen der Gemeinderäte

Auf der Vorderseite der Wahlaufforderung wiederzugeben:

NGBE-Kode: (1\*)

WÄHLEN IST  
PFLICHTPOSTLEITZAHL -  
GEMEINDE/STADTWAHLDISTRIKT  
EUPEN

PROVINZ LÜTTICH

WAHLEN VOM 13. OKTOBER 2024 ZUR ERNEUERUNG DES GEMEINDERATS

WAHLGESETZ

WAHLAUFFORDERUNG

Nr. im Wählerregister: .....

Wir bitten Sie, am Sonntag, dem 13. Oktober 2024 zwischen 08.00 und 15.00 Uhr mit dieser Wahlaufforderung und Ihrem Personalausweis in dem nachstehend angegebenen Lokal, in dem sich Ihr Wahlbüro befindet, vorstellig zu werden, um die folgende Wahl vorzunehmen:

NAME, VORNAME  
GESCHLECHT  
HAUPTWOHNORT

..... Gemeinderatsmitglieder.

Am Tag der Wahl müssen Sie im Besitz Ihres Personalausweises und dieser Wahlaufforderung sein. Wenn Sie über eine Vollmacht für einen anderen nicht-belgischen Wähler verfügen, müssen Sie außerdem im Besitz des Vollmachtsformulars und des bzw. der beigefügten Beleg(e) sein.

LOKAL:  
ANSCHRIFT:

WAHLBÜRO NR.:

Für das Gemeindegremium:

Der Generaldirektor,

Der Bürgermeister,

(1) Hier den NGBE-Kode mit allen Nummern angeben, damit dieser Gesellschaft die Fahrtkosten der Wähler erstattet werden können, die die Linien der NGBE benutzen, um sich in die Gemeinde zu begeben, in der sie als Wähler eingetragen sind:

Provinz Lüttich: NGBE-Kode: 098  
 Nummer der Einrichtung: 099222  
 Nummer des Berechtigungsscheins: E000001

Auf der Rückseite der Wahlaufforderung wiederzugeben:

- Grafisch dargestellt: Anweisungen für die Wähler, wie sie ihre Stimme persönlich abgeben können, einschließlich eines Weblinks, der auf weiterführende Informationen zum Wahlvorgang verweist:

**Schritt 1**  
Auswahl einer Liste ODER Stimmenthaltung

<b>LISTE A</b> 	<b>LISTE B</b>
<b>LISTE C</b>	Stimmenthaltung

**Schritt 2**  
(wenn eine Liste in Schritt 1 ausgewählt wurde)

**Kopfstimme**

**LISTE A**

1	NAME	Vorname
2	NAME	Vorname
3	NAME	Vorname
4	NAME	Vorname
5	NAME	Vorname
6	NAME	Vorname
7	NAME	Vorname
8	NAME	Vorname
9	NAME	Vorname

**Vorzugsstimme für einen oder mehrere Kandidaten**

**LISTE A**

1	NAME	Vorname	
2	NAME	Vorname	
3	NAME	Vorname	
4	NAME	Vorname	
5	NAME	Vorname	
6	NAME	Vorname	
7	NAME	Vorname	
8	NAME	Vorname	
9	NAME	Vorname	

Wenn Sie für einen oder mehrere Kandidaten wählen, ist es nicht notwendig die Kopfstimme auszuwählen.

Weblink, der auf weiterführende Informationen zum Wahlvorgang verweist

- Anweisungen für die Wähler, wie sie ihre Stimme mittels Vollmacht abgeben können:

### Wahl mittels Vollmacht

In den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets besteht Wahlpflicht. Die Wahl mittels Vollmacht ermöglicht Ihnen, sich per Vollmacht durch einen anderen Wähler vertreten zu lassen.

Am 13. Oktober, wenn ...	... müssen Sie Ihrer Vollmacht folgenden Rechtfertigungsbeleg beifügen:
Sie oder eine nahestehende Person krank sind und sich nicht ins Wahllokal begeben können	Ein ärztliches Attest eines Mediziners (der nicht Kandidat ist).
Sie sich (aus nicht-beruflichen Gründen) im Ausland befinden	Einen Buchungsnachweis ODER einen Fahrschein ODER eine Bescheinigung des Reiseveranstalters ODER eine durch den Bürgermeister bescheinigte schriftliche ehrenwörtliche Erklärung.
Sie arbeiten oder studieren	Eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers / Ihrer Einrichtung ODER, wenn Sie selbstständig sind, eine durch den Bürgermeister bescheinigte ehrenwörtliche Erklärung.
Sie sich im Freiheitszug befinden	Eine Bescheinigung der Anstalt, in der Sie sich aufhalten.

### Wie vorgehen?

1. Vergewissern Sie sich, dass Sie sich in einem Fall für eine Wahl mittels Vollmacht befinden.
2. Füllen Sie das unter dem Weblink hierunter verfügbare oder in Ihrer Gemeindeverwaltung erhältliche Formular aus und fügen Sie den bzw. die Rechtfertigungsbeleg(e) bei.
3. Am Wahltag wird der Bevollmächtigte in dem Wahlbüro vorstellig, in dem Sie zur Wahl aufgefordert sind. Der Bevollmächtigte muss Folgendes mitbringen:
  - seine Wahlaufforderung;
  - seinen Personalausweis;
  - das ordnungsgemäß ausgefüllte und durch ihn und Sie unterschriebene Formular;
  - den bzw. die erforderlichen Rechtfertigungsbeleg(e).
4. Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands prüft die Dokumente, die sich im Besitz des Bevollmächtigten befinden, und kann die Wahl mittels Vollmacht verweigern, wenn das Verfahren nicht eingehalten wurde.

Sie können nur einem Wähler eine Vollmacht erteilen. Dieser darf nur über eine Vollmacht verfügen. Wenn Sie belgischer Wähler sind, müssen Sie Ihre Vollmacht einem anderen belgischen Wähler erteilen.

*Weblink, der auf weiterführende Informationen zum Wahlvorgang verweist*



### ANHANG 3

#### Wortlaut der Anweisungen für die Wähler

##### *1. Öffnungszeiten des Wahllokals*

Die Wähler werden von 8 bis 15 Uhr zur Stimmabgabe zugelassen. Wähler, die sich um 15 Uhr im Wahllokal oder im Wartesaal befinden, werden jedoch noch zur Stimmabgabe zugelassen.

##### *2. Zur Stimmabgabe zugelassene Wähler*

Die belgischen Wähler werden zur Stimmabgabe für die Wahl der Gemeinderäte und Provinzialräte zugelassen.

Die Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Staatsangehörigen von Drittstaaten sind ausschließlich zur Stimmabgabe für die Gemeinderatswahlen zugelassen, sofern sie in der Wählerliste eingeschrieben sind.

##### *3. Eintreffen der Wähler im Wahllokal*

Die Wähler treffen mit ihrer Wahlaufforderung und ihrem Personalausweis am Eingang des Wahllokals ein.

Der Wähler, der aus einem unleugbaren religiösen oder ärztlichen Grund mit einer Kopfbedeckung vorstellig wird, muss dafür sorgen, dass wie auf seinem Personalausweis sein Gesicht - d. h. Stirn, Wangen, Augen, Nase und Kinn - vollständig unbedeckt ist.

##### *4. Wähler, die sich begleiten lassen*

Der Wähler, der es für notwendig erachtet, sich bis in die Wahlkabine begleiten zu lassen, um sein Wahlrecht auszuüben, kann am Wahltag eine diesbezügliche Erklärung beim Vorsitzenden des Wahlbürovorstands einreichen.

Der Wähler wählt seinen Begleiter; dieser muss jedoch selbst Wähler sein.

Ein Kandidat kann nur dann als Begleiter seines Ehepartners oder seines gesetzlich zusammenwohnenden Partners, oder eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohntort an seinem Wohnsitz festgelegt hat, auftreten, wenn er selbst Wähler ist. Ein Kandidat kann ebenfalls als Begleiter eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohntort nicht an seinem Wohnsitz festgelegt hat, auftreten, sofern die Verwandtschaft bis zum dritten Grad nachgewiesen werden kann.

Der Begleiter zeigt dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands seine Wahlaufforderung, auf der der Vorsitzende den Vermerk „Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen“ einträgt.

Der Begleiter wird in dem Wahlbüro zur Wahl zugelassen, in dem auch der begleitete Wähler einberufen worden ist, sofern beide Personen in derselben Gemeinde wahlberechtigt sind. In diesem Fall wird der Name des Begleiters in dem Verzeichnis der Wähler angegeben, die nicht in den Abstimmungsregistern eingetragen waren, aber zur Wahl zugelassen worden sind.

##### *5. Prüfung im Abstimmungsregister und eventuelle Nicht-Zulassungen*

Der Sekretär kreuzt den Namen der Wähler auf einer Abschrift des Abstimmungsregisters an.

Der Vorsitzende oder ein von ihm bestimmter Beisitzer prüft die Übereinstimmung der Angaben auf der zweiten Abschrift des Abstimmungsregisters mit den Angaben auf der Wahlaufforderung und dem Personalausweis.

Wird der Wähler zur Wahl zugelassen, so wird sein Name ebenfalls auf dieser Abschrift angekreuzt.

Der Wähler, der seine Wahlaufforderung nicht bei sich hat, kann zur Stimmabgabe zugelassen sein, wenn seine Identität und Eigenschaft vom Wahlbürovorstand anerkannt wird.

Wer nicht auf dem Abstimmungsregister steht, darf nicht an der Wahl teilnehmen, es sei denn, er legt einen Beschluss des Gemeindegremiums oder einen Auszug aus einem Entscheid des Appellationshofes, durch den seine Eintragung angeordnet wird, oder eine Bescheinigung des Gemeindegremiums vor, in der bestätigt wird, dass der Betreffende die Wählereigenschaft besitzt.

Die Namen der Wähler, die noch nicht im Register eingetragen sind, jedoch vom Vorstand zur Wahl zugelassen werden, werden in beiden Abschriften des Registers eingetragen.

Die Personen, die ihre belgische Staatsangehörigkeit nachweisen können, und den anderen Wahlberechtigungsbedingungen genügen, werden auf Vorlage der betreffenden Belege zu den gesamten Wahlen zugelassen.

Trotz Eintragung im Wählerregister darf der Vorstand diejenigen Wähler nicht zur Wahl zulassen, deren Streichung das Gemeindegremium oder der Appellationshof durch einen Beschluss beziehungsweise einen Entscheid angeordnet hat. Ein Auszug aus diesem Beschluss bzw. diesem Entscheid muss vorgelegt werden.

Ebenso darf der Vorstand nicht diejenigen Wähler zur Wahl zulassen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen worden sind oder deren Wahlrecht ausgesetzt ist, und deren Unfähigkeit durch eine Urkunde festgelegt wird, deren Ausstellung vom Gesetz vorgesehen ist.

Abschließend darf der Vorstand auch nicht die Wähler zulassen, bei denen entweder durch Schriftstücke oder durch ihr Eingeständnis erwiesen ist, dass sie am Wahltag das für die Stimmabgabe erforderliche Alter nicht erreicht haben oder am selben Tag bereits in einer anderen Sektion oder in einer anderen Gemeinde gewählt haben.

#### *6. Überreichen der Chipkarte*

Nachdem der Vorsitzende den Personalausweis und die Wahlaufforderung des Wählers überprüft hat, überreicht er ihm gegen Abgabe dieser Unterlagen eine Chipkarte für die Stimmabgabe.

Die Wähler, deren Stimmabgabe auf die Gemeinderatswahlen beschränkt ist, erhalten eine validierte Chipkarte, die so angepasst wurde, dass sie ausschließlich für die Wahl des Gemeinderates wählen können.

#### *7. Eintritt in die Wahlkabine*

Der Wähler begibt sich sofort in eine der Wahlkabinen und darf sich nur während der für die Stimmabgabe erforderlichen Zeit in der Wahlkabine aufhalten.

Der in Nr. 4 erwähnte Wähler darf sich von einem Begleiter begleiten lassen. Die Namen beider Personen werden im Protokoll vermerkt. Mangels einer Entscheidung für einen Begleiter seiner Wahl darf sich der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, vom Vorsitzenden oder von einem anderen von ihm bestimmten Vorstandsmitglied beistehen lassen, unter Ausschluss der Zeugen oder jeder anderen Person.

Wenn der Vorsitzende oder ein anderes Vorstandsmitglied das tatsächliche Vorhandensein dieser Schwierigkeiten anzweifelt, entscheidet der Vorstand, und sein mit Gründen versehener Beschluss wird im Protokoll vermerkt.

#### *8. Stimmabgabe*

Um seine Stimmabgabe vorzunehmen, führt der Wähler erst die Chipkarte in den dafür vorgesehenen Schlitz des Kartenlesers des Wahlcomputers ein.

Zunächst bestimmt der Wähler, indem er auf den Berührungsbildschirm drückt, die Sprache, in der er die Stimmabgabe vornehmen möchte.

Der belgische Wähler gibt zunächst seine Stimme für die Wahl des Provinzialrates ab; nachdem er diese Stimmabgabe bestätigt hat, gibt er seine Stimme für die Wahl des Gemeinderates ab und bestätigt sie ebenfalls.

Die Wähler, deren Stimmabgabe auf die Gemeinderatswahlen beschränkt ist, geben ihre Stimme für die Wahl des Gemeinderates ab und bestätigen diese.

Für jede Wahl gilt Folgendes:

- a) Der Wähler entscheidet sich für eine Liste, indem er das Feld der gewählten Liste auf dem Berührungsbildschirm drückt, und bestätigt diese Entscheidung. Nachdem sich der Wähler für eine Liste entschieden hat, zeigt der Berührungsbildschirm für diese Liste die Namen und Vornamen der Kandidaten an, denen ihre laufende Nummer vorangeht;
- b) Ist der Wähler mit der Vorschlagsreihenfolge für die Kandidaten auf der von ihm unterstützten Liste einverstanden, so drückt er auf den hellen Mittelpunkt im Kopffeld über dieser Liste, das sich links oben auf dem Bildschirm befindet, und bestätigt diese Entscheidung;
- c) Wenn nicht, gibt er eine Vorzugsstimme für einen oder mehrere Kandidaten dieser Liste ab, indem er nacheinander auf das Feld neben dem Namen dieses oder dieser Kandidaten drückt. Hierfür drückt er gleich wo auf dem Wahlfeld dieses oder dieser Kandidaten; das Feld jedes gewählten Kandidaten wird grau unterlegt. Er bestätigt diese Entscheidung.

#### *9. Ausdruck des Stimmzettels und Einwurf in die Urne*

Nachdem der Wähler seine Stimmabgabe für eine beziehungsweise mehrere Wahlen bestätigt hat, nimmt er den durch den Wahlcomputer ausgedruckten Stimmzettel und faltet ihn gleichmäßig und sorgfältig in der Mitte mit der bedruckten Seite nach innen. Er nimmt daraufhin seine Chipkarte zurück. Er hat die Möglichkeit, seine Stimmabgaben zu visualisieren. Zu diesem Zweck liest der Wähler den Barcode seines Stimmzettels anhand des in einer der Wahlkabinen vorgesehenen Lesegeräts; er kann jedoch seine Stimmabgaben nicht mehr ändern.

Der Wähler begibt sich mit seinem Stimmzettel, der noch immer mit der bedruckten Seite nach innen in der Mitte gefaltet ist, zur Urne. Befindet sich bereits ein anderer Wähler vor der Urne, um dort seinen Stimmzettel einzuspeichern, muss der Wähler in dem Wartebereich warten. Anschließend händigt der Wähler dem Vorstandsvorsitzenden oder dem vom Vorsitzenden bestimmten Beisitzer die Chipkarte aus, scannt den Barcode seines Stimmzettels und steckt den Stimmzettel dann in die Urne. Der Wähler erhält seinen Personalausweis und seine vom Vorsitzenden oder beauftragten Beisitzer abgestempelte Wahlaufforderung zurück.

#### *10. Eventuelle Ungültigkeit des Stimmzettels*

Der Stimmzettel wird für ungültig erklärt:

- a) wenn der Wähler seinen Stimmzettel beim Verlassen der Wahlkabine so auffaltet, dass zu erkennen ist, wie er gewählt hat;
- b) wenn der Wähler außen auf seinem Stimmzettel Markierungen oder Eintragungen angebracht hat;
- c) wenn der Wähler infolge einer falschen Handhabung oder eines anderen ungewollten Fehlverhaltens den ihm ausgehändigten Stimmzettel beschädigt hat;
- d) wenn aus irgendeinem technischen Grund das Ausdrucken des Stimmzettels sich ganz oder zum Teil als unmöglich erweist;
- e) wenn der Wähler bei einer Visualisierung des Inhalts des Barcodes auf dem Bildschirm feststellt, dass es einen Unterschied zwischen dieser Visualisierung auf dem Bildschirm und dem Vermerk der Stimmabgabe so wie auf dem Stimmzettel abgedruckt gibt;
- f) wenn der Barcode nicht durch die elektronische Urne gelesen werden kann.

In den im vorhergehenden Absatz erwähnten Fällen wird der Wähler aufgefordert, seine Stimmabgabe anhand einer neuen Chipkarte zu wiederholen. Auch wenn ein Wähler vor seiner Stimmabgabe die ihm ausgehändigte Chipkarte versehentlich beschädigt hat, erhält er eine neue Chipkarte.

#### *11. Strafrechtliche Bestimmungen – Wahlpflicht*

Wähler, denen es unmöglich ist, an der Wahl teilzunehmen, können dem Prokurator des Königs die Gründe ihres Fernbleibens mit den erforderlichen Rechtfertigungen zur Kenntnis bringen.

Es wird davon ausgegangen, dass Personen, denen am Wahltag aufgrund eines Gerichts- oder Verwaltungsbeschlusses die Freiheit entzogen ist, unmöglich an der Wahl teilnehmen können.

Es wird keine Verfolgung eingeleitet, wenn der Prokurator des Königs die Entschuldigungsgründe annimmt.

Innerhalb acht Tagen nach Verkündung der Gewählten stellt der Prokurator des Königs die Liste der Wähler auf, die nicht an der Wahl teilgenommen haben und deren Entschuldigungen nicht angenommen wurden.

Diese Wähler werden mittels einfacher Benachrichtigung vor das Polizeigericht geladen, das nach Anhörung der Staatsanwaltschaft ohne Berufungsmöglichkeit entscheidet.

Eine erstmalige ungerechtfertigte Abwesenheit wird den Umständen entsprechend mit einem Verweis oder mit einer Geldstrafe von fünf bis zu zehn Euro geahndet.

Bei Rückfall wird eine Geldstrafe von zehn bis zu fünfundzwanzig Euro verhängt.

Es wird keine Ersatzgefängnisstrafe ausgesprochen.

Wenn unbeschadet der vorerwähnten Strafbestimmungen ein Wähler mindestens viermal innerhalb fünfzehn Jahren ohne Rechtfertigung der Wahl fernbleibt, wird er für zehn Jahre aus den Wahlregistern gestrichen und darf er während dieser Zeit von einer öffentlichen Behörde weder ernannt noch befördert oder ausgezeichnet werden.

Nimmt jemand nicht an einer Wahl teil, nachdem er vorher einer andersartigen Wahl fernblieb, und umgekehrt, so stellt dies für den Zuwiderhandelnden keine Rückfälligkeit dar.

Hinsichtlich der Vollstreckung der Strafen darf kein Aufschub gewährt werden.

Gegen eine Verurteilung durch Versäumnisurteil kann innerhalb sechs Monaten nach Notifizierung des Urteils Einspruch erhoben werden. Dieser Einspruch kann kostenlos durch einfache Erklärung im Gemeindehaus erfolgen.

## *12. Strafrechtliche Bestimmungen – Stimmenfang*

Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen, werden als Stimmenfang betrachtet:

- a) unter dem Namen eines anderen Wählers wählen oder zur Stimmabgabe vorstellig werden, außer bei Wahl mittels Vollmacht;
- b) einen oder mehrere Stimmzettel beiseite schaffen oder einbehalten.

Wer an diesen Vergehen schuldig ist wird mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von sechsundzwanzig bis tausend Euro belegt.

Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen, werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:

- a) eine Vollmacht in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erteilen, ohne die dazu erforderlichen Bedingungen zu erfüllen;
- b) nach Erteilung der Vollmacht seinen Bevollmächtigten wählen lassen, obwohl die für die Ausübung des Rechts zur Wahl mittels Vollmacht vorgesehenen Bedingungen nicht vorhanden waren;
- c) wissentlich im Namen seines Vollmachtgebers wählen, obwohl letzterer verstorben war oder imstande war, selbst sein Wahlrecht auszuüben;
- d) mehrere Vollmachten in Anwendung des Rechts zur Wahl mittels Vollmacht annehmen oder erteilen;

Wer an diesen Vergehen schuldig ist, wird mit einer Geldstrafe von sechsundzwanzig bis zu tausend Euro belegt.

Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen, werden als Stimmenfang betrachtet:

- a) in einem Wahllokal entgegen den Vorschriften der Artikel L4122-1 §2 und L4124-1 §5 Absatz 2 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung wählen;

b) am selben Tag aufeinanderfolgend in zwei oder mehreren Wahllokalen derselben Gemeinde oder unterschiedlicher Gemeinden wählen, auch wenn man in den Wahlregistern dieser verschiedenen Gemeinden oder Lokalen eingetragen ist.

Wer an diesen Vergehen schuldig ist wird mit einer Gefängnisstrafe von acht bis fünfzehn Tagen oder mit einer Geldstrafe von sechsundzwanzig bis zu zweihundert Euro belegt.

**ANHANG 4a****Tabelle zur Zusammensetzung der Wahlvorstände (1)**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024

Kanton: .....

Gemeinde: .....

Der/die Vorsitzende des Gemeindevorstands bestätigt, dass der für die kommunale Auszählung zuständige Gemeindevorstand und die Wahlbürovorstände von den folgenden Personen geleitet werden:

*Anmerkung 1: Die Tabellen für die Wahlbürovorstände können so oft wie nötig vervielfältigt werden.*

*Anmerkung 2: Nach dem Ausfüllen der nachstehenden Tabellen behält der/die Vorsitzende des Gemeindevorstands ein Exemplar des Formulars und übermittelt eine Abschrift davon an den/die Vorsitzende(n) des Kantonsvorstands, der/die den ihn betreffenden Teil des Formulars ausfüllt.*

GEMEINDEVORSTAND	Name und Vorname	Telefonnummer
Vorsitzende(r)		

WAHLBÜROVORSTAND NR. ...	Name und Vorname	Telefonnummer
Vorsitzende(r)		

WAHLBÜROVORSTAND NR. ...	Name und Vorname	Telefonnummer
Vorsitzende(r)		

WAHLBÜROVORSTAND NR. ...	Name und Vorname	Telefonnummer
Vorsitzende(r)		

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende des Gemeindevorstands,**  
(Unterschrift)

Der Vorsitzende des Kantonsvorstandes bestätigt, dass folgende Person den Vorsitz des für die provinzielle Auszählung zuständigen Kantonsvorstands innehat:

KANTONSVORSTAND	Name und Vorname	Telefonnummer
Vorsitzende(r)		

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende des Kantonsvorstands,**  
(Unterschrift)



Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende des Kantonsvorstands,**  
*(Unterschrift)*



**ANHANG 5a****Antrag auf Ausstellung eines Exemplars des Wählerregisters an eine politische Partei**

*An die Wallonische Regierung*

Sehr geehrte(r) Herr/Frau Minister(in),

Der/die Unterzeichnete, Herr/Frau .....,  
beauftragt durch die politische Partei .....,  
beantragt die Ausstellung eines Exemplars des kommunalen und/oder provinziellen Wählerregisters:

für die folgenden Wahlkreise

1. ....;
2. ....;
3. ....;

für alle Wahlkreise der Wallonischen Region.

Ich verpflichte mich dazu, dass die mit meiner politischen Partei verbundenen Listen an den Gemeinde- und/oder Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024 in den oben genannten Wahlkreisen teilnehmen.

Ich verpflichte mich dazu, dass die politische Partei, die ich vertrete, eine laufende Nummer nach der „regionalen“ oder „provinziellen“ Auslosung beantragt, die respektive am 1. September 2024 und unmittelbar nach dem endgültigen Abschluss der provinziellen Listen stattfindet.

Ich verpflichte mich dazu, dass die politische Partei, die ich vertrete, Folgendes einhält:

- die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten;
- die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
- das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Ich bestätige, dass ich die Verbote des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (hierunter wiedergegeben) zur Kenntnis genommen habe, und verpflichte mich dazu, dass die politische Partei, die ich vertrete, diese Verbote einhält.

Ausgefertigt in ... am ...

*(Unterschrift)*

Auszüge aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung

*Art. L4122-7 - §1. Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch den Provinzgouverneur gemäß Artikel L4122-4 und bis zu sieben Tage nach diesem Datum kann jede politische Partei, die über eine regionale oder provinzielle laufende Nummer verfügt, einen Antrag an die Regierung oder ihren Beauftragten richten, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.*

*Zum Zeitpunkt des Antrags verpflichtet die politische Partei sich zu Folgendem:*

*1° bei den Gemeinde- oder Provinzwahlen zu kandidieren;*

*2° eine laufende Nummer nach der regionalen oder provinziellen Auslosung zu erhalten;*

*3° die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und im Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermords oder jeder anderen Form von Völkermord festgelegt sind, sowie die von der Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten zu achten;*

4° die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, einzuhalten;

5° das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einzuhalten.

Der Zweck der Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters besteht darin, den Kandidaten die Durchführung von Wahlwerbung zu ermöglichen.

§2. Die Regierung legt das Muster des Antrags fest.

§3. Die Ausstellung erfolgt auf einem Träger, dessen Format von der Regierung festgelegt wird.

Sie erfolgt ab dem Zeitpunkt der Bestätigung des Registers durch den Provinzgouverneur gemäß Artikel L4122-4 und bis zu sieben Tage nach diesem Zeitpunkt.

§4. Die politische Partei verteilt die erhaltenen Exemplare an die an sie angeschlossenen Listen. Wenn die angeschlossene Liste keine Kandidaten stellt, dürfen diese das Register nicht mehr verwenden, auch nicht zu Wahlzwecken, unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

Ein Exemplar, das an eine angeschlossene Liste ausgegeben wird, kommt allen Kandidaten der Liste zugute. Wenn einer von ihnen später von der Kandidatenliste gestrichen wird, darf er das Register nicht mehr verwenden, auch nicht zu Wahlzwecken, unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

Die Kandidaten dürfen die erhaltenen Exemplare nicht an Dritte weitergeben.

Die gemäß dem vorliegenden Artikel ausgestellten Exemplare dürfen nur zu Wahlzwecken und nur während des Zeitraums zwischen dem Datum der Ausstellung des Registers und dem Datum der Wahl verwendet werden, unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

§5. Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers enthalten keinen Verweis auf die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen.

Art. L4162-4 - §1. Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafe wird belegt, wer als Täter, Mittäter oder Komplize entgegen Artikel L4122-7 oder Artikel L4122-8 Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters Personen aushändigt, die sie zu erhalten nicht ermächtigt sind, diese Exemplare Drittpersonen mitteilt, nachdem er sie ordnungsgemäß erhalten hat, die Angaben aus dem Wählerregister zu Zwecken gebraucht, die keine Wahlzwecke sind.

§2. Strafen, die gegen Komplizen der im Paragraf 1 genannten Verstöße verhängt werden, betragen nicht mehr als zwei Drittel des Strafmaßes, das auf sie anwendbar gewesen wäre, wenn sie selbst die Straftaten begangen hätten.

**ANHANG 5b****Antrag auf Ausstellung eines Exemplars des Wählerregisters an eine Liste**

*An das Gemeindegremium*

Sehr geehrte(r) Herr/Frau Bürgermeister(in),

Der/die Unterzeichnete, Herr/Frau .....,  
handelnd in der Eigenschaft als Anmelder der Liste mit dem Kürzel .....,  
beantragt die Ausstellung eines Exemplars des Wählerregisters für die von ihm/ihr vertretene Liste, die  
bei den Gemeindewahlen / Provinzwahlen (Unzutreffendes bitte streichen) in folgendem Wahlkreis  
antreten wird:

.....

Ich verpflichte mich dazu, dass die Liste, die ich vertrete, an den Gemeindewahlen / Provinzwahlen  
(Unzutreffendes bitte streichen) vom 13. Oktober 2024 in den oben genannten Wahlkreisen teilnimmt.

Ich verpflichte mich dazu, dass die Kandidaten der Liste, die ich vertrete, Folgendes einhalten:

- die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten;
- die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
- das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Ich bestätige, dass ich die Verbote des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung  
(hierunter wiedergegeben) zur Kenntnis genommen habe, und verpflichte mich dazu, dass die Liste, die  
ich vertrete, diese Verbote einhält.

Ausgefertigt in ... am ...

*(Unterschrift)*

Auszüge aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung

*Art. L4122-8 - §1 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 kann der Anmelder einer Kandidatenliste, die über keine regionale oder provinzielle laufende Nummer verfügt, im Auftrag der Kandidatenliste einen Antrag an das Gemeindegremium stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.*

*Zum Zeitpunkt der Anfrage verpflichtet sich der Anmelder, dass die Kandidaten:*

- 1. bei den Gemeindewahlen kandidieren;*
- 2. die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten einhalten;*
- 3. die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) einhalten;*
- 4. das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einhalten.*

*Die Zweckbestimmung der Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters ist folgende: den Kandidaten die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen.*

*§2 - Die Regierung legt das Muster der Anfrage fest.*

§3 - Die Ausstellung des Registers erfolgt auf einem Träger, dessen Format durch die Regierung festgelegt wird.

§4 - Das Gemeindegremium stellt dem Anmelder das Exemplar des Wählerregisters aus.

Bei der Aushändigung überprüft das Gemeindegremium, ob der Anmelder tatsächlich diese Eigenschaft besitzt.

§5 - Das dem Anmelder durch das Gemeindegremium ausgestellte Exemplar kommt allen Kandidaten der Liste zugute.

Schlägt die Liste keine Kandidaten bei den Gemeindegewahlen vor, dürfen die Kandidaten unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Wird ein Kandidat nachträglich aus der Kandidatenliste gestrichen, darf er unter Androhung der in Artikel L4162-4 festgelegten strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen.

Die Kandidaten dürfen die erhaltenen Exemplare nicht an Dritte weitergeben.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers dürfen nur zu Wahlzwecken verwendet werden, und ausschließlich während des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

§6 - Unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen darf das Gemeindegremium Exemplare des Wählerregisters ausschließlich Personen aushändigen, die dies beantragt haben.

§7 - Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgehändigten Exemplare des Registers führen die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht an.

**Art. L4162-4 - §1** - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer als Täter, Mittäter oder Komplize entgegen den Bestimmungen von Artikel L4122-7 oder Artikel L4122-8 entweder Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters Personen ausgehändigt hat, die sie zu erhalten nicht ermächtigt sind, oder diese Exemplare Drittpersonen mitgeteilt hat, nachdem er sie ordnungsgemäß erhalten hat, oder die Angaben aus dem Wählerregister zu Zwecken gebraucht hat, die keine Wahlzwecke sind.

§2 - Die gegen Komplizen der in §1 erwähnten Straftaten verhängten Strafen dürfen nicht mehr als zwei Drittel des Strafmaßes betragen, das auf sie anwendbar gewesen wäre, wenn sie selbst die Straftaten begangen hätten.

**ANHANG 6a****Muster für die Erklärung der von einem Kandidaten bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte getätigten Wahlausgaben**

Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024

Erklärung der von einem Kandidaten bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte getätigten Wahlausgaben

Gemeinde: .....

Hinweis: Kandidaten/Kandidatinnen, die gleichzeitig eine Kandidatur für die Provinzwahlen gestellt haben, verwenden für ihre Erklärung der getätigten Wahlausgaben – *sowohl was die Gemeinde- wie auch die Provinzwahlen betrifft* – ausschließlich das von der Wallonischen Region zur Verfügung gestellte Formular. Sie brauchen nicht die vorliegende Erklärung auszufüllen.

Name und Vorname des/der Kandidaten/Kandidatin: .....

Bezeichnung, Listenkürzel und laufende Nummer der Liste:

.....

Zugelassener Höchstbetrag der Ausgaben ....., der ..... eingetragenen Wählern entspricht.

Der/die Unterzeichnete, Kandidat(in) der vorerwähnten Liste für die Wahl in der oben genannten Gemeinde, erklärt, die nachstehend angeführten Wahlausgaben getätigt zu haben:

*Rubrik 1. Ausgaben und finanzielle Verpflichtungen in Bezug auf Dienstleistungen oder Lieferungen im Hinblick auf Wort-, Schrift-, Ton- und Bildmitteilungen.*

- Je Mitteilungstyp das benutzte Kommunikationsmittel (Rundfunk, Fernsehen, geschriebene Presse<sup>1</sup>, Prospekte, Plakate, Tafeln von weniger als 4 m<sup>2</sup>, ...), das Datum der Mitteilung und den Betrag der Ausgabe angeben, wobei wenn möglich zwischen den Kosten der Lieferung und den Kosten der eigentlichen für die Mitteilung erbrachten Dienstleistung zu unterscheiden ist.

Beispiele:

Prospekte: Herstellungskosten, Versandkosten, z. B. per Post.

Fernsehen: Produktionskosten, Ausstrahlungsgebühren.

Betrag: ..... €

*Rubrik 2. Ausgaben in Bezug auf vergütete Dienstleistungen, die nicht in der Rubrik 1 erwähnt sind.*

- Je Dienstleistung den Erbringer und den Betrag der Dienstleistung angeben.

Betrag: ..... €

*Rubrik 3. Ausgaben in Bezug auf den Erwerb oder das Anmieten von Gütern oder Lieferungen, die nicht in der Rubrik 1 erwähnt sind.*

- Je Gegenstand die Art der Güter bzw. Lieferungen und den Betrag der Erwerbs- bzw. Mietkosten angeben. Kann zwischen der Dienstleistung und der Lieferung nicht unterschieden werden, wird der Gesamtbetrag in Rubrik 2 aufgenommen.

Betrag: ..... €

<sup>1</sup> Zeitung oder Zeitschrift, Datum, Art und Veröffentlichungskosten angeben.

*Rubrik 4. Sonstige, nicht in den Rubriken 1 bis 3 erwähnte Ausgaben.*

Beispielsweise die Ausgaben einer Drittperson zu Gunsten des Kandidaten bzw. der Kandidatin.

Betrag: ..... €

Gesamtbetrag für die Rubriken 1 bis 4: ..... €

*Rubrik 5. Gesamtbetrag der Ausgaben, die die politische Partei (Bezeichnung und Adresse) zu meinen Gunsten auf ihre Quote angerechnet hat: ..... €*

*Rubrik 6. Betrag - je nach Art der Dienstleistung bzw. Lieferung - der Ausgaben, die vom Kandidaten eingegangen oder von ihm bezahlt worden sind und die mit Einverständnis des Spitzenkandidaten auf den zugelassenen Betrag der Ausgaben der Liste anzurechnen sind.*

Betrag: ..... €

Gesamtbetrag für die Rubriken 5 und 6: ..... €

*Rubrik 7. Gesamtbetrag der Ausgaben, die sich aus der gezielten Verbreitung von Botschaften im Internet und auf Social-Media-Plattformen gegen Entgelt ergeben.*

Betrag: ..... €

Der/die Unterzeichnete versichert, dass die vorerwähnten Angaben über die Wahlausgaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ausgefertigt in ..., am ...

(Name und Unterschrift)

## ANHANG 6b

**Muster für die Erklärung über den Ursprung der Geldmittel, die die Kandidaten im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte für Wahlwerbung verwenden**

Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024

Erklärung über den Ursprung der Geldmittel, die die Kandidaten im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte für Wahlwerbung verwenden

Gemeinde: .....

Hinweis: Kandidaten/Kandidatinnen, die gleichzeitig eine Kandidatur für die Provinzwahlen gestellt haben, verwenden für ihre Erklärung der getätigten Wahlausgaben – *sowohl was die Gemeinde- wie auch die Provinzwahlen betrifft* – ausschließlich das von der Wallonischen Region zur Verfügung gestellte Formular. Sie brauchen nicht die vorliegende Erklärung auszufüllen.

Name und Vorname des/der Kandidaten/Kandidatin: .....

Bezeichnung, Listenkürzel und laufende Nummer der politischen Partei oder Liste, für die der/die Kandidat(in) kandidiert:

.....  
.....

Der/die Unterzeichnete erklärt hiermit, dass die von ihm/ihr oder von Dritten verwendeten Geldmittel für die Deckung der Ausgaben, die er/sie im Hinblick auf die vorerwähnten Wahlen für Wahlwerbung getätigt hat, folgenden Ursprung haben:

Rubrik 1.	Geldspenden von natürlichen Personen <sup>2</sup>	.....
Rubrik 2.	Geldspenden der politischen Partei oder der Liste, für die der/die Kandidat(in) in dieser Eigenschaft vorgeschlagen wird, um diese Partei zu vertreten <sup>3</sup>	.....
Rubrik 3.	Sachspenden der politischen Partei oder der Liste, für die der/die Kandidat(in) in dieser Eigenschaft vorgeschlagen wird, um diese Partei zu vertreten	.....
Rubrik 4.	Sachspenden von natürlichen Personen <sup>4</sup>	.....
Rubrik 5.	Andere Leistungen, die Spenden gleichgesetzt werden	.....
Rubrik 6.	Mittel aus dem Vermögen des Kandidaten / der Kandidatin	.....
Gesamtbetrag der Rubriken 1 bis 6:		.....

Der/die Unterzeichnete erklärt, dass die vorerwähnten Geldmittel die gesamten Geldmittel bilden, die anlässlich der Wahl vom 13. Oktober 2024 verwendet worden sind.

Der/die Unterzeichnete verpflichtet sich darüber hinaus, die Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro und mehr entrichtet haben, zu registrieren und diese Angaben binnen 30 Tagen

<sup>2</sup> Die Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro oder mehr entrichtet haben, muss Gegenstand eines der vorliegenden Erklärung beizufügenden Verzeichnisses sein. Dieses Verzeichnis wird nicht der Prüfung durch die Wähler unterbreitet, sondern unmittelbar vom Präsidenten des Gerichts erster Instanz der Kontrollbehörde für die Wahlausgaben übermittelt.

<sup>3</sup> Die Kandidaten dürfen Spenden der politischen Partei oder der Liste, in deren Namen sie kandidieren, erhalten. Wenn der Kandidat, der vorliegendes Dokument unterschreibt, solche Spenden erhalten hat, müssen diese getrennt angegeben werden.

<sup>4</sup> Für Sachspenden, deren Gegenwert in Euro in angemessener Weise auf mindestens 125 Euro pro Spende zu schätzen ist, wird auf Fußnote 1 verwiesen.

nach den Wahlen dem Präsidenten des Gerichts erster Instanz, in dessen Zuständigkeitsbereich der Kreisvorstand seinen Sitz hat, mitzuteilen.<sup>5</sup>

Ausgefertigt in ..., am ...

*(Name und Unterschrift)*

---

<sup>5</sup> Siehe Fußnote 1.



**ANHANG 6c****Muster für die Erklärung der von einer Liste bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte getätigten Wahlausgaben**

Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024

Erklärung der von einer Liste bei den Wahlen zur Erneuerung der Gemeinderäte getätigten Wahlausgaben

Gemeinde: .....

Hinweis: Listen, die gleichzeitig für die Provinzialratswahlen kandidieren, verwenden für ihre Erklärung der Wahlausgaben – sowohl was die Gemeinderats- wie auch die Provinzialratswahlen betrifft – ausschließlich das von der Wallonischen Region zur Verfügung gestellte Formular. Sie brauchen nicht die vorliegende Erklärung auszufüllen.

Bezeichnung, Listenkürzel und laufende Nummer der Liste:

.....  
 .....

Zugelassener Höchstbetrag der Ausgaben ....., der ..... eingetragenen Wählern entspricht.

Der/die Unterzeichnete, Spitzenkandidat(in) der vorerwähnten Liste für die Wahl in der oben genannten Gemeinde, erklärt, die nachstehend angeführten Wahlausgaben getätigt zu haben:

*Rubrik 1. Ausgaben und finanzielle Verpflichtungen in Bezug auf Dienstleistungen oder Lieferungen im Hinblick auf Wort-, Schrift-, Ton- und Bildmitteilungen.*

- Je Mitteilungstyp das benutzte Kommunikationsmittel (Rundfunk, Fernsehen, geschriebene Presse<sup>6</sup>, Prospekte, Plakate, Tafeln von weniger als 4 m<sup>2</sup>, ...), das Datum der Mitteilung und den Betrag der Ausgabe angeben, wobei wenn möglich zwischen den Kosten der Lieferung und den Kosten der eigentlichen für die Mitteilung erbrachten Dienstleistung zu unterscheiden ist.

Beispiele:

Prospekte: Herstellungskosten, Versandkosten, z. B. per Post.

Fernsehen: Produktionskosten, Ausstrahlungsgebühren.

Betrag: ..... €

*Rubrik 2. Ausgaben in Bezug auf vergütete Dienstleistungen, die nicht in der Rubrik 1 erwähnt sind.*

- Je Dienstleistung den Erbringer und den Betrag der Dienstleistung angeben.

Betrag: ..... €

*Rubrik 3. Ausgaben in Bezug auf den Erwerb oder das Anmieten von Gütern oder Lieferungen, die nicht in der Rubrik 1 erwähnt sind.*

- Je Gegenstand die Art der Güter bzw. Lieferungen und den Betrag der Erwerbs- bzw. Mietkosten angeben. Kann zwischen der Dienstleistung und der Lieferung nicht unterschieden werden, wird der Gesamtbetrag in Rubrik 2 aufgenommen.

Betrag: ..... €

*Rubrik 4. Sonstige, nicht in den Rubriken 1 bis 3 erwähnte Ausgaben.*

<sup>6</sup> Zeitung oder Zeitschrift, Datum, Art und Veröffentlichungskosten angeben.

Beispielsweise die Ausgaben einer Drittperson zu Gunsten des Kandidaten bzw. der Kandidatin.

Betrag: ..... €

Gesamtbetrag für die Rubriken 1 bis 4: ..... €

*Rubrik 5. Ausgaben, die in den Rubriken 1 bis 4 erwähnt sind und die für die Finanzierung der Wahlkampagne eines oder mehrerer bestimmten Kandidaten der Liste gemacht wurden.<sup>7</sup>*

Betrag: ..... €

*Rubrik 6. Ausgaben, die in den Rubriken 1 bis 4 erwähnt sind, die von einem oder mehreren bestimmten Kandidaten finanziert oder bezahlt worden sind und die mit Einverständnis des Spitzenkandidaten auf die Ausgaben der Liste angerechnet werden.<sup>8</sup>*

Betrag: ..... €

*Rubrik 7. Gesamtbetrag der Ausgaben, die sich aus der gezielten Verbreitung von Botschaften im Internet und auf Social-Media-Plattformen gegen Entgelt ergeben.*

Betrag: ..... €

N.B. Die Rubriken 5 bis 7 werden zur Information aufgenommen, um die Kontrolle zu erleichtern. Sie betreffen Ausgaben, die bereits in den Rubriken 1 bis 4 aufgenommen sind.

Der/die Unterzeichnete erklärt, dass die in den Rubriken 1 bis 4 erwähnten Ausgaben die gesamten Ausgaben und finanzielle Verpflichtungen bilden, die die Liste anlässlich der Wahl getätigt hat.

Ausgefertigt in ..., am ...

*(Namen und Unterschriften)*

<sup>7</sup> Namen des/der betroffenen Kandidaten angeben, zu dessen/deren Gunsten der Betrag verwendet wurde.

<sup>8</sup> Namen des/der betroffenen Kandidaten sowie die Ausgaben angeben, die dieser/diese zu Gunsten der Listen getätigt hat/haben.

**ANHANG 6d**

**Muster für die Erklärung über den Ursprung der Geldmittel, die die Listen im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte für Wahlwerbung verwenden**

Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024

Erklärung über den Ursprung der Geldmittel, die die Listen im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte für Wahlwerbung verwenden

Gemeinde: .....

Hinweis: Listen, die gleichzeitig für die Provinzialratswahlen kandidieren, verwenden für ihre Erklärung der Wahlausgaben – sowohl was die Gemeinderats- wie auch die Provinzialratswahlen betrifft – ausschließlich das von der Wallonischen Region zur Verfügung gestellte Formular. Sie brauchen nicht die vorliegende Erklärung auszufüllen.

Bezeichnung, Listenkürzel und laufende Nummer der Liste:

.....  
 .....

Der/die Unterzeichnete, Spitzenkandidat(in) der oben genannten Liste, erklärt, dass die im Hinblick auf die vorerwähnten Wahlen verwendeten Geldmittel folgenden Ursprung haben:

Rubrik 1.	Geldspenden von natürlichen Personen <sup>9</sup>	.....
Rubrik 2.	Sachspenden von natürlichen Personen <sup>10</sup>	.....
Rubrik 3.	Andere Leistungen, die Spenden gleichgesetzt werden	.....
Rubrik 4.	Mittel aus Einnahmen aus Veranstaltungen und Festen, die zu Gunsten der Liste organisiert werden	.....
Rubrik 5.	Geldspenden der politischen Partei, in deren Namen die Liste vorgeschlagen wird	.....
Rubrik 6.	Sachspenden der politischen Partei, in deren Namen die Liste vorgeschlagen wird	.....
Gesamtbetrag der Rubriken 1 bis 6:		.....

Der/die Unterzeichnete erklärt, dass die vorerwähnten Geldmittel die gesamten Geldmittel bilden, die anlässlich der Wahl vom 13. Oktober 2024 verwendet worden sind.

Der/die Unterzeichnete verpflichtet sich darüber hinaus, die Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro und mehr entrichtet haben, zu registrieren und diese Angaben binnen 30 Tagen nach den Wahlen dem Präsidenten des Gerichts erster Instanz, in dessen Zuständigkeitsbereich der Kreisvorstand seinen Sitz hat, mitzuteilen.<sup>11</sup>

Ausgefertigt in ..., am ...

*(Name und Unterschrift)*

<sup>9</sup> Die Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro oder mehr entrichtet haben, muss Gegenstand eines der vorliegenden Erklärung beizufügenden Verzeichnisses sein. Dieses Verzeichnis wird nicht der Prüfung durch die Wähler unterbreitet, sondern unmittelbar vom Präsidenten des Gerichts erster Instanz der Kontrollbehörde für die Wahlausgaben übermittelt.

<sup>10</sup> Für Sachspenden, deren Gegenwert in Euro in angemessener Weise auf mindestens 125 Euro pro Spende zu schätzen ist, wird auf Fußnote 1 verwiesen.

<sup>11</sup> Siehe Fußnote 1.

## ANHANG 7

**Muster für eine Aufstellung zur Registrierung der Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro und mehr an politische Parteien, Listen und Kandidaten entrichten**

Gemeindewahlen vom 13. Oktober 2024

Aufstellung zur Registrierung der Identität der natürlichen Personen, die Spenden von 125 Euro und mehr an politische Parteien, Listen und Kandidaten entrichten

---

Hinweis: Listen bzw. Kandidaten, die gleichzeitig für die Provinzialratswahlen kandidieren, verwenden für ihre Aufstellung der Spenden von 125 Euro und mehr – sowohl was die Gemeinderats- wie auch die Provinzialratswahlen betrifft – ausschließlich das von der Wallonischen Region zur Verfügung gestellte Formular. Sie brauchen nicht die vorliegende Erklärung auszufüllen.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich, der/die Unterzeichnete, handelnd im Namen der politischen Partei (*hier das Kürzel der Partei und ihre vollständige Bezeichnung sowie die Adresse ihres Sitzes angeben*) .....,  
.....,
- Ich, der/die Unterzeichnete, kandidierend für die Wahl vom 13. Oktober 2024 zur Erneuerung des (*hier die Bezeichnung der betreffenden Versammlung(en) angeben, d.h. des Provinzialrats oder des Gemeinderats*) .....,  
und in dieser Eigenschaft aufgeführt auf dem Platz (*hier den Listenplatz angeben*) .....  
auf der Liste (*hier das Kürzel der Liste und ihre vollständige Bezeichnung angeben*)  
.....  
in dem/den Wahlkreis(en) von (*hier die Bezeichnung und den Hauptstandort des/der betreffenden Wahlkreises/Wahlkreise angeben und im Falle einer Kandidatur für mehr als eine Wahl bei gleichzeitigen Wahlen zur Erneuerung mehrerer Versammlungen für jede dieser Versammlungen die oben genannten Angaben machen, d.h. den Listenplatz, das Kürzel der Liste und ihre vollständige Bezeichnung sowie die Bezeichnung und den Hauptstandort des Wahlkreises, in dem die Kandidatur eingereicht wurde*) .....,  
.....,
- Ich, der/die Unterzeichnete, handelnd im Namen der Liste (*hier das Kürzel der Liste und ihre vollständige Bezeichnung angeben*) .....,  
.....  
für die Wahl vom 13. Oktober 2024 zur Erneuerung des (*hier die Bezeichnung der betreffenden Versammlung(en) angeben, d.h. des Provinzialrats oder des Gemeinderats*) .....,  
.....  
und in dieser Eigenschaft aufgeführt auf dem Platz des Spitzenkandidaten auf der genannten Liste in dem Wahlkreis (*hier die Bezeichnung und den Hauptstandort des Wahlkreises angeben, in dem die Kandidatur eingereicht wurde*)<sup>12</sup> .....,  
.....,

erkläre auf Ehre und Gewissen, von den nachstehend erwähnten natürlichen Personen Spenden von 125 Euro und mehr erhalten zu haben, die in dieser Aufstellung aufgelistet sind:<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Diese Angabe ist auszufüllen für die Aufstellung der Spenden von 125 Euro und mehr zu Gunsten der Liste als solche.

<sup>13</sup> Die Tabelle in der Reihenfolge des Empfangs der Spenden ausfüllen. Die Zeilen der Tabelle können so oft wie nötig vervielfältigt werden.

Laufende Nummer der Spende	Eingangsdatum der Spende	Identität der natürlichen Person, die die Spende entrichtet hat (Name, Vorname, Staatsangehörigkeit, vollständige Adresse des Spenders)	Betrag der Spende <sup>14</sup>
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
		Gesamt	

Ausgefertigt in ..., am ...

*Unterschrift*

*(Name, Vorname, Eigenschaft und vollständige Adresse des Erklärenden)<sup>15</sup>*

<sup>14</sup> Den genauen Betrag der Spende in Euro angeben. Handelt es sich nicht um eine Geldspende, den Gegenwert in Euro angeben, insofern die Spende in angemessener Weise auf mindestens 125 Euro geschätzt werden muss.

<sup>15</sup> Die vorliegende Aufstellung muss der Erklärung über den Ursprung der Geldmittel der betroffenen Person beigefügt werden. Dieses Verzeichnis wird nicht der Prüfung durch die Wähler unterbreitet, sondern unmittelbar vom Präsidenten des Gerichts erster Instanz der Kontrollbehörde für die Wahlausgaben übermittelt.

## ANHANG 8

## Vollmachtsformular

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024  
Vollmacht

---

▪ **Vorgehensweise**

---

Wenn Sie sich am 13. Oktober 2024 nicht persönlich zur Wahl begeben können, müssen Sie einen anderen **Wähler**<sup>16</sup> bevollmächtigen, in Ihrem Namen und für Ihre Rechnung zu wählen. Die Wahl mittels Vollmacht ist **nur aus den hierunter aufgeführten Gründen** (*Gründe für die Vollmacht*) zulässig. Sie müssen dann diesen Wähler bevollmächtigen, der der Inhaber Ihrer Vollmacht sein wird.

Dies muss **unbedingt über das unten angeführte Formular** erfolgen. Fügen Sie dem Formular den oder die Beleg(e) bei, die nachweisen, dass Sie nicht in der Lage sind, im Wahlbüro zu erscheinen.

**Wie vorgehen?**

1. Vergewissern Sie sich, dass Sie sich in einer Situation befinden, die eine Wahl mittels Vollmacht rechtfertigt (*siehe unten die Gründe für die Vollmacht*).
2. Füllen Sie das unten stehende Formular aus und stellen Sie den oder die für Ihre Situation relevanten Rechtfertigungsbeleg(e) zusammen.
3. Händigen Sie diese Dokumente dem Wähler aus, der Ihr Bevollmächtigter sein wird. Am Wahltag wird der Bevollmächtigte in dem Wahlbüro vorstellig, in dem Sie zur Wahl aufgefordert sind<sup>17</sup>. Der Bevollmächtigte muss Folgendes mitbringen<sup>18</sup>:
  - seine Wahlaufforderung;
  - seinen Personalausweis;
  - das vorliegende, ordnungsgemäß ausgefüllte Formular;
  - den oder die erforderlichen Rechtfertigungsbeleg(e).
4. Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands prüft die Dokumente, die sich im Besitz des Bevollmächtigten befinden, und kann die Wahl mittels Vollmacht verweigern, wenn das Verfahren nicht eingehalten wurde<sup>19</sup>.  
Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands trägt auf der Wahlaufforderung des Bevollmächtigten den Vermerk "Hat mittels Vollmacht gewählt" ein.

Besondere Regeln gelten, wenn der Bevollmächtigte ein Kandidat<sup>20</sup> oder Mitglied eines Wahlbürovorstands<sup>21</sup> ist. Zeugen können nicht bevollmächtigt werden.

<sup>16</sup> Sie können nur einem Wähler eine Vollmacht erteilen. Dieser darf nur über eine Vollmacht verfügen. Der Bevollmächtigte muss lediglich wahlberechtigt sein (nicht unbedingt in derselben Gemeinde wie Sie). Ein nicht-belgischer Wähler kann nur Bevollmächtigter eines anderen nicht-belgischen Wählers sein.

<sup>17</sup> Er muss sich eventuell ein anderes Wahlbüro als dasjenige begeben, in dem er selbst zur Wahl aufgefordert wurde.

<sup>18</sup> Es ist nicht erforderlich, dass der Bevollmächtigte am Wahltag im Besitz Ihrer Wahlaufforderung ist.

<sup>19</sup> Die folgenden Gründe rechtfertigen eine Ablehnung der Wahl mittels Vollmacht:

- Der Bevollmächtigte legt nicht alle unter Punkt 3 hierüber genannten Dokumente vor.
- Der Bevollmächtigte legt ein anderes Vollmachtsformular als das offizielle Formular vor.
- Der Bevollmächtigte oder Sie selbst sind nicht wahlberechtigt.
- Es ist erwiesen, dass Sie bei der betreffenden Wahl bereits persönlich oder mittels Vollmacht abgestimmt haben.
- Es ist erwiesen, dass der Bevollmächtigte bei der betreffenden Wahl bereits mittels Vollmacht abgestimmt hat.
- Das vom Bevollmächtigten vorgelegte Formular ist nicht von ihm selbst und/oder nicht von Ihnen unterschrieben worden.
- Das vom Bevollmächtigten vorgelegte Formular nicht vollständig ausgefüllt ist (betrifft den Fall, dass einige der zwingend auszufüllenden Felder nicht ausgefüllt sind).

<sup>20</sup> - Der bevollmächtigte Kandidat kann benannt werden als Bevollmächtigter seines Ehepartners oder seines gesetzlich zusammenwohnenden Partners, oder eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohrtort an seinem Wohnsitz festgelegt hat. Er kann benannt werden als Bevollmächtigter eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohrtort nicht an seinem Wohnsitz festgelegt hat, wenn die Verwandtschaft bis zum 3. Grad nachgewiesen werden kann.

- Wenn Sie und der bevollmächtigte Kandidat im Bevölkerungsregister derselben Gemeinde eingetragen sind, bescheinigt der Bürgermeister dieser Gemeinde oder die von ihm beauftragte Person das Verwandtschaftsverhältnis auf dem Vollmachtsformular.

- Wenn Sie und der bevollmächtigte Kandidat nicht in derselben Gemeinde eingetragen sind, bescheinigt der Bürgermeister der Gemeinde, in der der Bevollmächtigte eingetragen ist, oder die von ihm beauftragte Person das Verwandtschaftsverhältnis auf Vorlage einer Offenkundigkeitsurkunde. Die Offenkundigkeitsurkunde wird dem Vollmachtsformular beigelegt.

<sup>21</sup> Jedes Mitglied eines Wahlbürovorstands kann nur Bevollmächtigter für einen Wähler sein, der in dem Wahlbüro zur Wahl aufgefordert ist, in dem er tätig ist. Dies ist dadurch bedingt, dass gemäß Artikel L4143-19 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung die Mitglieder eines Wahlbürovorstands in dem Wahlbüro wählen müssen, in dem sie tätig sind.

### ▪ Angaben des Vollmachtgebers und des Bevollmächtigten

Ich, Unterzeichnete(r) (Name und Vorname) .....,  
 geboren am ....., wohnhaft in .....,  
 Straße ..... Nr. .... Briefkasten .....  
 Nationalregisternummer: .....  
 eingetragen als Wähler(in) in der Gemeinde .....  
 bevollmächtigt hiermit (Name und Vorname) .....  
 geboren am ....., wohnhaft in .....,  
 Straße ..... Nr. .... Briefkasten .....

### ▪ Grund für die Vollmacht

Aus folgendem Grund bei den Wahlen vom 13. Oktober 2024 in meinem Namen und für meine Rechnung zu wählen<sup>22</sup>:

- Ich bin aufgrund einer **Krankheit oder Beeinträchtigung** meiner selbst, eines Verwandten, eines Schwägerten oder eines zusammenlebenden Partners nicht fähig, mich zum Wahlbüro zu begeben oder dorthin befördert zu werden. Ich füge ein ärztliches Attest bei. Darin muss nicht zwingend die Art der Krankheit oder Beeinträchtigung der betreffenden Person angegeben sein.
- Ich bin aus **beruflichen Gründen**, aus Studiengründen oder aus Berufsausbildungsgründen:<sup>23</sup>  
 a) im Ausland festgehalten, wie auch die Wähler, die als Familienmitglieder bei mir wohnen;  
 b) am Wahltag in Belgien anwesend, aber unmöglich in der Lage, im Wahlbüro vorstellig zu werden. Ich füge eine von meinem Arbeitgeber oder meiner Unterrichts- oder Berufsausbildungseinrichtung ausgestellte Bescheinigung bei. Wenn ich Selbstständiger bin, wird die unter a) oder b) genannte Verhinderung durch eine vorherige ehrenwörtliche Erklärung bescheinigt, die ich bei meiner Gemeindeverwaltung anhand des diesem Formular beiliegenden Musters (Anlage 3) abgebe.
- Ich befinde mich am Wahltag aufgrund einer gerichtlichen Maßnahme im **Freiheitsentzug**. Dieser Umstand wird von der Leitung der Anstalt bestätigt, in der ich mich aufhalte; ich füge die Bescheinigung bei.
- Ich befinde aus anderen als den hiervoor genannten Gründen aufgrund eines **vorübergehenden Auslandsaufenthalts** am Wahltag nicht an meinem Wohnort und kann daher nicht im Wahlbüro vorstellig werden. Ich füge einen der folgenden Rechtfertigungsbelege bei: eine Bescheinigung des Reiseveranstalters, einen gültigen Fahrschein oder einen gültigen Buchungsnachweis. Der Nachweis ist nur gültig, wenn er meine Identität, das Datum des Aufenthalts und die Information, dass der Aufenthalt außerhalb Belgiens stattfindet, enthält.  
 Wenn ich nicht im Besitz dieser Unterlagen bin, füge ich die diesem Formular beiliegende Bescheinigung des Bürgermeisters bei (Anlage 1), die ich bei der Gemeindeverwaltung gegen Vorlage weiterer Belege oder, falls nicht vorhanden, einer diesem Formular beiliegende schriftlichen ehrenwörtlichen Erklärung (Anlage 2) erhalte.  
 Achtung! Die Bescheinigung des Bürgermeisters kann bei der Gemeindeverwaltung bis spätestens am Tag vor dem Wahltag beantragt werden.

Wenn es sich bei dem Bevollmächtigten um einen Kandidaten handelt, muss Anlage 4 dieses Formulars ausgefüllt werden.

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der Vollmachtgeber,**  
 (Unterschrift)

**Der Bevollmächtigte,**  
 (Unterschrift)

<sup>22</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

<sup>23</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

---

▪ **Anlage 1: Bescheinigung des Bürgermeisters**

---

Diese Anlage ist nur dann auszufüllen, wenn der Vollmachtgeber am Wahltag nicht wählen kann, weil er sich **aus anderen als beruflichen Gründen vorübergehend im Ausland aufhält, und wenn er nicht in der Lage ist, eine Bescheinigung des Reiseveranstalters, einen gültigen Fahrschein oder**





▪ **Anlage 2: Schriftliche ehrenwörtliche Erklärung (vorübergehender Aufenthalt im Ausland)**

Ich, der/die Unterzeichnete, .....,  
bestätige auf Ehre und Gewissen, dass ich mich am Wahltag nicht zur Wahl begeben kann, da ich mich an diesem Tag **aus anderen als beruflichen Gründen vorübergehend im Ausland** aufhalten werde. Ich bestätige, dass ich weder über eine Bescheinigung des Reiseveranstalters, einen gültigen Fahrschein oder einen gültigen Buchungsnachweis noch irgendeinen anderen Rechtfertigungsbeleg verfüge, der den besagten Auslandsaufenthalt bestätigen könnte.

Ich bestätige, dass ich den unten aufgeführten Artikel L4168-15 des Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung zur Kenntnis genommen habe.

Artikel L4168-15 des Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung:

*Art. L4168-15 - §1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:*

- 1. eine Vollmacht in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 zu erteilen, ohne die dazu erforderlichen Bedingungen zu erfüllen;*
- 2. nach Erteilung der Vollmacht seinen Bevollmächtigten wählen zu lassen, obwohl die in Artikel L4132-1 §1 vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt sind;*
- 3. wissentlich im Namen seines Vollmachtgebers zu wählen, obwohl letzterer verstorben ist oder in der Lage ist, selbst sein Wahlrecht auszuüben;*
- 4. mehrere Vollmachten in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 anzunehmen oder zu erteilen.*

*§2 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.*

**Der Vollmachtgeber,**  
(Unterschrift)

**▪ Anlage 3: Schriftliche ehrenwörtliche Erklärung (Selbstständige)**

Diese Anlage ist nur von dem Wähler auszufüllen, der **seinen Beruf als Selbstständiger ausübt und sich aufgrund seiner beruflichen Verpflichtungen am Wahltag nicht zur Wahl begeben kann.**

Ich, der/die Unterzeichnete, .....,  
in meiner Eigenschaft als Selbstständiger handelnd, bestätige auf Ehre und Gewissen, dass ich aufgrund meiner beruflichen Verpflichtungen nicht in der Lage bin, am Wahltag mein Wahlrecht auszuüben.

Ich bestätige, dass ich den unten aufgeführten Artikel L4168-15 des Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung zur Kenntnis genommen habe.

Artikel L4168-15 des Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung:

*Art. L4168-15 - §1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:*

- 1. eine Vollmacht in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 zu erteilen, ohne die dazu erforderlichen Bedingungen zu erfüllen;*
  - 2. nach Erteilung der Vollmacht seinen Bevollmächtigten wählen zu lassen, obwohl die in Artikel L4132-1 §1 vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt sind;*
  - 3. wissentlich im Namen seines Vollmachtgebers zu wählen, obwohl letzterer verstorben ist oder in der Lage ist, selbst sein Wahlrecht auszuüben;*
  - 4. mehrere Vollmachten in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 anzunehmen oder zu erteilen.*
- §2 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.*

**Der Vollmachtgeber,**  
(Unterschrift)

▪ **Anlage 4: Bescheinigung des Bürgermeisters (oder seines Beauftragten), wenn der Bevollmächtigte Kandidat ist**

Diese Anlage ist nur dann auszufüllen, wenn es sich bei dem Bevollmächtigten um einen Kandidaten handelt.

→ **Falls der Vollmachtgeber und der Bevollmächtigte in der gleichen Gemeinde wohnen**

Ich, der/die Unterzeichnete, Bürgermeister(in) der Gemeinde<sup>24</sup> .....  
 bescheinige hiermit, dass sowohl der oben genannte Vollmachtgeber als auch der Bevollmächtigte in dieser Gemeinde im Bevölkerungsregister eingetragen sind und dass Herr/Frau (*Name des Bevollmächtigten*) ..... der/die (*hier das Verhältnis der Verwandtschaft oder Schwägerschaft angeben*) .....  
 von Herrn/Frau (*Name des Vollmachtgebers*) ..... ist.

**Der Bürgermeister (oder sein Beauftragter),**  
 (*Siegel der Gemeinde*)

→ **Falls der Vollmachtgeber und der Bevollmächtigte in verschiedenen Gemeinden wohnen**

Ich, der/die Unterzeichnete, Bürgermeister(in) der Gemeinde<sup>25</sup> .....  
 bescheinige hiermit, dass Herr/Frau (*Name des Bevollmächtigten*) .....  
 in dieser Gemeinde im Bevölkerungsregister eingetragen ist, und bescheinige anhand der mir vorgelegten Offenkundigkeitsurkunde, dass der/die Vorgenannte der/die (*hier das Verhältnis der Verwandtschaft oder Schwägerschaft angeben*) .....  
 von Herrn/Frau (*Name des Vollmachtgebers*) ..... ist.

**Der Bürgermeister (oder sein Beauftragter),**  
 (*Siegel der Gemeinde*)

<sup>24</sup> Dieses Feld ist vom Bürgermeister der Gemeinde auszufüllen, in deren Bevölkerungsregister sowohl der Vollmachtgeber als auch der Bevollmächtigte eingetragen sind.

<sup>25</sup> Dieses Feld ist vom Bürgermeister der Gemeinde auszufüllen, in deren Bevölkerungsregister der Bevollmächtigte eingetragen ist, wenn der Vollmachtgeber seinen Hauptwohnsitz in einer anderen Gemeinde hat.

## ANHANG 9

## Muster des Sonderregisters der Vollmachten

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024  
Sonderregister der Vollmachten

Gemeinde: .....

Laufende Nummer	Name des Wählers	Vorname des Wählers	Adresse des Hauptwohnortes des Wählers	Grund der Anfrage <sup>26</sup>	Beleg(e) <sup>27</sup>
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					

<sup>26</sup> Im Rahmen der Organisation der Lokalwahlen werden unterschiedliche Dokumente den Gemeindeverwaltungen vorgelegt, darunter die Belege für die Abwesenheit von Wählern. Diese Dokumente können in dem Verfahren zur Stimmabgabe mittels Vollmacht einfließen.

Das Vollmachtenregister ist Teil einer Strategie zur Verhinderung von Betrugsrisiken.

Es erstellt ein Verzeichnis der folgenden Dokumente, die der Gemeindeverwaltung vorgelegt werden:

- Duplikate von Wahlaufforderungen;
- von den Wählern übermittelte Belege für die Abwesenheit;
- etwaige Dokumente zu Vollmachten;
- Vollmachten, die eine Gegenzeichnung des Bürgermeisters erfordern.

Sie werden außerdem gebeten, jeder Person, die eines dieser Dokumente hinterlegt, systematisch eine Empfangsbestätigung auszustellen. Diese Dokumente müssen außerdem an einem sicheren Ort aufbewahrt werden.

Schließlich wird darauf hingewiesen, dass das oben erwähnte interne Verwaltungsdokument die Namen der betroffenen Wähler und andere Informationen über sie enthält. Das erwähnte Verwaltungsdokument ist ein rein internes Dokument der Gemeindeverwaltung und wird nicht veröffentlicht.

Es liegt in Ihrer Verantwortung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesetzgebung zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten.

<sup>27</sup> In diesem Feld die Art der vorgelegten Dokumente angeben.

**ANHANG 10****Formular für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024

Auszahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände

Provinz: .....

Kanton: .....

Gemeinde: .....

Wahlvorstand (Nr.): .....

Datum der Sitzung: .....

Tel.- oder Mobil-Nr. des Vorsitzenden: .....

*Um eine rasche Zahlung zu ermöglichen, vermerken die Mitglieder des Wahlvorstands auf deutliche und leserliche Weise ihre Angaben, insbesondere ihre Bankkontonummer.*

Anweisungen

1. Dieses Dokument ist in doppelter Ausfertigung auszustellen:

- Das erste Exemplar muss am Tag der Wahl der Gemeindeverwaltung übermittelt werden. Es wird am Montagmorgen nach den Wahlen dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft übergeben.

- Das zweite Exemplar wird von dem/der Vorsitzenden des Wahlvorstands aufbewahrt.

2. Die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen<sup>28</sup> ermöglicht es, in die Bevölkerungsakte der Mitglieder des Wahlvorstands einzutragen, wie oft sie in dieser Eigenschaft getagt haben.

Der/die Vorsitzende dieses Wahlbüros bestätigt die Anwesenheit der Personen, deren Namen auf dieser Liste stehen.

Die Unterzeichneten, Vorsitzende(r), Sekretär(in) und Beisitzer des oben genannten Wahlvorstands, geben an, dass die nachstehenden Angaben richtig sind.

*Vorsitzende(r)*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Sekretär(in) 1*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Sekretär(in) 2 (eventuell)*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

<sup>28</sup> Diese Nummer ist auf der Rückseite des Personalausweises vermerkt.

*Beisitzer 1*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Beisitzer 2*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Beisitzer 3*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Beisitzer 4*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Beisitzer 5 (nur für die Wahlbürovorstände)*

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

*Während der Wahlverrichten bestimmte Stellvertreter (eventuell)*

.....

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

.....

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

.....

Name, Vorname		Unterschrift
Nationalregisternummer		
Bankkontonummer (IBAN)		

## ANHANG 11

**Forderungsanmeldung - Entschädigungen für einzelne außerordentliche Leistungen der Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024

Entschädigungen für einzelne außerordentliche Leistungen der Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände

Provinz: .....  
 Kanton: .....  
 Gemeinde: .....

*Zutreffendes bitte ankreuzen:*

- Gemeindevorstand  
 Distriktvorstand  
 Kantonsvorstand

An die Provinzverwaltung, in deren Zuständigkeitsbereich der Kreis- oder Kantonsvorstand liegt, weitergeleitet am: .....

*Um eine rasche Zahlung zu ermöglichen, vermerken Sie in deutlicher Weise Ihre vollständigen Angaben. Überprüfen Sie bitte Ihre Bankkontonummer.*

Der/die Unterzeichnete:

Herr/Frau ( <i>Name und Vorname</i> )	
Adresse	
Postleitzahl	
Gemeinde	
Tel. oder Mobil	
Bankkontonummer (IBAN)	

Erklärt, die folgenden Leistungen außerhalb der gewöhnlichen Arbeitszeiten in Ausübung seines Berufs erbracht zu haben:

1. Versand der Schreiben, Aufstellungen und Tabellen, die durch den Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung oder das Zusammenarbeitsabkommen vom 9. November 2023 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet erfordert werden, einschließlich des Versands der Protokolle

Ja  Nein  
 Dauer: ..... Stunden.

2. Bestimmung der Mitglieder der Vorstände

Ja  Nein  
 Dauer: ..... Stunden.

3. Untersuchungen zur Wählbarkeit der Kandidaten

Ja  Nein  
 Dauer: ..... Stunden.

4. Digitale Kodierung der Listen und ihre Übermittlung

Ja  Nein  
 Dauer: ..... Stunden.

5. Korrektur von Doppelkandidaturen anschließend an die Prüfung durch die Regierungen

Ja  Nein



Dauer: ..... Stunden.

6. Aktualisierung der Wahlbildschirme in den Kreisvorständen

Ja  Nein

Dauer: ..... Stunden.

7. Mitteilung der offiziellen Kandidatenliste an die Kandidaten und Anmelder, die deren Mitteilung beantragen

Ja  Nein

Dauer: ..... Stunden.

8. Mitteilung der Auszüge aus dem Protokoll der Stimmenauszählung an die gewählten Vertreter

Ja  Nein

Dauer: ..... Stunden.

9. Sonstiges (*die Art der Leistung(en) angeben*):

.....  
.....  
.....  
.....

Für jede der oben genannten Leistungen werden dem vorliegenden Dokument die entsprechenden Belege beigefügt. Außerdem wird die Bescheinigung beigefügt, mit der die Notwendigkeit der unter Nr. 9 angeführten Aufgabe(n) begründet wird.

Der/die Vorsitzende des Wahlvorstands bestätigt die Richtigkeit der vorliegenden Erklärung.

Für wahrheitsgemäß und vollständig bescheinigt.

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende,**  
(*Unterschrift*)

**Der/die Erklärende,**  
(*Unterschrift*)

**ANHANG 12****Bescheinigung zur Begründung der Notwendigkeit einer außerordentlichen Aufgabe**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024

Bescheinigung zur Begründung der Notwendigkeit einer außerordentlichen Aufgabe

---

Provinz: .....

Kanton: .....

Gemeinde: .....

*Zutreffendes bitte ankreuzen:* Gemeindevorstand Distriktvorstand Kantonsvorstand

Der/die Unterzeichnete, Herr/Frau .....,

Erklärt, dass er die folgende(n) Aufgabe(n) durchgeführt hat:

.....

.....

Diese Aufgabe(n) war(en) wie folgt gerechtfertigt:

.....

.....

Zudem war es unmöglich, diese Aufgabe(n) während der gewöhnlichen Arbeitszeiten durchzuführen, und zwar aus folgenden Gründen:

.....

.....

Für wahrheitsgemäß und vollständig bescheinigt.

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende,**  
(Unterschrift)**Der/die Erklärende,**  
(Unterschrift)

**ANHANG 13**

**Forderungsanmeldung - Tatsächliche Kosten der Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024  
 Tatsächliche Kosten für Mitglieder der Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände

Provinz: .....  
 Kanton: .....  
 Gemeinde: .....  
 Wahlvorstand: .....

An die Provinzverwaltung, in deren Zuständigkeitsbereich das Kreis- oder Kantonsvorstand liegt, weiterzuleiten bis zum (Datum) .....

*Um eine rasche Zahlung zu ermöglichen, vermerken Sie in deutlicher Weise Ihre vollständigen Angaben. Überprüfen Sie bitte Ihre Bankkontonummer.*

Der/die Unterzeichnete:

Herr/Frau (Name und Vorname)	
Adresse	
Postleitzahl	
Gemeinde	
Wahlvorstand	
Funktion im Wahlvorstand	
Bankkontonummer (IBAN)	
Geschuldeter Gesamtbetrag (Addition der Beträge aus den nachfolgenden Punkten 1 bis 5)	

Erklärt, dass ihm/ihr die tatsächlichen Kosten in der oben angegebenen Gesamthöhe für die folgenden Aufgaben zu erstatten sind:

*Unzutreffendes bitte streichen:*

- 1. Vervielfältigung von Dokumenten: Ja/Nein, in Höhe von ..... Euro.
- 2. Telefonanrufe: Ja/Nein, in Höhe von ..... Euro.
- 3. Büro- und Schreibwaren: Ja/Nein, in Höhe von ..... Euro.
- 4. Transport von Zubehör: Ja/Nein, in Höhe von ..... Euro.
- 5. Sonstige ähnliche Kosten: Ja/Nein, in Höhe von ..... Euro.

Ursprung und Rechtfertigung dieser Kosten:

.....  
 .....

Für jede der oben genannten Kosten werden die entsprechenden Belege beigelegt.

Der/die Vorsitzende des Wahlvorstands bestätigt die Richtigkeit der vorliegenden Erklärung.

Für wahrheitsgemäß und vollständig bescheinigt.

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende,**  
 (Unterschrift)

**Der/die Erklärende,**  
 (Unterschrift)

**ANHANG 14****Formular für die Erstattung der Fahrtkosten von Mitgliedern der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024

Erstattung der Fahrtkosten von Mitgliedern der Gemeindevorstände und der Wahlbürovorstände

Provinz: .....

Kanton: .....

Gemeinde: .....

Wahlvorstand (Nr.): .....

Diese Forderungsanmeldung ist spätestens am ..... (Datum) an die Adresse des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu richten.

*Um eine rasche Zahlung zu ermöglichen, vermerken Sie in deutlicher Weise Ihre vollständigen Angaben. Überprüfen Sie bitte Ihre Bankkontonummer.*

Der/die Unterzeichnete:

Herr/Frau (Name und Vorname)	
Adresse	
Postleitzahl	
Gemeinde	
Tel. oder Mobil	
Wahlvorstand	
Funktion im Wahlvorstand	
Bankkontonummer (IBAN)	

Erklärt, dass ihm die Fahrtkosten für die Wahlen zwischen den folgenden Gemeinden zu erstatten sind:

Abfahrtsort	Bestimmungsort

Anzahl zurückgelegter Kilometer	Anzahl Fahrten	Grund dieser Fahrten

Zu erstatten: ..... km x 0,4280 Euro, d. h. ein Gesamtbetrag von ..... Euro.

Der Betrag ist auf das oben angegebene Bankkonto zu überweisen.

Der/die Vorsitzende des Wahlvorstands bestätigt die Richtigkeit der vorliegenden Erklärung.

Für wahrheitsgemäß und vollständig bescheinigt.

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der/die Vorsitzende,**  
(Unterschrift)

**Der/die Erklärende,**  
(Unterschrift)

**ANHANG 15**

**Formular für die Erstattung der Fahrtkosten von Wählern**

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024  
Erstattung der Fahrtkosten von Wählern

Zu übermitteln an: Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
Gospertstraße 1  
4700 Eupen

*Um eine rasche Zahlung zu ermöglichen, vermerken Sie in deutlicher Weise Ihre vollständigen Angaben. Überprüfen Sie bitte Ihre Bankkontonummer.*

Der/die Unterzeichnete:

Herr/Frau (Name und Vorname)	
Adresse	
Postleitzahl	
Gemeinde	
Tel. oder Mobil	
Bankkontonummer (IBAN)	

Erklärt, dass ihm die Fahrtkosten für die Wahlen zwischen den folgenden Gemeinden zu erstatten sind:

Abfahrtsort (Adresse des Abfahrtsorts des/der Betreffenden)	Bestimmungsort (Adresse des Wahlbüros)

Für sich selbst und die folgenden Personen, die seiner Familie angehören und ebenfalls wahlberechtigt sind:

..... Name und Vorname(n)	..... Name und Vorname(n)
..... Name und Vorname(n)	..... Name und Vorname(n)
..... Name und Vorname(n)	..... Name und Vorname(n)
..... Name und Vorname(n)	..... Name und Vorname(n)

*Kreuzen Sie den Grund der Fahrt an:*

- Sie sind umgezogen und werden in Ihrer ehemaligen Gemeinde zur Wahl aufgefordert.
- Sie oder eine Person in Ihrem Haushalt üben einen Beruf im Ausland aus.
- Sie oder eine Person in Ihrem Haushalt üben einen Beruf in einer anderen Gemeinde als derjenigen aus, in der Sie wählen müssen.
- Sie sind Student und halten sich aufgrund Ihres Studiums in einer anderen Gemeinde als derjenigen auf, in der Sie wählen müssen.
- Sie halten sich in einer Pflegeanstalt oder Gesundheitseinrichtung auf, die in einer anderen Gemeinde liegt als die, in der Sie wählen müssen.

Dem vorliegenden Dokument werden die folgenden Belege beigefügt:

1. die vom Wahlbürovorstand abgestempelte Wahlaufforderung;
2. eine der folgenden Unterlagen:
  - a) eine Bescheinigung des Arbeitgebers, aus der ersichtlich ist, dass sie von ihm bezahlt werden, wenn es sich um Wähler handelt, die Gehalts- oder Lohnempfänger sind und die entweder im Auftrag im Ausland sind oder ihren Beruf in einer anderen Gemeinde ausüben als der, in der sie wählen müssen;

- b) eine Bescheinigung der Leitung der Unterrichtseinrichtung, aus der ersichtlich ist, dass sie ordnungsgemäß eingetragen sind, wenn es sich um Wähler handelt, die sich aufgrund ihres Studiums in einer anderen Gemeinde aufhalten als der, in der sie wählen müssen;
- c) eine Bescheinigung der Leitung des Aufnahmezentrums, der Pflegeanstalt oder der Gesundheitseinrichtung, aus der ersichtlich ist, dass sie dort aufgenommen oder in Behandlung sind, wenn es sich um Wähler handelt, die sich aus medizinischen oder gesundheitlichen Gründen in einer anderen Gemeinde aufhalten als der, in der sie wählen müssen;
3. gegebenenfalls der benutzte Fahrschein der öffentlichen Verkehrsmittel.

Die Kosten werden auf Grundlage des Tarifs für den Personentransport in 2. Klasse rückerstattet, so wie er am Tag der Wahl von der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen angewandt wird.

Der Betrag ist auf das oben angegebene Bankkonto zu überweisen.

Diese Forderungsanmeldung ist spätestens am ..... (Datum) an die Adresse des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu richten.

Für wahrheitsgemäß und vollständig bescheinigt.

Ausgefertigt in ..., am ...

**Der Erklärende,**  
(Unterschrift)

## ANHANG 16

## Musterformular für den Antrag auf Verweisung an ein angepasstes Wahlzentrum

Gemeinde- und Provinzwahlen vom 13. Oktober 2024  
Antrag auf Verweisung an ein angepasstes Wahlzentrum

Der/die Unterzeichnete:

Name und Vorname	
Geburtsdatum	
Wohnort (Straße, Nr., Briefkasten, Gemeinde)	
Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen	
Gemeinde, in der der/die Betreffende als Wähler eingetragen sind	

Erklärt, dass er von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzwahlen am 13. Oktober 2024 an ein angepasstes Wahlzentrum verwiesen zu werden.

**Der Erklärende,**  
(Unterschrift)

Gesehen, um dem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Durchführung der Lokalwahlen vom 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet beigefügt zu werden.

Ausgefertigt in Namur, am 6. Juni 2024.

Für die Wallonische Regierung,

Der Ministerpräsident

E. DI RUPO

Der Minister für Wohnungswesen, lokale Behörden und Städte

Ch. COLLIGNON

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für Lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE  
ET SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2024/203193]

**6 JUIN 2024. — Accord de coopération d'exécution entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande**

Vu la Constitution, les articles 39 et 139;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, les articles 6, § 1<sup>er</sup>, VIII, alinéa 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, et 92bis, § 1<sup>er</sup>, modifiés en dernier lieu par la loi spéciale du 30 juillet 2018;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 55bis, inséré par la loi du 5 mai 1993 et modifié par la loi du 6 janvier 2014;

Vu le décret du Parlement de la Région wallonne du 27 mai 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnées, l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>/1, inséré par le décret du 28 avril 2014;

Vu le décret du Parlement de la Communauté germanophone du 1<sup>er</sup> juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnées, l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1.1, inséré par le décret du 5 mai 2014;

Vu l'accord de coopération du 9 novembre 2023 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande, l'article 3, l'article 10, § 2, alinéas 1<sup>er</sup> et 2, l'article 12, § 1<sup>er</sup> et 2, l'article 16, § 2, alinéa 2, l'article 17, § 2, alinéa 2, l'article 25, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, et alinéa 3, l'article 27, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, et § 2, l'article 28, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, l'article 31, alinéa 2, l'article 32, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, et l'article 45;

Le Gouvernement wallon en la personne du Ministre-Président et en la personne du Ministre des Pouvoirs locaux,  
et  
le Gouvernement de la Communauté germanophone en la personne du Ministre-Président, compétent en matière de pouvoirs locaux,  
ont convenu ce qui suit :

#### CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — Opérations électorales

##### Section 1<sup>re</sup>. — Répartition des électeurs, convocation et instructions

**Article 1<sup>er</sup>.** En application de l'article 25, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, de l'accord de coopération du 9 novembre 2023 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande, ci-après dénommé « l'accord de coopération », le nombre d'électeurs admis à voter par section de vote s'élève à 1.050, ce qui correspond à cinq ordinateurs de vote par section de vote et 210 électeurs par ordinateur de vote.

**Art. 2.** § 1<sup>er</sup>. Les convocations que les collèges communaux envoient aux électeurs reprennent les données visées à l'article L4124-1, § 6, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, ci-après dénommé « le Code ».

Les électeurs belges reçoivent une convocation de couleur blanche. Les électeurs non belges admis à voter aux élections communales reçoivent une convocation de couleur bleue.

§ 2. Le modèle de convocation destiné aux électeurs belges figure à l'annexe 1re. Le modèle de convocation destiné aux électeurs non belges figure à l'annexe 2.

**Art. 3.** Le texte des instructions pour les électeurs visés à l'article L4142-37, § 2, du Code figure à l'annexe 3.

##### Section 2. — Composition des bureaux électoraux

**Art. 4.** Le tableau de composition des bureaux électoraux visé à l'article L4125-5, § 7, alinéa 4, du Code est établi conformément au modèle figurant à l'annexe 4a. Les présidents des bureaux communaux et des bureaux de canton le complètent suivant les modalités définies à l'article L4125-5, § 7, alinéas 1<sup>er</sup> à 3, du Code.

Les présidents des bureaux communaux établissent également un tableau de composition des bureaux électoraux conformément au modèle figurant à l'annexe 4b, dont un extrait est communiqué aux présidents des bureaux de vote aux fins de la réalisation du relevé des assesseurs absents visé à l'article L4143-28, § 1<sup>er</sup>, 13<sup>o</sup>, du Code.

##### Section 3. — Délivrance du registre des électeurs

**Art. 5.** § 1<sup>er</sup>. Conformément à l'article L4122-7, § 1<sup>er</sup>, du Code et dans le respect des conditions visées par cette disposition, tout parti politique disposant d'un numéro d'ordre régional ou provincial peut, à partir de la validation du registre des électeurs par le gouverneur de province et jusqu'à sept jours après cette date, adresser une demande au Gouvernement wallon ou à son délégué en vue de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Le modèle du formulaire de demande figure à l'annexe 5a.

§ 2. Conformément à l'article L4122-8, § 1<sup>er</sup>, du Code et dans le respect des conditions visées par cette disposition, le déposant d'une liste de candidats ne bénéficiant pas d'un numéro d'ordre régional ou provincial peut, à partir de la validation du registre des électeurs par le gouverneur de province, adresser une demande au collège communal, pour le compte de la liste de candidats qu'il représente, en vue de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Le modèle du formulaire de demande figure à l'annexe 5b.

§ 3. Pour la délivrance des exemplaires du registre des électeurs, il est utilisé un format de fichier informatique dont la structure permet l'importation directe des données qu'il contient dans une application afin d'effectuer différents traitements de ces données, et notamment l'élaboration de listes d'électeurs répondant à certains critères de sélection.

##### Section 4. — Dépenses électorales

**Art. 6.** Les formulaires à utiliser par les listes et les candidats lors des élections pour le renouvellement des conseils communaux afin de déclarer leurs dépenses électorales et l'origine de leurs fonds, en vertu de l'article L4131-4, § 1<sup>er</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> à 3, du Code, figurent aux annexes 6a à 6d.

**Art. 7.** Conformément à l'article L4131-4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du Code, les listes et les candidats lors des élections pour le renouvellement des conseils communaux établissent le relevé des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus au moyen du formulaire figurant à l'annexe 7.

##### Section 5. — Vote par procuration

**Art. 8.** Le formulaire, dont l'usage est obligatoire, que les électeurs utilisent pour voter par procuration figure à l'annexe 8. Il comprend le modèle de déclaration sur l'honneur préalable visée à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, alinéa 3, du Code, ainsi que le modèle de certificat et le modèle de déclaration écrite sur l'honneur visés à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, alinéa 3, du Code.

**Art. 9.** Dans le cas visé à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code, l'électeur qui donne la procuration produit l'une des pièces justificatives suivantes :

- 1<sup>o</sup> une attestation de l'organisation de voyages;
- 2<sup>o</sup> un titre de transport valable;
- 3<sup>o</sup> une preuve de réservation valable.

Pour être valables, les pièces justificatives visées à l'alinéa 1<sup>er</sup> mentionnent l'identité de l'électeur qui donne procuration et la date du séjour. Sont visés par la notion d'identité les nom, prénom(s) et civilité de l'électeur. Les pièces justificatives démontrent que la destination du séjour se situe hors du territoire belge.

**Art. 10.** § 1<sup>er</sup>. Conformément à l'article L4132-1, § 5, du Code, chaque commune tient un registre spécial des procurations dont le modèle figure à l'annexe 9.

§ 2. Le personnel de l'administration communale assure la tenue et la gestion du registre spécial des procurations à partir du moment où le formulaire de procuration est mis à disposition des électeurs à l'administration communale conformément à l'article L4132-1, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code, et jusqu'au moment où le registre spécial des procurations ainsi qu'une copie de celui-ci sont transmis aux Gouvernements conformément à l'article L4143-28, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code.



## Section 6. — Frais électoraux

**Art. 11.** § 1<sup>er</sup>. Le montant du jeton de présence est fixé à 30 euros pour les présidents des bureaux de vote. Il est fixé à 20 euros pour les autres membres de ces bureaux. Conformément à l'article 25, alinéa 3, de l'accord de coopération, ces montants sont majorés de cinquante pour cent.

Le montant du jeton de présence est fixé à 75 euros pour les présidents des bureaux de circonscription et de canton. Il est fixé à 50 euros pour les autres membres de ces bureaux.

§ 2. Les montants énoncés au paragraphe 1<sup>er</sup> sont valables pour chaque séance du bureau électoral :

1° pour les bureaux de vote, il s'agit de la séance prévue pour recevoir les électeurs venus exprimer leur vote;

2° pour les bureaux de circonscription, il s'agit des séances relatives :

a) à la réception des actes de candidature;

b) à la vérification de la recevabilité des actes;

c) à l'arrêt provisoire des listes de candidats;

d) à la réception des réclamations contre des candidatures et des recours contre l'écartement de certaines listes de candidats;

e) au dépôt des actes rectificatifs;

f) à l'arrêt définitif des listes de candidats;

g) au tirage au sort provincial et communal et à la vérification et la validation des documents reproduisant l'ensemble des numéros d'ordre et sigles des listes présentées et les listes de candidats, tels que le logiciel les fera apparaître à l'écran de visualisation;

h) à la réception des désignations des témoins et des témoins suppléants;

i) à la répartition des sièges entre les listes le jour du scrutin et la désignation des élus et des suppléants;

j) à l'appareillement;

3° pour les bureaux de canton, il s'agit de la séance relative à la formation des présidents des bureaux de vote, pour autant que celle-ci ait lieu, et de la séance relative au recensement des votes pour le ressort du canton.

§ 3. Les montants énoncés au paragraphe 1<sup>er</sup> ne sont pas indexés.

§ 4. Conformément à l'article 13, alinéa 2, de l'accord de coopération, les jetons de présence alloués aux membres des bureaux communaux et des bureaux de vote sont liquidés par le Ministère de la Communauté germanophone sur foi de la liste des membres présents du bureau électoral adressée par le président du bureau électoral concerné.

Le président du bureau communal ou du bureau de vote transmet les identités et numéros de comptes bancaires des membres des bureaux. À cette fin, il utilise un formulaire, dont l'usage est obligatoire, et qui est établi conformément au modèle figurant à l'annexe 10.

§ 5. Les jetons de présence alloués aux membres du bureau de district et des bureaux de canton sont liquidés par la Province de Liège sur foi de la liste des membres présents du bureau électoral adressée par le président du bureau électoral concerné.

Le président encode les identités et numéros de comptes bancaires des membres du bureau de district et des bureaux de canton dans le logiciel électoral utilisé par le bureau, conformément aux modalités déterminées dans l'article 15 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 mars 2024 fixant les modalités de certaines opérations électorales et portant délégation de compétences au ministre des Pouvoirs locaux en matière d'organisation des élections locales.

**Art. 12.** § 1<sup>er</sup>. En dehors des séances énumérées à l'article 11, les membres des bureaux de circonscription et de canton peuvent avoir à accomplir des tâches qui sont nécessaires afin de garantir le bon déroulement des élections. Ces tâches donnent droit à une indemnité et concernent :

1° l'envoi des courriers, relevés et tableaux exigés par le Code ou par l'accord de coopération, y compris l'expédition des procès-verbaux;

2° la procédure de désignation des membres des bureaux;

3° les démarches accomplies en vue de procéder aux investigations quant à l'éligibilité des candidats;

4° l'encodage numérique des listes et leur transmission;

5° les corrections qui suivent la vérification par les Gouvernements des doubles candidatures;

6° l'actualisation des écrans de visualisation dans les bureaux de circonscription;

7° la communication de la liste officielle des candidats à ceux-ci et aux déposants qui le demandent;

8° la communication des extraits du procès-verbal de recensement aux élus.

§ 2. Les tâches décrites au paragraphe 1<sup>er</sup> font l'objet d'une indemnisation uniquement lorsqu'elles se situent en dehors des heures de travail des membres des bureaux concernés dans l'exercice de leur profession. Pour les tâches incombant au président, l'indemnité est fixée par référence au barème des greffiers en chef. Pour les tâches n'incombant pas de manière spécifique au président, l'indemnité est fixée par référence au barème des greffiers auprès des tribunaux de première instance.

§ 3. La déclaration de créance se rapportant aux tâches effectuées conformément au paragraphe 1<sup>er</sup> est adressée à la Province de Liège, accompagnée du relevé des heures prestées et des pièces justificatives. Cette déclaration est établie conformément au modèle figurant à l'annexe 11.

§ 4. Toute autre demande d'indemnisation pour une tâche qui n'est pas mentionnée expressément dans la liste reprise au paragraphe 1<sup>er</sup>, fait l'objet d'une déclaration de créance sur base du modèle figurant à l'annexe 12 justifiant de la nécessité de cette tâche dans la procédure électorale et de l'impossibilité de l'effectuer dans les heures de travail.

L'indemnisation de ces tâches est opérée sur base de cette déclaration de créance. Le montant de l'indemnité est fixé par référence au barème des greffiers auprès des tribunaux de première instance.

**Art. 13.** Les frais réels consentis par les membres des bureaux de circonscription et de canton dans l'exercice de leur mission font l'objet d'un remboursement sur base d'une déclaration de créance conforme au modèle figurant à l'annexe 13, accompagnée de pièces justificatives, adressée à la Province de Liège. Ces frais couvrent les reproductions de documents, les communications téléphoniques, la papeterie, le transport des accessoires et les autres frais semblables.

**Art. 14.** Les membres des bureaux électoraux qui ont droit à une indemnité pour les déplacements en dehors de leur commune de résidence transmettent leur déclaration de créance :

1° pour les membres des bureaux communaux et des bureaux de vote : au Ministère de la Communauté germanophone qui réceptionne l'ensemble des formulaires et les transfère à la Province de Liège en vue du paiement;

2° pour les membres du bureau de district et des bureaux de canton : conformément aux modalités déterminées dans l'article 20 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 mars 2024 fixant les modalités de certaines opérations électorales et portant délégation de compétences au ministre des Pouvoirs locaux en matière d'organisation des élections locales.

Pour les cas visés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, le formulaire, dont l'usage est obligatoire, est établi conformément au modèle figurant à l'annexe 14.

L'indemnité allouée aux membres des bureaux électoraux à titre de remboursement de leurs frais de déplacements est fixée à 0,4280 euro par kilomètre parcouru.

**Art. 15.** § 1<sup>er</sup>. Les électeurs visés à l'article L4135-5 du Code qui ont droit à une indemnité de déplacement transmettent leur déclaration de créance au Ministère de la Communauté germanophone qui réceptionne l'ensemble des formulaires et les transfère à la Province de Liège en vue du paiement.

Le formulaire, dont l'usage est obligatoire, est établi conformément au modèle figurant à l'annexe 15. La demande est appuyée des pièces justificatives suivantes :

1° la lettre de convocation estampillée par le bureau de vote;

2° l'un des documents suivants :

a) une attestation de l'employeur établissant qu'ils sont rémunérés par lui s'il s'agit d'électeurs salariés ou appointés en mission à l'étranger ou exerçant leur profession dans une commune autre que celle où ils votent;

b) une attestation de la direction de l'établissement d'enseignement constatant qu'ils y sont régulièrement inscrits s'il s'agit d'électeurs qui séjournent, en raison de leurs études, dans une commune autre que celle où ils votent;

c) une attestation de la direction du centre d'accueil, de l'établissement hospitalier, ou de la maison de santé constatant qu'ils y sont hébergés ou qu'ils s'y trouvent en traitement s'il s'agit d'électeurs séjournant, pour des raisons d'ordre médical, dans une commune autre que celle où ils votent;

3° le cas échéant, le titre de transport en commun dont il a été fait usage.

§ 2. Les électeurs qui, pour leur déplacement, font usage des lignes de la Société nationale des chemins de fer belges, peuvent, au lieu de solliciter le remboursement de leurs frais, obtenir un parcours gratuit en deuxième classe en produisant, à la station de départ, leur lettre de convocation à l'élection et leur carte d'identité, ainsi que l'un des documents prévus au paragraphe 1<sup>er</sup>.

Le titre de transport délivré est valable du vendredi précédant le jour de l'élection jusqu'au dimanche suivant. Il couvre le voyage de retour uniquement sur production de la lettre de convocation, dûment estampillée par le bureau de vote.

§ 3. Les frais sont remboursés sur la base du tarif des transports de voyageurs en deuxième classe, tel qu'il est appliqué par la Société nationale des chemins de fer belges le jour de l'élection.

**Art. 16.** § 1<sup>er</sup>. La Province de Liège souscrit, auprès d'une compagnie d'assurance, une police destinée à garantir les dommages corporels résultant des accidents susceptibles de survenir aux membres des bureaux électoraux lors des élections, tant dans l'exercice de leurs fonctions que sur le trajet aller-retour de leur domicile au lieu de réunion de leur bureau.

La notion de trajet aller-retour du domicile de l'assuré au lieu de réunion de son bureau est déterminée par référence à l'article 8 de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail.

La police d'assurance visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> couvre :

1° les dommages corporels résultant des accidents dont sont victimes les membres des bureaux électoraux durant l'exécution de leur mission ou sur le trajet aller-retour de leur domicile au lieu de réunion de leur bureau;

2° la responsabilité civile résultant des dommages causés par leur fait ou leur faute à des tiers dans l'exercice de leur mission ou sur le trajet aller-retour de leur domicile au lieu de réunion de leur bureau.

§ 2. Les assurés sont considérés comme tiers entre eux.

§ 3. Les membres des bureaux électoraux qui sont soumis au régime institué par la loi du 3 juillet 1967 sur la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public, sont exclus de la garantie visée au paragraphe 1<sup>er</sup>.

§ 4. En cas d'existence d'une ou de plusieurs assurances s'appliquant en tout ou en partie aux mêmes risques que ceux couverts par le présent article, la police d'assurance visée au paragraphe 1<sup>er</sup> est supplétive, après épuisement des assurances.

§ 5. La police d'assurance prend effet, selon les catégories de bureaux électoraux constitués, aux dates fixées pour leur première réunion par le Code. Elle expire à la date à laquelle ces bureaux ont accompli l'ensemble de leurs opérations.

§ 6. La prime versée à l'assureur par application de la convention d'assurance fait l'objet d'une ristourne qui s'élève à la moitié de la différence entre quatre-vingt-cinq pour cent du montant de la prime et le montant des dépenses, c'est-à-dire les montants payés pour sinistre de même que les réserves pour sinistre restant éventuellement à régler.

**Art. 17.** Conformément aux articles 12, § 1<sup>er</sup>, et 13 de l'accord de coopération, la Province de Liège assure le règlement des créances relatives aux frais électoraux visés par la présente section et procède ensuite, auprès des communes de la région de langue allemande, aux récupérations appropriées, au prorata des électeurs inscrits.

#### Section 7. — Locaux de vote et installations électorales

**Art. 18.** Pour l'application de l'article L4123-1, § 3, du Code, le gouverneur de province ou le fonctionnaire désigné par lui, en accord avec le collège communal, sélectionne les locaux de vote en privilégiant les bâtiments communaux existants et aménagés en vue d'une meilleure accessibilité, sur base des critères suivants :

1° les locaux sont de plain-pied;

2° les locaux sont pourvus de couloirs d'accès suffisamment larges et permettant une accessibilité aisée aux personnes en chaise roulante;

3° toutes les portes extérieures et intérieures des locaux présentent un libre passage de quatre-vingt-cinq centimètres minimum et une aire de rotation d'un mètre et demi minimum pour les sas et les couloirs éventuels;

4° la disposition des locaux permet l'installation d'au moins un isolement adapté au rez-de-chaussée ou d'une table placée à l'abri des regards indiscrets;

5° les locaux sont pourvus d'un ascenseur;

6° si les locaux sont accessibles uniquement par le biais d'un escalier, celui-ci bénéficie de marches antidérapantes

et est équipé d'une main-courante de chaque côté, à la fois solide et continue;

7° les alentours des locaux permettent aisément le stationnement ou sont facilement accessibles par le biais des transports en commun;

8° les voies d'accès aux entrées des locaux permettent un accès aisé à ceux-ci.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, l'ascenseur satisfait aux exigences techniques suivantes :

1° les systèmes d'appel et de commande sont perceptibles par toute personne handicapée, à l'aide de dispositifs lumineux et vocaux, si nécessaire;

2° le bouton d'appel est situé entre quatre-vingts et nonante-cinq centimètres du sol;

3° une aire de manœuvre d'un mètre et demi libre de tout obstacle est disponible face au bouton d'appel;

4° les profondeur et largeur de la cabine sont suffisantes;

5° la porte présente un libre passage de nonante centimètres minimum.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 7°, l'accès facile par le biais des transports en commun est présumé lorsqu'un arrêt de bus se situe à proximité du bâtiment.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 8°, il est présumé que les voies d'accès permettent un accès aisé aux locaux lorsqu'elles présentent une surface d'une largeur minimale de cent-vingt centimètres, de préférence horizontale, dépourvue de toute marche et de tout ressaut, avec un revêtement non meuble, non glissant, sans obstacle à la roue et dépourvu de trous ou de fentes de plus d'un centimètre de large.

Conformément à l'article L4133-1, § 1<sup>er</sup>, du Code, l'électeur qui souhaite introduire une déclaration afin d'être orienté vers un centre de vote adapté utilise le formulaire figurant à l'annexe 16.

**Art. 19.** § 1<sup>er</sup>. Dans chaque local de vote, les isolements sont aménagés et disposés afin que chaque électeur soit soustrait à la vue et puisse procéder au vote sans intervention ni interruption.

Les principes auxquels se conforment les isolements sont les suivants :

1° la hauteur de l'isoloir est suffisante pour empêcher les électeurs qui se trouvent dans des isolements contigus de voir le vote de leur voisin;

2° le plateau intérieur est assez large et profond pour que l'ordinateur de vote puisse y être installé.

La conception de l'isoloir répond aux exigences suivantes :

1° une cloison dorsale d'environ deux mètres dix de hauteur;

2° deux cloisons latérales de la même hauteur;

3° une tablette réglable servant de pupitre;

4° une barre en acier pour tenture;

5° une tenture.

§ 2. L'isoloir adapté répond aux exigences suivantes :

1° la face supérieure de la tablette est placée à une hauteur de quatre-vingts centimètres au plus, à une largeur d'un mètre et une profondeur de soixante centimètres;

2° l'espace sous la tablette reste libre afin de permettre le bon positionnement des personnes en chaise roulante.

L'isoloir adapté est installé au rez-de-chaussée, dans un local de vote ou à proximité, de manière à permettre une circulation aisée des électeurs nécessitant une assistance et qui souhaitent en faire l'usage. Toutes les ruptures de niveau au rez-de-chaussée sont pourvues d'un plan incliné provisoire ou non, assurant la circulation aisée tout en garantissant la sécurité des passants.

#### Section 8. — Déroulement du scrutin

**Art. 20.** § 1<sup>er</sup>. Conformément à l'article L4143-20, § 2, alinéas 2 à 4, du Code, le secrétaire du bureau de vote et le président ou l'assesseur désigné par lui, complètent les deux premiers exemplaires des registres de scrutin en écrivant le ou les caractères suivants dans la case figurant en face du nom de l'électeur :

1° une croix lorsque l'électeur vote en personne;

2° une croix suivie d'une autre croix lorsque l'électeur vote en personne mais se trouve dans l'un des cas visés à l'article L4143-20, § 3 et 4, du Code;

3° la lettre P lorsque l'électeur vote par procuration, c'est-à-dire lorsque l'électeur ne prend pas personnellement part au vote mais mandate un autre électeur à cette fin;

4° les lettres PP lorsque l'électeur vote en personne pour lui-même tout en étant porteur d'une procuration pour le compte d'un autre électeur qu'il soit ou pas convoqué dans le même bureau de vote;

5° les lettres AC lorsque l'électeur vote en personne mais nécessite pour cela l'accompagnement visé aux articles L4133-2 et L4143-21, § 3, alinéas 2 et 3, du Code;

6° la lettre A lorsque l'électeur ne prend pas part au vote et est donc considéré comme absent.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, les noms de l'électeur accompagné et de son accompagnant sont notés au procès-verbal, conformément à l'article L4143-21, § 3, alinéas 2 et 3, du Code. Dans le même cas de figure, lorsque l'électeur accompagné et son accompagnant sont tous deux électeurs de la même commune mais sans être convoqués tous deux dans le même bureau de vote, le nom de l'accompagnant est noté au relevé visé à l'article L4143-25, § 1<sup>er</sup>, 2°, du Code, conformément à l'article L4143-20, § 7, alinéa 2, du Code.

§ 2. Les membres du bureau de vote complètent le troisième exemplaire des registres de scrutin en surlignant les cases se rapportant aux électeurs absents et à ceux ayant fait valoir des motifs d'excuse. Le troisième exemplaire des registres de scrutin fait office de relevé visé à l'article L4143-25, § 1<sup>er</sup>, 3°, du Code.

### CHAPITRE II. — Opérations électorales numériques et automatisées

#### Section 1<sup>re</sup>. — Dispositions générales

**Art. 21.** Pour l'application du présent chapitre, l'on entend par :

1° la dévolution : l'opération visée à l'article L4112-20, § 3, du Code;

2° l'encodage : l'introduction de données, par le biais d'un logiciel électoral, au moyen d'une interface d'entrée;

3° le logiciel : un programme informatique permettant l'encodage structuré de données électorales, ainsi que leur traitement automatisé;

4° les opérations électorales numériques : les opérations électorales qui impliquent une transmission dématérialisée;

5° les opérations électorales numériques et automatisées : les opérations électorales qui impliquent à la fois une transmission dématérialisée et un traitement auto-exécutable, sans intervention humaine;

6° le recensement : l'opération visée à l'article L4112-19, § 2, du Code;

7° le responsable de l'opération : la personne identifiée pour exécuter une opération d'encodage, de transmission, ou de traitement automatisé;

8° le traitement automatisé : l'application d'un ensemble d'instructions qui sont exécutées dans un ordre déterminé et par un processus numérique sous la vigilance humaine;

9° la transmission numérique : l'opération de transfert d'une donnée par la voie numérique, ou d'encodage à distance d'une donnée, par le biais d'une connexion numérique, sur un support mémoire déterminé.

Art. 22. § 1<sup>er</sup>. Outre le logiciel de vote destiné au fonctionnement du système de vote électronique avec preuve papier visé au chapitre 3, le logiciel électoral visé à l'article L4141-1, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code, est le logiciel électoral principal dédié à la gestion des candidatures, à la transmission et au traitement des résultats électoraux, à la gestion et au traitement des données électorales.

§ 2. Les utilisateurs du logiciel électoral principal sont :

1° le délégués des Gouvernements dans leur mission de supervision des opérations;

2° les présidents des bureaux de circonscription et de canton;

3° les secrétaires des bureaux de circonscription et de canton;

4° les assesseurs des bureaux de circonscription et de canton;

5° le collège communal ou son délégué;

6° le gouverneur de province;

7° le déposant visé à l'article L4112-16, alinéa 4, du Code;

8° les candidats;

9° les conseillers de soutien;

10° les électeurs de soutien;

11° les témoins.

§ 3. Outre le logiciel visé au paragraphe 1<sup>er</sup>, le système régional informatique mis à disposition par le Gouvernement wallon comprend :

1° un serveur régional sécurisé;

2° un réseau sécurisé.

§ 4. Les opérations d'encodage et de transmission commencent seulement après l'identification authentifiée de l'utilisateur concerné.

Pour des raisons organisationnelles, le responsable de l'opération peut déléguer à une ou plusieurs personnes de son choix, agissant sous son autorité directe, les opérations matérielles d'encodage des données.

Toute personne agissant sous l'autorité du responsable de l'opération, qui accède à des données électorales, les traite uniquement sur instruction du responsable de l'opération.

§ 5. Pour toutes les opérations qui s'accomplissent à l'aide du logiciel électoral principal, le Gouvernement wallon met le serveur régional sécurisé à disposition des utilisateurs visés au paragraphe 2. L'accès au serveur régional sécurisé s'effectue au moyen d'un processus d'authentification forte permettant d'attester l'identité des personnes avec un niveau de fiabilité très élevé.

Le fonctionnaire délégué de l'administration de la Région wallonne communique les conditions techniques et les modalités de connexion au serveur régional sécurisé.

En cas de contestation relative à l'exactitude des données encodées sur le serveur régional sécurisé, seul le procès-verbal signé par le bureau électoral concerné fait foi.

§ 6. Le logiciel électoral principal permet l'introduction des données bancaires des membres du bureau de district et des bureaux de canton en vue du paiement des jetons de présence visés à l'article L4135-2, § 3, 1° du Code.

§ 7. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone constatent que le logiciel électoral principal garantit l'intégrité des données et le secret des votes sur la base d'un rapport fourni par un organisme d'agrément désigné conformément à l'accord de coopération du 3 septembre 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, l'Autorité flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone relatif à la désignation d'une liste commune d'organismes agréés pour le contrôle des systèmes électoraux digitaux ainsi qu'à la mise en place de collaborations futures. Dans la semaine qui suit le jour des élections, le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone publient les codes sources des logiciels électoraux sans qu'apparaisse une clé cryptographique ou un mot de passe.

§ 8. Le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone définissent le format standard de transmission des données électorales relatives aux candidatures et à la totalisation des résultats.

## Section 2. — Candidatures

### Sous-section 1<sup>re</sup>. — Présentation et recevabilité des candidatures

Art. 23. La présentation de candidats lors des élections provinciales et communales s'effectue de manière électronique au moyen du logiciel électoral principal mis à disposition par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Ce logiciel électoral principal permet la signature électronique du déposant, des candidats, des témoins, des conseillers ou des électeurs de soutien ainsi que le téléchargement de tous les documents nécessaires à la candidature visés à l'article L4142-4, § 6, du Code.

Art. 24. Au terme de l'encodage, le logiciel génère un document précisant le jour et l'heure du dépôt de la présentation des candidatures et comportant un numéro d'ordre qui est communiqué entre les mains du président du bureau de circonscription aux dates visées à l'article L4142-3, alinéa 2, du Code. Le document contient les informations nécessaires permettant au bureau de circonscription de vérifier les données collectées de manière électronique.

Art. 25. Aux dates visées à l'article L4142-3, alinéa 2, du Code, le président du bureau de circonscription délivre un récépissé du dépôt d'une présentation de candidats.

**Art. 26.** Le président du bureau de circonscription procède à l'encodage des présentations qui ne sont pas introduites de manière électronique. Il peut déléguer à une ou plusieurs personnes agissant sous son autorité directe l'opération matérielle d'encodage des candidatures.

Sous-section 2. — Arrêt provisoire des listes de candidats

**Art. 27.** À la date prévue à l'article L4142-11 du Code et après que le bureau a effectué les opérations visées aux articles L4142-12 à L4142-15 du Code relatifs à la recevabilité des candidatures, le président du bureau enregistre sur le serveur régional les listes de candidats telles qu'elles sont provisoirement arrêtées par le bureau.

Les membres du bureau, ainsi que les témoins présents à la séance, procèdent à la signature électronique du procès-verbal.

**Art. 28.** En cas de contestation relative à l'exactitude des données encodées sur le serveur régional, seul le procès-verbal signé par le président et les membres du bureau fait foi.

**Art. 29.** Les délégués des Gouvernements procèdent à la vérification des candidatures multiples conformément à l'article L4142-17 du Code. Cette vérification est effectuée de manière automatisée sur base du numéro d'identification au Registre national des personnes physiques.

Sous-section 3. — Arrêt définitif des listes de candidats

**Art. 30.** Au jour fixé à l'article L4142-22 du Code, et après que le bureau de circonscription a effectué les opérations visées aux articles L4142-22 et L4142-23 du Code, le président du bureau enregistre sur le serveur régional les listes de candidats telles qu'elles sont définitivement arrêtées par le bureau.

Les membres du bureau, ainsi que les témoins présents à la séance, procèdent à la signature électronique du procès-verbal.

En cas d'appel, le président du bureau encode sur le serveur régional les modifications à la liste des candidats après que la décision de la Cour d'appel est rendue et que le bureau en a pris connaissance.

**Art. 31.** En cas de contestation relative à l'exactitude des données encodées sur le serveur régional, seul le procès-verbal signé par le président et les membres du bureau fait foi.

Section 3. — Recensement et dévolution

**Art. 32.** Conformément à l'article 29 de l'accord de coopération, le président du bureau communal ou le président du bureau de canton, selon le cas, procède, dès réception de la clé USB provenant du bureau de vote, à l'enregistrement des données dans le logiciel destiné à la totalisation et au recensement des votes.

Pour des raisons organisationnelles, le président du bureau peut déléguer à une ou plusieurs personnes de son choix, agissant sous son autorité directe, l'opération d'enregistrement des données.

**Art. 33.** Le président du bureau procède au recensement et, le cas échéant, à la dévolution automatisée des mandats dès qu'il est en possession des résultats de la totalité des bureaux de vote de sa circonscription.

Après vérification de l'exactitude des données sur le serveur régional, le président du bureau enregistre celles-ci sur le serveur.

Les membres du bureau, ainsi que les témoins présents à la séance, procèdent à la signature électronique du procès-verbal.

**Art. 34.** Dans les bureaux communaux et dans le bureau de district, lorsqu'il n'a pas été fait usage de la possibilité de groupement prévue à l'article L4142-34 du Code, les membres du bureau, ainsi que les témoins présents à la séance, procèdent à la signature électronique du procès-verbal. Ce procès-verbal est accessible aux délégués des Gouvernements par le biais de leur accès au serveur régional.

**Art. 35.** Lorsqu'il a été fait usage de la possibilité de groupement prévue à l'article L4142-34 du Code, les membres bureau de district, ainsi que les témoins présents à la séance, procèdent à la signature électronique du procès-verbal visé à l'article L4145-16/2, § 2 du Code.

Le président du bureau de district en transmet une copie, par le biais du serveur régional, au président du bureau central d'arrondissement.

Section 4. — Autres opérations électorales

**Art. 36.** Les autres opérations électorales qui s'accomplissent de manière numérique et automatisée sont les suivantes :

1° la fourniture gratuite, par le Service public fédéral Intérieur aux collèges communaux, des données nécessaires à l'établissement des registres des électeurs, conformément à l'article L4122-1, § 1<sup>er</sup>, du Code;

2° les transmissions du registre des électeurs dans le cadre de la procédure de contrôle et de validation de ce registre, visées à l'article L4122-4, § 1<sup>er</sup>, § 2, alinéa 4, et § 3, alinéa 2, du Code;

3° la communication vers les communes concernées dans le cadre de la procédure de contrôle et de validation du registre des électeurs, conformément à l'article L4122-4, § 2, alinéa 2, du Code. La communication et la transmission de données s'effectuent au moyen de la plateforme régionale de transfert sécurisé de documents ou par un autre moyen numérique sécurisé permettant de préserver l'intégrité des données. Les personnes responsables des envois utilisent un système de cryptage des données ou un mot de passe afin d'assurer la confidentialité des données personnelles des électeurs;

4° la validation des registres des électeurs par le gouverneur de province au moyen de sa signature électronique, conformément à l'article L4122-4, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code;

5° la délivrance aux listes d'un exemplaire du registre des électeurs visée aux articles L4122-7, § 1<sup>er</sup> et L4122-8, § 1<sup>er</sup> du Code en format numérique sécurisé;

6° la production, par l'administration communale, des certificats visés à l'article L4142-4, § 6, alinéa 1<sup>er</sup>, 10°, et alinéa 5, du Code, lorsque des électeurs signataires, candidats et déposants la sollicitent dans le cadre de la demande visée à l'article L4122-9 du Code;

7° l'envoi par le collège communal au gouverneur de province d'un exemplaire de tous les registres de scrutin de la commune, conformément à l'article L4123-2, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code;

8° la validation des registres de scrutin par le gouverneur de province au moyen de sa signature électronique, conformément à l'article L4123-2, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code;

9° la transmission, par le gouverneur de province au Gouvernement wallon et au Gouvernement de la Communauté germanophone ou à leurs délégués, d'un exemplaire des registres de scrutin validés par lui au moyen de sa signature électronique, conformément à l'article L4123-2, § 3, du Code;

10° la comparaison des registres des électeurs aux fins de vérifier si des électeurs sont repris sur plusieurs registre des électeurs, conformément à l'article L4122-4, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code;

11° l'inscription en tant qu'électeurs communaux des ressortissants d'États membres de l'Union européenne ou d'États tiers au travers d'une plateforme numérique dont les modalités de fonctionnement sont régies par la loi;

12° l'introduction, par les présidents des bureaux de district et de canton, du formulaire de demande de paiement des jetons de présence. L'administration de la Région wallonne opère un premier contrôle quant au nombre de demandes et aux montants réclamés et transfère les données, de manière sécurisée, à la Province de Liège en vue du paiement;

13° l'introduction, par les membres des bureaux de district et de canton, du formulaire de demande de remboursement des frais de déplacements. L'administration de la Région wallonne réceptionne l'ensemble des formulaires visés et les transfère à la Province de Liège en vue du paiement.

**Art. 37.** Le fonctionnaire délégué de l'administration de la Région wallonne communique les conditions et les modalités techniques de ces opérations.

### CHAPITRE III. — *Vote électronique avec preuve papier*

#### *Section 1<sup>re</sup>. — Conditions générales d'agrément des systèmes de vote électroniques avec preuve papier*

**Art. 38.** Tout ordinateur de vote est équipé d'un écran tactile permettant, quelle que soit l'élection, d'afficher les listes des formations politiques et des candidats à l'élection.

Le lecteur de carte pour les cartes à puce est conforme aux normes internationales en vigueur. En tout cas, l'ordinateur de vote permet à l'électeur d'exprimer son vote sans confusion possible, quel que soit le nombre de candidats qui se présentent au suffrage et quelle que soit la fréquence d'utilisation de cet ordinateur de vote.

L'ordinateur de vote est équipé d'un dispositif lumineux ou sonore, ou des deux, permettant au président du bureau de vote de détecter tout fonctionnement défectueux de la machine et toute manipulation anormale sur celle-ci.

Le lecteur de carte à puce de l'ordinateur de vote ne peut accepter que des cartes à puce validées par le bureau de vote où l'ordinateur de vote est installé. Une carte à puce ne peut être utilisée que pour l'élection pour laquelle elle a été validée.

Cet ordinateur de vote est mis en fonctionnement pour les besoins d'une élection déterminée par une clé USB contenant le logiciel de vote, fournie par le Ministère de la Communauté germanophone.

Ne sont apparents pour l'électeur ou utilisables par lui sur l'ordinateur de vote au moment du vote que les éléments nécessaires à l'expression de ce vote.

**Art. 39.** L'urne électronique est équipée d'un lecteur de code-barres conforme aux normes internationales en vigueur et connecté à l'ordinateur du président. Elle peut être munie d'un clapet électronique.

Elle est équipée d'un bac pouvant être plombé et susceptible de contenir au moins 2.000 bulletins de vote. Elle est également équipée d'un système d'obturation automatique de la fente où l'électeur insère son bulletin de vote.

L'ordinateur du président est activé par une clé USB fournie par le Ministère de la Communauté germanophone et exclusivement réservée à l'élection qu'elle concerne.

L'enregistrement de l'ordinateur du président à partir des clés USB contenant le logiciel de vote et l'écriture des votes sur les clés USB impliquent préalablement l'utilisation d'un code confidentiel fourni au président du bureau de vote par le président du bureau communal.

Les clés USB servant à activer l'ordinateur du président peuvent également être utilisées pour l'activation des ordinateurs de vote.

Les votes sont enregistrés sur les clés USB au fur et à mesure de l'enregistrement des codes-barres figurant sur les bulletins de vote.

L'ordinateur du président est équipé soit d'un clavier et d'un écran de visualisation, soit d'un écran tactile devant permettre les opérations suivantes :

1° mise en fonctionnement de l'ordinateur du président avec introduction non apparente à l'écran du code confidentiel;

2° ouverture du bureau de vote;

3° suivi des opérations de validation des cartes à puce avant le vote et d'enregistrement des bulletins de vote après le vote;

4° clôture du bureau de vote après confirmation;

5° reprise des opérations de vote après interruption.

**Art. 40.** Un logiciel de diagnostic est fourni par commune; il est destiné à vérifier le bon fonctionnement des ordinateurs de vote et des ordinateurs du président.

Un logiciel de démonstration est également fourni par commune en vue de permettre aux électeurs de se familiariser avant le vote avec la manipulation de l'ordinateur de vote et de l'urne électronique.

**Art. 41.** Les données reprises sur les clés USB visées aux articles 38 et 39 sont rendues secrètes par cryptage qui prévient en outre toute altération frauduleuse ou accidentelle de ces données.

**Art. 42.** Un logiciel de vote pour chaque élection, tenant compte de l'existence d'élections simultanées, est remis au fonctionnaire désigné par le Gouvernement de la Communauté germanophone en vue de son agrément.

Ce logiciel doit permettre l'élaboration par le Gouvernement de la Communauté germanophone des clés USB destinées aux bureaux de vote.

Le logiciel de vote reconnu conforme est la propriété de la Communauté germanophone et ne peut être utilisé par le fournisseur qu'avec l'accord du Gouvernement de la Communauté germanophone, quel que soit l'usage auquel il est envisagé de l'utiliser.

Une copie des analyses actualisées et des sources des logiciels électoraux est remise, en vue de l'agrément, au fonctionnaire visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 43.** Le logiciel de vote respecte les dispositions légales et réglementaires en matière d'élection et d'emploi des langues en matière administrative. La constatation de conformité par le Gouvernement de la Communauté germanophone tient compte notamment que ces dispositions ont été observées sur toutes les captures d'écran des ordinateurs de vote et des ordinateurs du président.

**Art. 44.** La constatation par le Gouvernement de la Communauté germanophone que le matériel et le logiciel de vote répondent aux conditions fixées par le présent chapitre, peut être conditionnée par l'exécution d'un banc d'essai préalable incluant, sur le matériel du Ministère de la Communauté germanophone ou du candidat fournisseur, selon le cas, les opérations de préparation des élections et de vote pour un ou plusieurs cantons électoraux ou pour une ou plusieurs communes, et ce, aux frais du fournisseur.

**Art. 45.** Le Gouvernement de la Communauté germanophone revoit la constatation de conformité qu'il a prise, s'il est constaté ultérieurement que des modifications ont été apportées par le fournisseur au matériel ou au logiciel présenté en contradiction avec les dispositions du présent chapitre.

### Section 2. — Règles de présentation des listes et des candidats sur les écrans

**Art. 46.** Lors du renouvellement des conseils provinciaux et communaux, les votes sont exprimés dans l'ordre suivant : d'abord le conseil provincial et ensuite le conseil communal.

**Art. 47.** § 1<sup>er</sup>. Pour la présentation des listes sur les écrans de vote électronique avec preuve papier, l'écran reprend les listes dans l'ordre des numéros qui leur ont été attribués, par colonne et par ligne de haut en bas et de gauche à droite, la case prévoyant le vote blanc se trouvant toujours en dernier lieu dans la dernière ligne de la dernière colonne.

§ 2. Pour chaque liste présentée, le nom ou le sigle, ainsi que le numéro qui lui a été attribué figurent dans une case. Le nom de la liste ou son sigle est entouré d'un cadre foncé sur fond d'écran clair.

**Art. 48.** § 1<sup>er</sup>. Pour la présentation des candidats sur les écrans de vote électronique avec preuve papier, si une liste compte dix-neuf candidats ou moins, ces candidats sont visualisés dans une seule colonne, l'un en dessous de l'autre.

Si une liste compte vingt candidats ou plus, les candidats sont distribués uniformément sur deux colonnes. Si le nombre de candidats n'est pas divisible par deux, la première colonne comptera un candidat de plus que la deuxième colonne.

§ 2. Le numéro attribué aux candidats ainsi que leur nom sont affichés en caractères foncés et entourés d'un cadre foncé sur fond d'écran clair. Le nom du candidat figure sur la première ligne en lettres majuscules. Le prénom du candidat figure sur la deuxième ligne en caractères minuscules, à l'exception de l'initiale qui figure en majuscule. Les deux noms sont alignés à gauche dans la case.

### Section 3. — Dimensions des bulletins de vote et mentions qui y sont indiquées

**Art. 49.** Lors des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande, les bulletins de vote imprimés par un système de vote électronique avec preuve papier auront, au sein d'une même circonscription, une dimension standardisée identique, quel que soit le vote de l'électeur.

**Art. 50.** Lors des élections visées à l'article 49, les mentions suivantes seront indiquées sur les bulletins de vote imprimés par un système de vote électronique avec preuve papier :

PROVINZIALRAT / CONSEIL PROVINCIAL

(\*) (1) (\*\*)

Kandidaten / Candidats

X (2)..... (3)... (4)

GEMEINDERAT / CONSEIL COMMUNAL

(\*) (1) (\*\*)

Kandidaten / Candidats

X (2)..... (3)... (4)

(\*) En cas de vote blanc pour une élection, il est uniquement mentionné " Stimmhaltung / Vote Blanc "

(1) Nom de la liste choisie

(\*\*) En cas de vote en tête de liste, il est mentionné " Listenstimme für / Vote de Liste pour (1) "

(2) Numéro du candidat

(3) Nom du candidat

(4) Initiale du prénom du candidat

NB : les candidats choisis peuvent être classés en colonne.

Fait à Namur, le 6 juin 2024, en six exemplaires originaux en français et en allemand.

Pour le Gouvernement wallon,

Le Ministre-Président,

E. DI RUPO

Le Ministre du Logement, des Pouvoirs locaux et de la Ville,

Ch. COLLIGNON

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

---

#### ANNEXES

*Annexe 1re* - Modèle de lettre de convocation pour les électeurs belges

*Annexe 2* - Modèle de convocation pour les électeurs non-belges

*Annexe 3* - Texte des instructions pour les électeurs

*Annexe 4a* - Tableau de composition des bureaux électoraux (1)

*Annexe 4b* - Tableau de composition des bureaux électoraux (2)

*Annexe 5a* - Demande de délivrance d'un exemplaire du registre des électeurs à un parti politique

*Annexe 5b* - Demande de délivrance d'un exemplaire du registre des électeurs à une liste

*Annexe 6a* - Modèle de déclaration des dépenses électorales consenties par un candidat se présentant aux élections pour le renouvellement des conseils communaux

*Annexe 6b* - Modèle de déclaration d'origine des fonds utilisés par les candidats à des fins de propagande électorale en vue du renouvellement des conseils communaux

*Annexe 6c* - Modèle de déclaration des dépenses électorales consenties par une liste se présentant aux élections pour le renouvellement des conseils communaux

*Annexe 6d* - Modèle de déclaration d'origine des fonds utilisés par des listes à des fins de propagande électorale en vue du renouvellement des conseils communaux

*Annexe 7* - Modèle de relevé portant enregistrement de l'identité des personnes physiques effectuant des dons de 125 euros et plus à des partis politiques, à des listes, et à des candidats

*Annexe 8* - Formulaire de procuration

*Annexe 9* - Modèle de registre spécial des procurations

*Annexe 10* - Formulaire relatif au paiement des jetons de présence des membres des bureaux communaux et des bureaux de vote

*Annexe 11* - Déclaration de créance - Indemnités pour prestations exceptionnelles particulières des membres des bureaux de circonscription et de canton

*Annexe 12* - Attestation justifiant de la nécessité d'une tâche exceptionnelle

*Annexe 13* - Déclaration de créance - Frais réels des membres de bureaux de circonscription et de canton

*Annexe 14* - Formulaire de remboursement des frais de déplacement des membres des bureaux communaux et des bureaux de vote

*Annexe 15* - Formulaire de remboursement des frais de déplacement des électeurs

*Annexe 16* - Modèle de formulaire de demande d'orientation vers un centre de vote adapté



**ANNEXE 1re**

**Modèle de lettre de convocation pour les électeurs belges**

Elections des conseils communaux et provinciaux

À reproduire au recto de la lettre de convocation :

Code SNCB : (1*)			
LE VOTE EST OBLIGATOIRE	N° POSTAL – COMMUNE DE/ VILLE DE	DISTRICT ÉLECTORAL D’EUPEN	PROVINCE DE LIÈGE
ELECTIONS DU 13 OCTOBRE 2024 POUR LE RENOUELEMENT DU CONSEIL PROVINCIAL ET DU CONSEIL COMMUNAL			
LOI ÉLECTORALE LETTRE DE CONVOCATION N° de registre des électeurs : .....			
Nous vous prions de vous rendre le dimanche 13 octobre 2024 entre 08 heures et 15 heures, muni(e) de la présente lettre de convocation et de votre carte d'identité, dans le local indiqué où se trouve votre bureau de vote pour procéder à l'élection de :	NOM, PRENOMS, SEXE, RESIDENCE PRINCIPALE.		
..... Conseillers communaux ..... Conseillers provinciaux.			
Le jour de l'élection, vous devrez être en possession de votre carte d'identité et de la présente convocation. En outre, si vous êtes porteur d'une procuration pour le compte d'un autre électeur, vous devrez être en possession du formulaire de procuration et de la ou des pièces justificatives y annexées.			
LOCAL : ADRESSE :	BUREAU N° :		
Le Directeur général,	Pour le collège communal :		Le Bourgmestre,

**(1)** Reproduire ici le code SNCB avec tous les numéros en vue du remboursement à cette société des frais résultant des déplacements effectués par les électeurs qui, pour se rendre dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, font usage des lignes de la SNCB :

Province de Liège :

Code SNCB : 098


Numéro d'organisme : 099222

Numéro du réquisitoire : E000001

À reproduire au verso de la convocation :


- Les instructions aux électeurs sur la manière de voter en personne sous forme graphique, y compris un lien internet renvoyant vers des informations complémentaires concernant le vote :

**Étape 1**  
Sélection d'une liste OU vote blanc

<b>LISTE A</b> 	<b>LISTE B</b>
<b>LISTE C</b>	Vote blanc


**Étape 2**  
(si une liste a été sélectionnée à l'étape 1)




**Vote en case de tête**

 **LISTE A**

1	NOM	Prénom
2	NOM	Prénom
3	NOM	Prénom
4	NOM	Prénom
5	NOM	Prénom
6	NOM	Prénom
7	NOM	Prénom
8	NOM	Prénom
9	NOM	Prénom

**Vote pour un ou plusieurs candidats**

 **LISTE A**

1	NOM	Prénom	
2	NOM	Prénom	
3	NOM	Prénom	
4	NOM	Prénom	
5	NOM	Prénom	
6	NOM	Prénom	
7	NOM	Prénom	
8	NOM	Prénom	
9	NOM	Prénom	

Si vous votez pour un ou plusieurs candidats, il n'est pas nécessaire de sélectionner la case de tête .

*Lien internet renvoyant vers des informations concernant le vote par procuration*

- Les instructions aux électeurs sur la manière de voter par procuration :

### Voter par procuration

Dans les communes de la région de langue allemande, le vote est obligatoire. Le vote par procuration vous permet de vous faire représenter par un autre électeur.

Le 13 octobre, si ...	... vous devrez joindre à votre procuration le justificatif suivant :
Vous ou un proche êtes malade et ne pouvez pas vous déplacer pour aller voter	Un certificat médical d'un médecin (qui n'est pas candidat).
Vous êtes à l'étranger (pour des raisons non professionnelles)	Une preuve de réservation OU un titre de transport OU une attestation d'un organisme de voyage OU une déclaration écrite sur l'honneur attestée par le Bourgmestre.
Vous travaillez ou étudiez	Un certificat de votre employeur / établissement OU une déclaration sur l'honneur si vous travaillez en tant qu'indépendant attestée par le Bourgmestre.
Vous êtes juridiquement privé de liberté	Un certificat de l'établissement où vous séjournez.

### Comment faire ?

1. Assurez-vous d'être dans une situation justifiant un vote par procuration.
2. Complétez le formulaire disponible sur le site internet figurant ci-dessous ou auprès de votre administration communale et joignez-y la ou les pièce(s) justificative(s).
3. Le jour de l'élection, le porteur de procuration se présentera au bureau de vote dans lequel vous êtes convoqué. Le porteur de procuration devra être muni :
  - de sa convocation ;
  - de sa carte d'identité ;
  - du formulaire dûment complété et signé par vous-même et par lui-même ;
  - de la ou des pièces justificatives nécessaires.
4. Le président du bureau de vote vérifiera les documents en possession du porteur de procuration et pourra refuser le vote par procuration si la procédure n'a pas été respectée.

Vous ne pouvez remettre une procuration qu'à un autre électeur. Celui-ci ne pourra porter qu'une seule procuration. Si vous êtes un électeur belge, vous devez remettre la procuration à un autre électeur belge.

*Lien internet renvoyant vers des informations concernant le vote par procuration*

## ANNEXE 2

## Modèle de convocation pour les électeurs non-belges

Elections des conseils communaux

À reproduire au recto de la lettre de convocation :

Code SNCB : (1\*)

LE VOTE EST  
OBLIGATOIREN° POSTAL –  
COMMUNE  
DE/ VILLE DEDISTRICT  
ÉLECTORAL  
D'EUPENPROVINCE DE  
LIÈGE

ELECTIONS DU 13 OCTOBRE 2024 POUR LE RENOUELEMENT DU CONSEIL COMMUNAL

LOI ÉLECTORALE

LETTRE DE CONVOCATION

N° de registre des électeurs : .....

Nous vous prions de vous rendre le dimanche 13 octobre 2024 entre 08 heures et 15 heures, muni(e) de la présente lettre de convocation et de votre carte d'identité, dans le local indiqué où se trouve votre bureau de vote pour procéder à l'élection de :

NOM, PRENOMS,  
SEXE,  
RESIDENCE PRINCIPALE.

..... Conseillers communaux.

Le jour de l'élection, vous devrez être en possession de votre carte d'identité et de la présente convocation. En outre, si vous êtes porteur d'une procuration pour le compte d'un autre électeur non-belge, vous devrez être en possession du formulaire de procuration et de la ou des pièces justificatives y annexées.

LOCAL :  
ADRESSE :

BUREAU N° :

Le Directeur général,

Pour le collège communal :

Le Bourgmestre,

(1) Reproduire ici le code SNCB avec tous les numéros en vue du remboursement à cette société des frais résultant des déplacements effectués par les électeurs qui, pour se rendre dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, font usage des lignes de la SNCB :

Province de Liège :

Code SNCB : 098


Numéro d'organisme : 099222

Numéro du réquisitoire : E000001

À reproduire au verso de la convocation :


- Les instructions aux électeurs sur la manière de voter en personne sous forme graphique, y compris un lien internet renvoyant vers des informations complémentaires concernant le vote :

**Étape 1**  
Sélection d'une liste OU vote blanc

<b>LISTE A</b> 	<b>LISTE B</b>
<b>LISTE C</b>	Vote blanc


**Étape 2**  
(si une liste a été sélectionnée à l'étape 1)




Vote en case de tête

 **LISTE A**

1	NOM	Prénom
2	NOM	Prénom
3	NOM	Prénom
4	NOM	Prénom
5	NOM	Prénom
6	NOM	Prénom
7	NOM	Prénom
8	NOM	Prénom
9	NOM	Prénom

Vote pour un ou plusieurs candidats

 **LISTE A**

1	NOM	Prénom	
2	NOM	Prénom	
3	NOM	Prénom	
4	NOM	Prénom	
5	NOM	Prénom	
6	NOM	Prénom	
7	NOM	Prénom	
8	NOM	Prénom	
9	NOM	Prénom	

Si vous votez pour un ou plusieurs candidats, il n'est pas nécessaire de sélectionner la case de tête .

*Lien internet renvoyant vers des informations concernant le vote par procuration*

- Les instructions aux électeurs sur la manière de voter par procuration :

### Voter par procuration

Dans les communes de la région de langue allemande, le vote est obligatoire. Le vote par procuration vous permet de vous faire représenter par un autre électeur.

Le 13 octobre, si ...	... vous devrez joindre à votre procuration le justificatif suivant :
Vous ou un proche êtes malade et ne pouvez pas vous déplacer pour aller voter	Un certificat médical d'un médecin (qui n'est pas candidat).
Vous êtes à l'étranger (pour des raisons non professionnelles)	Une preuve de réservation OU un titre de transport OU une attestation d'un organisme de voyage OU une déclaration écrite sur l'honneur attestée par le Bourgmestre.
Vous travaillez ou étudiez	Un certificat de votre employeur / établissement OU une déclaration sur l'honneur si vous travaillez en tant qu'indépendant attestée par le Bourgmestre.
Vous êtes juridiquement privé de liberté	Un certificat de l'établissement où vous séjournez.

### Comment faire ?

1. Assurez-vous d'être dans une situation justifiant un vote par procuration.
  2. Complétez le formulaire disponible sur le site internet figurant ci-dessous ou auprès de votre administration communale et joignez-y la ou les pièce(s) justificative(s).
  3. Le jour de l'élection, le porteur de procuration se présentera au bureau de vote dans lequel vous êtes convoqué. Le porteur de procuration devra être muni :
    - de sa convocation ;
    - de sa carte d'identité ;
    - du formulaire dûment complété et signé par vous-même et par lui-même ;
    - de la ou des pièces justificatives nécessaires.
  4. Le président du bureau de vote vérifiera les documents en possession du porteur de procuration et pourra refuser le vote par procuration si la procédure n'a pas été respectée.
- Vous ne pouvez remettre une procuration qu'à un autre électeur. Celui-ci ne pourra porter qu'une seule procuration.

*Lien internet renvoyant vers des informations concernant le vote par procuration*

**ANNEXE 3****Texte des instructions pour les électeurs***1° Heures d'ouverture du bureau de vote*

Les électeurs sont admis au vote de 8 à 15 heures. Toutefois, tout électeur se trouvant à 15 heures dans le local de vote ou la salle d'attente est encore admis à voter.

*2° Electeurs admis au vote*

L'électeur belge est admis à voter pour élire les conseillers communaux et provinciaux.

Les ressortissants des autres Etats membres de l'Union européenne et les ressortissants d'Etats tiers bénéficient du droit de vote exclusivement pour les élections communales dès lors qu'ils sont inscrits dans la liste des électeurs.

*3° Présentation des électeurs au bureau de vote*

Les électeurs se présentent à l'entrée du local de vote munis de leur lettre de convocation et de leur carte d'identité.

L'électeur qui se présente avec un couvre-chef pour un motif religieux ou médical indéniable, doit veiller, comme sur sa carte d'identité, à ce que son visage soit entièrement dégagé, à savoir : le front, les joues, les yeux, le nez et le menton.

*4° Electeurs se faisant accompagner*

L'électeur qui estime avoir besoin de se faire accompagner jusque et dans l'isoloir pour exercer son droit de vote peut introduire une déclaration en ce sens auprès du président du bureau de vote, le jour de l'élection.

L'électeur concerné choisit son accompagnant ; celui-ci doit toutefois être lui-même électeur.

Un candidat peut assumer la fonction d'accompagnant auprès de son conjoint ou cohabitant légal, ou d'un parent ou allié ayant fixé sa résidence principale à son domicile, à condition d'être lui-même électeur. Un candidat peut de même assumer cette fonction auprès d'un parent ou allié n'ayant pas fixé sa résidence principale à son domicile pour autant que la parenté soit établie jusqu'au troisième degré.

L'accompagnant présente au président du bureau de vote sa convocation, sur laquelle le président appose la mention "a exercé le rôle d'accompagnant".

L'accompagnant est admis à voter dans le même bureau de vote que celui où l'électeur qu'il accompagne est convoqué, pour autant qu'ils soient électeurs de la même commune. Dans ce cas, le nom de l'accompagnant est indiqué sur le relevé des électeurs ne figurant pas sur le registre de scrutin mais qui ont été admis au vote.

*5° Vérification dans le registre de scrutin et éventuelles non-admissions*

Le secrétaire pointe le nom de l'électeur sur une copie du registre de scrutin.

Le président, ou un assesseur qu'il désigne, vérifie la concordance des énonciations reprises sur la deuxième copie du registre de scrutin avec les mentions de la lettre de convocation et de la carte d'identité.

Si l'électeur est admis au vote, son nom est pointé sur cette copie également.

L'électeur qui n'est pas muni de sa lettre de convocation peut être admis au vote si son identité et sa qualité sont reconnues par le bureau de vote.

A défaut d'inscription au registre de scrutin, nul n'est admis à prendre part au vote s'il ne produit soit une décision du collège des bourgmestre et échevins ou un extrait d'un arrêt de la cour d'appel ordonnant son inscription, soit une attestation du collège des bourgmestre et échevins certifiant que l'intéressé possède la qualité d'électeur.

Les électeurs qui ne sont pas encore inscrits sur le registre mais qui sont admis au vote par le bureau, voient leur nom reporté sur les deux copies du registre.

Les personnes qui apportent la preuve de leur nationalité belge, et qui répondent par ailleurs aux autres conditions d'électorat, sont admises à l'ensemble des scrutins sur présentation de documents probants.

Malgré l'inscription sur le registre des électeurs, le bureau ne peut admettre au vote les électeurs dont le collège des bourgmestre et échevins ou la cour d'appel a prononcé la radiation par une décision ou un arrêt. Un extrait de cette décision, ou de cet arrêt doit être produit.

De même, le bureau ne peut admettre au vote les électeurs exclus ou suspendus de leurs droits électoraux et dont l'incapacité est établie par une pièce dont la loi prévoit la délivrance.

Le bureau ne peut enfin admettre les électeurs à l'égard desquels il serait justifié soit par des documents, soit par leur aveu, qu'ils n'ont point, au jour de l'élection, l'âge requis pour voter ou qu'ils ont déjà voté le même jour dans une autre section ou une autre commune.

#### *6° Remise de la carte à puces*

Après avoir contrôlé sa carte d'identité et sa lettre de convocation, le président remet à l'électeur, en échange de ces documents, une carte à puces destinée au vote.

Les électeurs dont le vote se limite aux élections communales reçoivent une carte à puces validée et adaptée de telle sorte qu'ils puissent uniquement voter pour l'élection du conseil communal.

#### *7° Entrée dans l'isoloir*

L'électeur se rend directement dans un des isoloirs et il ne peut y rester que pendant le temps nécessaire pour émettre son vote.

L'électeur visé au 4° peut se faire accompagner par un accompagnant. Le nom de l'un et de l'autre est mentionné au procès-verbal. A défaut d'avoir opté pour un accompagnant de son choix, l'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire assister par le président ou par un autre membre du bureau désigné par lui, à l'exclusion de témoins ou de toute autre personne.

Si le président ou un autre membre du bureau conteste la réalité de ces difficultés, le bureau statue et sa décision motivée est inscrite au procès-verbal.

#### *8° Expression du vote*

Pour exprimer son vote, l'électeur introduit d'abord la carte à puces dans la fente prévue à cet effet au lecteur de cartes de l'ordinateur de vote.

En premier lieu, l'électeur détermine en appuyant sur l'écran tactile la langue dans laquelle il souhaite exprimer ses votes.

L'électeur belge exprime d'abord son suffrage pour l'élection du conseil provincial et, après avoir confirmé celui-ci, il exprime son suffrage pour l'élection du conseil communal, qu'il confirme également.

Les électeurs dont le vote est limité aux élections communales expriment leur suffrage pour l'élection du conseil communal, qu'ils confirment.

Pour chaque élection :

a) l'électeur indique la liste en faveur de laquelle il souhaite voter en appuyant sur l'écran tactile dans la zone de la liste choisie et il confirme ce choix. Après que l'électeur a choisi une liste, l'écran tactile affiche pour cette liste, les nom et prénoms des candidats, précédés de leur numéro d'ordre ;



- b) si l'électeur adhère à l'ordre de présentation des candidats de la liste qu'il soutient, il appuie sur le point clair de la case placée en tête de liste, sur la partie supérieure gauche de l'écran et il confirme ce choix ;
- c) sinon, il marque un vote nominatif pour un ou plusieurs candidats de cette liste en appuyant successivement sur la case placée à côté du nom de ce ou de ces candidats. A cet effet, il appuie n'importe où sur la case de vote d'un ou plusieurs candidats ; la case de chaque candidat choisi devient grisée. Il confirme ce choix.

#### *9° Impression du bulletin de vote et dépôt dans l'urne*

Après avoir confirmé son vote pour une ou plusieurs élections, l'électeur prend le bulletin de vote qui est imprimé par l'ordinateur et plie régulièrement et durablement celui-ci en deux parties, face imprimée vers l'intérieur. Il reprend ensuite sa carte à puces. Il peut opter ou non pour la visualisation des suffrages qu'il a exprimés. A cette fin, l'électeur lit le code-barres de son bulletin avec le lecteur présent dans un des isolements du bureau de vote ; il ne peut toutefois plus apporter de modification aux votes qu'il a exprimés.

L'électeur se dirige vers l'urne avec son bulletin de vote toujours plié en deux, face imprimée vers l'intérieur. Si un autre électeur est déjà présent devant l'urne afin d'y enregistrer son bulletin de vote, l'électeur doit patienter dans la zone d'attente. L'électeur remet ensuite la carte à puces au président du bureau ou à l'assesseur désigné par celui-ci, scanne le code-barres de son bulletin et insère enfin celui-ci dans l'urne. Il reçoit en retour sa carte d'identité ainsi que sa lettre de convocation estampillée par le président ou par l'assesseur délégué.

#### *10° Eventuelle annulation du bulletin de vote*

Le bulletin de vote est annulé :

- a) si l'électeur déplie son bulletin de vote en sortant du compartiment-isolement, de manière à faire connaître le vote qu'il a émis ;
- b) si l'électeur a apporté extérieurement des marques ou des inscriptions sur son bulletin de vote ;
- c) si, par suite d'une mauvaise manipulation ou de toute autre manœuvre involontaire, l'électeur a détérioré le bulletin de vote qui lui a été remis ;
- d) si, pour une raison technique quelconque, l'impression du bulletin de vote s'est révélée impossible totalement ou en partie ;
- e) si, lors d'une visualisation par l'électeur à l'écran du contenu du code-barres, celui-ci constate une différence entre cette visualisation apparaissant à l'écran et la mention du vote émis telle que dactylographiée sur le bulletin de vote ;
- f) si la lecture du code-barres par l'urne électronique n'est pas possible.

Dans les cas visés à l'alinéa précédent, l'électeur est invité à recommencer son vote par la fourniture d'une nouvelle carte à puce. De même si un électeur a détérioré, avant son vote, par inadvertance la carte à puce qui lui a été remise, il lui est fourni une nouvelle carte à puces.

#### *11° Sanctions pénales – Obligation de vote*

Les électeurs qui se trouvent dans l'impossibilité de prendre part au scrutin peuvent faire connaître leurs motifs d'abstention au procureur du Roi, avec les justifications nécessaires.

Sont présumées se trouver dans l'impossibilité de prendre part au scrutin les personnes qui sont le jour des élections privées de leur liberté en vertu d'une décision judiciaire ou administrative.

Il n'y a pas lieu à poursuite si le procureur du Roi admet le fondement de ces excuses.

Dans les huit jours de la proclamation des élus, le procureur du Roi dresse le relevé des électeurs qui n'ont pas pris part au vote et dont les excuses n'ont pas été admises.

Ces électeurs sont appelés par simple avertissement devant le tribunal de police et celui-ci statue sans appel, le ministère public entendu.

Une première absence non justifiée est punie, suivant les circonstances, d'une réprimande ou d'une amende de cinq à dix euros.

En cas de récidive, l'amende sera de dix à vingt-cinq euros.

Il ne sera pas prononcé de peine d'emprisonnement subsidiaire.

Sans préjudice des dispositions pénales précitées, si l'abstention non justifiée se produit au moins quatre fois dans un délai de quinze années, l'électeur est rayé des registres électoraux pour dix ans et il ne peut recevoir, pendant ce laps de temps, aucune nomination, ni promotion, ni distinction, d'une autorité publique.

L'absence à une élection succédant à une absence à une élection de nature différente et réciproquement, ne constitue pas le délinquant en état de récidive.

Le sursis à l'exécution des peines ne peut être ordonné.

La condamnation prononcée par défaut est sujette à opposition dans les six mois de la notification du jugement. L'opposition peut se faire par simple déclaration, sans frais, à la maison communale.

#### *12° Sanctions pénales – Captation des suffrages*

Relèvent de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

- a) voter ou se présenter pour voter sous le nom d'un autre électeur, hormis en cas de vote par procuration ;
- b) distraire ou retenir un ou plusieurs bulletins de vote.

Toute personne coupable de ces délits sera punie d'un emprisonnement d'un mois à un an, et d'une amende de vingt-six à mille euros.

Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

- a) donner procuration en application de l'article L4132-1, § 1er, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation en l'absence des conditions requises à cet effet ;
- b) ayant donné procuration, laisser voter son mandataire malgré l'absence, au moment du vote, des conditions prévues à l'exercice du vote par procuration ;
- c) voter sciemment au nom de son mandant alors que celui-ci était décédé, ou alors qu'il était possible au mandant d'exercer lui-même son droit de vote ;
- d) accepter ou donner plusieurs mandats en application du vote par procuration.

Toute personne coupable de ces délits sera punie d'une amende de vingt-six à mille euros.

Relèvent de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

- a) voter dans un local de vote en violation des articles L4122-1, § 2, et L4124-1, § 5, alinéa 2, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ;
- b) voter successivement, le même jour, dans deux ou plusieurs locaux de vote de la même commune ou dans des communes différentes, fût-il inscrit sur les registres électoraux de ces différentes communes ou locaux.

Toute personne coupable de ces délits sera punie d'un emprisonnement de huit jours à quinze jours ou d'une amende vingt-six à deux cents euros.

## ANNEXE 4a

## Tableau de composition des bureaux électoraux (1)

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024

Canton : .....

Commune : .....

Le Président (La Présidente) du bureau communal atteste que le bureau communal, qui procède au dépouillement communal, et les bureaux de vote sont présidés par les personnes suivantes :

*Note 1 : les tableaux relatifs aux bureaux de vote peuvent être dupliqués autant de fois que nécessaire.*

*Note 2 : après complétion des tableaux ci-dessous, le Président (la Présidente) du bureau communal conserve un exemplaire du formulaire et en transmet une copie au président (à la présidente) du bureau de canton, qui complétera la partie du formulaire relative à la composition du bureau de canton.*

BUREAU COMMUNAL	Nom et prénom	Numéro de téléphone
Président(e)		

BUREAU DE VOTE N°...	Nom et prénom	Numéro de téléphone
Président(e)		

BUREAU DE VOTE N°...	Nom et prénom	Numéro de téléphone
Président(e)		

BUREAU DE VOTE N°...	Nom et prénom	Numéro de téléphone
Président(e)		

Fait à ..., le ...

**Le Président (La Présidente) du bureau communal,**  
(Signature)

Le Président (La Présidente) du bureau de canton atteste que le bureau de canton, qui procède au dépouillement provincial, est présidé par la personne suivante :

BUREAU DE CANTON	Nom et prénom	Numéro de téléphone
Président(e)		

Fait à ..., le ...

**Le Président (La Présidente) du bureau de canton,**  
(Signature)

**ANNEXE 4b****Tableau de composition des bureaux électoraux (2)**

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024

Canton : .....

Commune : .....

Le Président (La Présidente) du bureau communal atteste que le bureau communal, qui procède au dépouillement communal, et les bureaux de vote sont composés des personnes suivantes :

*Note 1 : les tableaux relatifs aux bureaux de vote peuvent être dupliqués autant de fois que nécessaire.*

*Note 2 : après complétion des tableaux ci-dessous, le Président (la Présidente) du bureau communal conserve un exemplaire du formulaire et en transmet une copie au président (à la présidente) du bureau de canton et à l'administration communale.*

*Note 3 : des extraits sont communiqués aux présidents des bureaux de vote de manière à compléter le relevé visé à l'article L4143-28, § 1er, 13°, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.*

BUREAU COMMUNAL	Nom et prénom	Numéro de téléphone	Adresse e-mail
Président(e)			
Secrétaire			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			

BUREAU DE VOTE N°...	Nom et prénom	Numéro de téléphone	Adresse e-mail
Président(e)			
Secrétaire			
(Secrétaire)			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			
Assesseur suppléant			

Fait à ..., le ...

**Le Président (La Présidente) du bureau communal,**  
(Signature)

## ANNEXE 5a

## Demande de délivrance d'un exemplaire du registre des électeurs à un parti politique

À l'attention du Gouvernement wallon

Monsieur le (Madame la) Ministre,

Je soussigné(e), M./Mme....., mandaté(e) par le parti politique ..... demande la délivrance d'un exemplaire du registre des électeurs communaux et/ou provinciaux :

pour les circonscriptions suivantes :

1. .... ;
2. .... ;
3. .... ;

pour l'ensemble des circonscriptions de la Wallonie.

Je m'engage à ce que les listes affiliées à mon parti politique participent aux élections communales et/ou provinciales du 13 octobre 2024 dans les circonscriptions mentionnées ci-dessus.

Je m'engage à ce que le parti politique que je représente sollicite un numéro d'ordre dans le cadre du tirage au sort « régional » ou « provincial » ayant lieu, respectivement, le 1er septembre 2024 et immédiatement après l'arrêt définitif des listes provinciales.

Je m'engage à ce que le parti politique que je représente respecte :

- les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste pendant la seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution ;
- le Règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données et abrogeant la directive 95/46/CE ;
- la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

Je reconnais avoir pris connaissance des interdictions prévues par le Code de la démocratie locale et de la décentralisation (reproduites ci-dessous) et m'engage à ce que le parti politique que je représente s'y conforme.

Fait à ..., le ...

(Signature)

Extraits du Code de la démocratie et de la décentralisation

Art. L4122-7. § 1er. À partir de la validation du registre des électeurs par le gouverneur de province conformément à l'article L4122-4 et jusqu'à sept jours après cette date, tout parti politique disposant d'un numéro d'ordre régional ou provincial peut adresser une demande au Gouvernement ou à son délégué en vue de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Au moment de la demande, le parti politique s'engage à :

- 1° se présenter aux élections communales ou provinciales ;
- 2° obtenir un numéro d'ordre à l'issue du tirage au sort régional ou provincial ;
- 3° respecter les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste pendant la seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution ;

4° respecter le Règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données et abrogeant la directive 95/46/CE ;

5° respecter la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

La finalité de la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs est de permettre aux candidats de mener des actions de propagande électorale.

§ 2. Le Gouvernement fixe le modèle de la demande.

§ 3. La délivrance se fait sur un support dont le format est arrêté par le Gouvernement.

Elle intervient à partir de la validation du registre par le gouverneur de province conformément à l'article L4122-4 et jusqu'à sept jours après cette date.

§ 4. Le parti politique diffuse les exemplaires reçus aux listes qui lui sont affiliées. Si la liste affiliée ne présente pas de candidats, ces derniers ne peuvent plus faire usage du registre, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues par l'article L4162-4.

Un exemplaire délivré à une liste affiliée bénéficie à l'ensemble des candidats de la liste. Si l'un d'eux est ultérieurement rayé de la liste des candidats, il ne peut plus faire usage du registre, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues par l'article L4162-4.

Les candidats ne peuvent pas transmettre les exemplaires reçus à des tiers.

Les exemplaires délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, et uniquement pendant la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 5. Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne font pas mention du numéro d'identification au Registre national des personnes physiques.

Art. L4162-4. § 1er. Est puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement, celui qui en qualité d'auteur, de coauteur ou de complice, en violation de l'article L4122-7 ou de l'article L4122-8, délivre des exemplaires ou copies du registre des électeurs à des personnes non habilitées à les recevoir, communique ces exemplaires à des tiers après les avoir régulièrement reçus, fait usage des données du registre des électeurs à des fins autres qu'électorales.

§ 2. Les peines encourues par les complices des infractions visées au paragraphe 1er n'excèdent pas les deux tiers de celles qui leur seraient appliquées s'ils étaient l'auteur de ces infractions.

**ANNEXE 5b****Demande de délivrance d'un exemplaire du registre des électeurs à une liste**

À l'attention du Collège communal

Monsieur le (Madame la) Bourgmestre,

Je soussigné(e), M./Mme....., ayant la qualité de déposant(e) pour la liste dont le sigle est ....., demande la délivrance d'un exemplaire du registre des électeurs pour le compte de la liste que je représente, qui se présentera aux élections communales/provinciales (biffez la mention inutile) dans la circonscription suivante :

.....

Je m'engage à ce que la liste que je représente participe aux élections communales/provinciales (biffez la mention inutile) du 13 octobre 2024 dans la circonscription mentionnée ci-dessus.

Je m'engage à ce que les candidats de la liste que je représente respectent :

- les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste pendant la seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution ;
- le Règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données et abrogeant la directive 95/46/CE ;
- la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

Je reconnais avoir pris connaissance des interdictions prévues par le Code wallon de la démocratie locale et de la décentralisation (reproduites ci-dessous) et m'engage à ce que la liste que je représente s'y conforme.

Fait à ..., le ...

(Signature)

Extraits du Code de la démocratie et de la décentralisation

*Art. L4122-8. § 1er. À partir de la validation du registre des électeurs par le gouverneur de province conformément à l'article L4122-4, le déposant d'une liste de candidats ne bénéficiant pas d'un numéro d'ordre régional ou provincial peut adresser une demande au collège communal, pour le compte de la liste de candidats qu'il représente, en vue de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.*

*Au moment de la demande, le déposant s'engage à ce que les candidats :*

*1° se présentent aux élections communales ou provinciales ;*

*2° respectent les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste pendant la seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution ;*

*3° respectent le Règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données et abrogeant la directive 95/46/CE ;*

*4° respectent la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.*

*La finalité de la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs est de permettre aux candidats de mener des actions de propagande électorale.*

*§ 2. Le Gouvernement fixe le modèle de la demande.*

§ 3. La délivrance se fait sur un support dont le format est arrêté par le Gouvernement.

§ 4. Le collège communal délivre l'exemplaire du registre au déposant.

Au moment de la délivrance, le collège communal vérifie que le déposant possède bien la qualité de déposant.

§ 5. L'exemplaire remis par le collège communal au déposant bénéficie à l'ensemble des candidats de la liste.

Si la liste ne présente pas de candidats aux élections communales ou provinciales, les candidats ne peuvent plus faire usage du registre, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Si l'un des candidats de la liste est ultérieurement rayé de la liste, il ne peut plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Les candidats ne peuvent pas transmettre les exemplaires reçus à des tiers.

Les exemplaires délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, et uniquement pendant la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 6. Le collège communal ne peut pas délivrer des exemplaires du registre des électeurs à d'autres personnes que celles qui en ont fait la demande, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 7. Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne font pas mention du numéro d'identification au Registre national des personnes physiques.

Art. L4162-4. § 1er. Est puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement, celui qui en qualité d'auteur, de coauteur ou de complice, en violation de l'article L4122-7 ou de l'article L4122-8, délivre des exemplaires ou copies du registre des électeurs à des personnes non habilitées à les recevoir, communique ces exemplaires à des tiers après les avoir régulièrement reçus, fait usage des données du registre des électeurs à des fins autres qu'électorales.

§ 2. Les peines encourues par les complices des infractions visées au paragraphe 1er n'excèdent pas les deux tiers de celles qui leur seraient appliquées s'ils étaient l'auteur de ces infractions.



## ANNEXE 6a

**Modèle de déclaration des dépenses électorales consenties par un candidat se présentant aux élections pour le renouvellement des conseils communaux**

Elections communales du 13 octobre 2024

Déclaration des dépenses électorales consenties par un candidat se présentant aux élections pour le renouvellement des conseils communaux

Commune : .....

Remarque : Pour leur déclaration relative aux dépenses engagées pour les élections, les candidat(e)s qui ont parallèlement posé leur candidature pour les élections provinciales utilisent exclusivement le formulaire mis à disposition par la Région wallonne, et ce, *tant pour les élections communales que pour les élections provinciales*. Ils ne doivent pas remplir la présente déclaration.

Nom et prénom du (de la) candidat(e) : .....

Dénomination, sigle et numéro d'ordre de la liste :

.....  
.....

Montant maximum autorisé de dépenses ..... correspondant à ..... électeurs inscrits.

Le (la) soussigné(e), candidat(e) de la liste mentionnée ci-dessus, déclare avoir consenti les dépenses électorales ci-après pour l'élection dans la commune mentionnée ci-dessus :

*Rubrique 1. Dépenses et engagements financiers afférents à des prestations de services ou à des fournitures en vue de la communication de messages verbaux, écrits, sonores et visuels.*

- Indiquer par type de message le moyen de communication utilisé (radio, télévision, presse écrite<sup>1</sup>, tracts, affiches, panneaux de moins de 4 m<sup>2</sup> etc.), la date de la communication et le montant de la dépense en distinguant, si c'est possible, le coût des fournitures et celui des prestations de services elles-mêmes utilisées pour la communication.

Exemples :

Tracts : coût de la fourniture, coût de l'expédition par exemple par la Poste.

Télévision : coût de la production, coût de la communication.

Montant : ..... €

*Rubrique 2. Dépenses relatives à des prestations de services rémunérées non reprises à la rubrique 1.*

- Indiquer, par prestation de services, le prestataire et le montant de la prestation.

Montant : ..... €

*Rubrique 3. Dépenses relatives à l'acquisition ou à la location de biens ou de fournitures non visées à la rubrique 1.*

- Indiquer, par objet, l'identité des biens ou fournitures et le montant de l'acquisition ou de la location. Si la distinction entre la prestation de services et la fourniture n'est pas possible, le montant global est repris à la rubrique 2.

Montant : ..... €

<sup>1</sup> Préciser le journal ou le périodique, la date, la nature et le coût de la publication.

*Rubrique 4. Autres dépenses non visées aux rubriques 1 à 3.*

Par exemple, les dépenses effectuées par une tierce personne au profit du (de la) candidat(e).

Montant : ..... €

Montant total des rubriques 1 à 4 : ..... €

*Rubrique 5. Total des dépenses imputées par le parti politique (dénomination et adresse), sur son quota, en ma faveur : ..... €*

*Rubrique 6. Montant par nature de prestation ou de fourniture, des dépenses engagées par le candidat ou payées par lui et à imputer sur le montant autorisé de dépenses de la liste, avec l'accord du candidat figurant en tête de liste.*

Montant : ..... €

Montant total des rubriques 5 et 6 : ..... €

*Rubrique 7. Total des dépenses résultant de la diffusion ciblée de messages sur internet et les plateformes de médias sociaux en contrepartie d'une rémunération.*

Montant : ..... €

Le (la) soussigné(e) affirme que la déclaration de dépenses mentionnée ci-dessus est sincère et complète.

Fait à ..., le ...

(Nom et signature)

## ANNEXE 6b

**Modèle de déclaration d'origine des fonds utilisés par les candidats à des fins de propagande électorale en vue du renouvellement des conseils communaux**

Elections communales du 13 octobre 2024

Déclaration d'origine des fonds utilisés par les candidats à des fins de propagande électorale en vue du renouvellement des conseils communaux

Commune : .....

Remarque : Pour leur déclaration relative aux dépenses engagées pour les élections, les candidat(e)s qui ont parallèlement posé leur candidature pour les élections provinciales utilisent exclusivement le formulaire mis à disposition par la Région wallonne, et ce, *tant pour les élections communales que pour les élections provinciales*. Ils ne doivent pas remplir la présente déclaration.

Nom et prénom du (de la) candidat(e) : .....

Dénomination, sigle et numéro d'ordre commun du parti politique ou de la liste au nom de laquelle le (la) candidat(e) se présente :

.....  
.....

Le (la) soussigné(e) déclare par la présente que l'origine des fonds utilisés par lui (elle)-même ou par des tiers pour couvrir les dépenses qu'il (elle) a engagées à des fins de propagande électorale pour les élections mentionnées ci-avant est la suivante :

Rubrique 1.	Dons en espèces de personnes physiques <sup>2</sup>	.....
Rubrique 2.	Dons en espèces du parti politique ou de la liste au nom de laquelle le (la) candidat(e) est présenté(e) en ladite qualité pour représenter ledit parti <sup>3</sup>	.....
Rubrique 3.	Dons en nature du parti politique ou de la liste au nom de laquelle le (la) candidat(e) est présenté(e) en ladite qualité pour représenter ledit parti	.....
Rubrique 4.	Dons en nature de personnes physiques <sup>4</sup>	.....
Rubrique 5.	Autres prestations assimilées à des dons	.....
Rubrique 6.	Fonds en provenance du patrimoine du (de la) candidat(e)	.....
Montant total des rubriques 1 à 6 :		.....

Le (La) soussigné(e) déclare que les fonds mentionnés ci-avant constituent la totalité des fonds utilisés en vue des élections du 13 octobre 2024.

<sup>2</sup> L'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus doit faire l'objet d'un relevé à annexer à la présente déclaration. Ce relevé ne sera pas soumis à l'examen des électeurs mais sera transmis directement par le président du tribunal de première instance à l'autorité de contrôle des dépenses électorales.

<sup>3</sup> Les candidats peuvent recevoir des dons du parti politique ou de la liste au nom desquels ils font acte de candidature. Si le candidat signataire de la présente a reçu de tels dons, ils doivent être déclarés distinctement.

<sup>4</sup> Pour les dons en nature dont la contre-valeur exprimée en euros peut raisonnablement être estimée à au moins 125 euros par don, il y a lieu de se référer à la note 1.

Le (La) soussigné(e) s'engage en outre à enregistrer l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus et à communiquer ces données dans les trente jours de l'élection au président du tribunal de première instance dans le ressort duquel le bureau de circonscription est établi<sup>5</sup>.

Fait à ..., le ...

*(Nom et signature)*

---

<sup>5</sup> Cfr. note 1.

## ANNEXE 6c

**Modèle de déclaration des dépenses électorales consenties par une liste se présentant aux élections pour le renouvellement des conseils communaux**

Elections communales du 13 octobre 2024

Déclaration des dépenses électorales consenties par une liste se présentant aux élections pour le renouvellement des conseils communaux

Commune : .....

Remarque : Pour leur déclaration des dépenses électorales, les listes qui ont parallèlement posé leur candidature pour les élections provinciales utilisent exclusivement le formulaire mis à disposition par la Région wallonne, et ce, *tant pour les élections communales que pour les élections provinciales*. Elles ne doivent pas remplir la présente déclaration.

Dénomination, sigle et numéro d'ordre de la liste :

.....  
 .....

Montant maximum autorisé de dépenses ..... correspondant à  
 ..... électeurs inscrits.

Le (la) soussigné(e), candidat(e) en tête de liste mentionnée ci-dessus, déclare que ladite liste a consenti les dépenses électorales énumérées ci-après pour l'élection dans la commune mentionnée ci-dessus :

*Rubrique 1. Dépenses et engagements financiers afférents à des prestations de services ou à des fournitures en vue de la communication de messages verbaux, écrits, sonores et visuels.*

- Indiquer par type de message le moyen de communication utilisé (radio, télévision, presse écrite<sup>6</sup>, tracts, affiches, panneaux de moins de 4 m<sup>2</sup> etc.), la date de la communication et le montant de la dépense en distinguant, si c'est possible, le coût des fournitures et celui des prestations de services elles-mêmes utilisées pour la communication.

Exemples :

Tracts : coût de la fourniture, coût de l'expédition par exemple par la Poste.

Télévision : coût de la production, coût de la communication.

Montant : ..... €

*Rubrique 2. Dépenses relatives à des prestations de services rémunérées non reprises à la rubrique 1.*

- Indiquer, par prestation de services, le prestataire et le montant de la prestation.

Montant : ..... €

*Rubrique 3. Dépenses relatives à l'acquisition ou à la location de biens ou de fournitures non visées à la rubrique 1.*

- Indiquer, par objet, l'identité des biens ou fournitures et le montant de l'acquisition ou de la location. Si la distinction entre la prestation de services et la fourniture n'est pas possible, le montant global est repris à la rubrique 2.

Montant : ..... €

<sup>6</sup> Préciser le journal ou le périodique, la date, la nature et le coût de la publication.

*Rubrique 4. Autres dépenses non visées aux rubriques 1 à 3.*

Par exemple, les dépenses effectuées par une tierce personne au profit de la liste.

Montant : ..... €

Montant total des rubriques 1 à 4 : ..... €

*Rubrique 5. Dépenses reprises sous les rubriques 1 à 4 utilisées pour le financement de la campagne électorale d'un ou de plusieurs candidats déterminés de la liste.<sup>7</sup>*

Montant : ..... €

*Rubrique 6. Dépenses reprises sous les rubriques 1 à 4, financées ou payées par un ou plusieurs candidat(s) déterminé(s), et imputées sur les dépenses de la liste avec l'accord du (de la) candidat(e) figurant en tête de liste.<sup>8</sup>*

Montant : ..... €

*Rubrique 7. Total des dépenses résultant de la diffusion ciblée de messages sur internet et les plateformes de médias sociaux en contrepartie d'une rémunération.*

Montant : ..... €

N.B. Les rubriques 5 à 7 sont mentionnées pour information de manière à faciliter le contrôle et concernent des dépenses déjà incluses dans les rubriques 1 à 4.

Le (la) soussigné(e) déclare que les dépenses mentionnées dans les rubriques 1 à 4 constituent la totalité des dépenses et engagements financiers consentis par la liste lors de l'élection du 13 octobre 2024.

Fait à ..., le ...

(Noms et signatures)

<sup>7</sup> Indiquer le nom du (ou des) candidat(s) concerné(s) et le montant utilisé à son (leur) profit.

<sup>8</sup> Indiquer le nom du (ou des) candidat(s) concerné(s) et les dépenses que celui-ci (ceux-ci) a (ont) payées au profit de la liste.

## ANNEXE 6d

**Modèle de déclaration d'origine des fonds utilisés par des listes à des fins de propagande électorale en vue du renouvellement des conseils communaux**

Elections communales du 13 octobre 2024

Déclaration d'origine des fonds utilisés par des listes à des fins de propagande électorale en vue du renouvellement des conseils communaux

Commune : .....

Remarque : Pour leur déclaration des dépenses électorales, les listes qui ont parallèlement posé leur candidature pour les élections provinciales utilisent exclusivement le formulaire mis à disposition par la Région wallonne, et ce, *tant pour les élections communales que pour les élections provinciales*. Elles ne doivent pas remplir la présente déclaration.

Dénomination, sigle et numéro d'ordre de la liste :

.....  
 .....

Le (La) soussigné(e), candidat(e) en tête de liste mentionnée ci-dessus, déclare par la présente que l'origine des fonds utilisés pour les élections mentionnées ci-avant est la suivante :

Rubrique 1.	Dons en espèces de personnes physiques <sup>9</sup>	.....
Rubrique 2.	Dons en nature de personnes physiques <sup>10</sup>	.....
Rubrique 3.	Autres prestations assimilées à des dons	.....
Rubrique 4.	Fonds provenant des recettes procurées par des manifestations ou festivités organisées au profit de la liste	.....
Rubrique 5.	Fonds en espèces du parti politique au nom duquel la liste est présentée	.....
Rubrique 6.	Fonds en nature du parti politique au nom duquel la liste est présentée	.....
Montant total des rubriques 1 à 6 :		.....

Le (La) soussigné(e) déclare que les fonds mentionnés ci-avant constituent la totalité des fonds utilisés en vue des élections du 13 octobre 2024.

Le (La) soussigné(e) déclare avoir pris connaissance de ce que, en vertu de l'article L4131-7, § 1er, alinéa 1er, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, seules les personnes physiques qui ont leur résidence principale en Belgique et les personnes physiques de nationalité belge établies hors du territoire du Royaume peuvent faire des dons à des partis politiques et à leurs composantes, à des listes, à des candidats et à des mandataires politiques.

Le (La) soussigné(e) s'engage en outre à enregistrer l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus et à communiquer ces données dans les trente jours de l'élection au président du tribunal de première instance dans le ressort duquel le bureau de circonscription est établi<sup>11</sup>.

<sup>9</sup> L'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus doit faire l'objet d'un relevé à annexer à la présente déclaration. Ce relevé ne sera pas soumis à l'examen des électeurs mais sera transmis directement par le président du tribunal de première instance à l'autorité de contrôle des dépenses électorales.

<sup>10</sup> Pour les dons en nature dont la contre-valeur exprimée en euros peut raisonnablement être estimée à au moins 125 euros par don, il y a lieu de se référer à la note 1.

<sup>11</sup> Cfr. note 1.

Fait à ..., le ...

*(Nom et signature)*



**ANNEXE 7**

**Modèle de relevé portant enregistrement de l'identité des personnes physiques effectuant des dons de 125 euros et plus à des partis politiques, à des listes, et à des candidats**

Elections communales du 13 octobre 2024

Relevé portant enregistrement de l'identité des personnes physiques effectuant des dons de 125 euros et plus à des partis politiques, à des listes, et à des candidats

Remarque : Pour leur relevé des dons de 125 euros et plus, les listes ou candidats, selon le cas, qui ont parallèlement posé leur candidature pour les élections provinciales utilisent exclusivement le formulaire mis à disposition par la Région wallonne, et ce, *tant pour les élections communales que pour les élections provinciales*. Ils ne doivent pas remplir la présente déclaration.

Cochez la case adéquate :

- Je soussigné(e), agissant au nom du parti politique (*indiquer ici le sigle du parti et sa dénomination complète, ainsi que l'adresse de son siège*) .....
- Je soussigné(e), ayant fait acte de candidature à l'élection du 13 octobre 2024 en vue du renouvellement de (*indiquer ici la dénomination de la ou des assemblée(s) concernée(s), soit le Conseil provincial ou le Conseil communal*) .....  
 et ayant figuré en cette qualité à la place de (*indiquer ici le rang occupé sur la liste*) .....  
 sur la liste (*indiquer ici le sigle de la liste et sa dénomination complète*) .....  
 dans la/les circonscription(s) électorale(s) de (*indiquer ici la dénomination et le chef-lieu de la ou des circonscription(s) concernée(s) et, en cas de candidature à plus d'une élection lors d'élections simultanées en vue du renouvellement de plusieurs assemblées, mentionner, pour chacune de celles-ci, les renseignements ci-avant, à savoir le rang occupé sur la liste, le sigle de la liste et sa dénomination complète, ainsi que la dénomination et le chef-lieu de la circonscription électorale dans laquelle la candidature a été introduite*) .....
- Je soussigné(e), agissant au nom de la liste (*indiquer ici le sigle de la liste et sa dénomination complète*) .....  
 présentée à l'élection du 13 octobre 2024 en vue du renouvellement de (*indiquer ici la dénomination de l'assemblée concernée, soit le Conseil provincial ou le Conseil communal*) .....  
 et ayant figuré en cette qualité à la place de premier candidat sur ladite liste dans la circonscription électorale de (*indiquer ici la dénomination et le chef-lieu de la circonscription électorale dans laquelle la candidature a été introduite*)<sup>12</sup> .....

déclare sur l'honneur avoir reçu des personnes physiques mentionnées ci-après les dons de 125 euros et plus dont la liste figure au présent relevé<sup>13</sup> :

<sup>12</sup> Formule à compléter pour le relevé des dons de 125 euros et plus faits au profit de la liste en tant que telle.

<sup>13</sup> Compléter le tableau qui suit dans l'ordre de la réception des dons. Les lignes du tableau peuvent être dupliquées si nécessaire.

N° d'ordre du don	Date à laquelle le don a été réceptionné	Identité de la personne physique ayant effectué le don (nom, prénom, nationalité, adresse complète de l'auteur du don)	Montant du don <sup>14</sup>
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
		Total général	

Fait à ..., le ...

*Signature*

*(Nom, prénom, qualité et adresse complète du déclarant<sup>15</sup>)*

<sup>14</sup> Indiquer le montant exact du don en euros ou, s'il ne s'agit pas d'un don en espèces, sa contre-valeur en euros dans la mesure où elle doit raisonnablement être évaluée à au moins 125 euros.

<sup>15</sup> Le présent relevé doit être joint à la déclaration de l'origine des fonds de la personne concernée. Ce relevé ne sera pas soumis à l'examen des électeurs, mais sera transmis directement par le président du tribunal de première Instance à l'instance de contrôle des dépenses électorales.

## ANNEXE 8

## Formulaire de procuration

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024  
Procuration

---

▪ **Marche à suivre**

---

Si vous vous trouvez dans l'impossibilité d'aller voter en personne, le 13 octobre 2024, vous devez donner procuration à un autre **électeur**<sup>16</sup> afin qu'il vote en votre nom et pour votre compte. Le vote par procuration est autorisé **uniquement pour les raisons reprises ci-dessous** (*motifs de la procuration*). Vous devez alors donner la procuration à cet électeur qui sera le porteur de votre procuration.

Ceci doit **impérativement** se faire **via le formulaire ci-dessous**. Joignez au formulaire la ou les pièces justifiant l'impossibilité de vous présenter au bureau de vote.

**Comment faire ?**

1. Assurez-vous d'être dans une situation justifiant un vote par procuration (*voir ci-dessous les motifs de la procuration*).
2. Complétez le formulaire ci-dessous et rassemblez la ou les pièce(s) justificative(s) qui correspond(ent) à votre situation.
3. Remettez ces documents à l'électeur qui portera votre procuration. Le jour de l'élection, le porteur de procuration se présentera au bureau de vote dans lequel vous êtes convoqué<sup>17</sup>. Le porteur de procuration devra être muni<sup>18</sup> :
  - de sa convocation ;
  - de sa carte d'identité ;
  - du présent formulaire dûment complété ;
  - de la ou des pièces justificatives nécessaires.
4. Le président du bureau de vote vérifiera les documents en possession du porteur de procuration et pourra refuser le vote par procuration si la procédure n'a pas été respectée<sup>19</sup>.  
Le président du bureau de vote apposera la mention « a voté par procuration » sur la convocation du porteur de procuration.

Des règles spécifiques s'appliquent si le porteur de procuration est un candidat<sup>20</sup> ou s'il est membre d'un bureau de vote<sup>21</sup>. Les témoins ne peuvent pas porter une procuration.

---

<sup>16</sup> Vous ne pouvez donner procuration qu'à un électeur. Celui-ci ne peut détenir plus d'une procuration. Celui-ci doit simplement posséder la qualité d'électeur (pas nécessairement dans la même commune que vous). Un électeur non-belge ne peut être porteur de procuration que pour un autre électeur non-belge.

<sup>17</sup> Il devra éventuellement se rendre dans un bureau de vote différent de celui auquel il est lui-même convoqué.

<sup>18</sup> Il n'est pas requis que le porteur de procuration soit en possession de votre convocation le jour de l'élection.

<sup>19</sup> Les motifs suivants justifient un refus de vote par procuration :

- le porteur de procuration ne présente pas l'ensemble des documents mentionnés au point 3 ci-dessus ;
- le porteur de procuration présente un modèle de formulaire autre que le modèle officiel ;
- le porteur de procuration ou vous-même ne possédez pas la qualité d'électeur ;
- il est établi que vous avez déjà voté pour l'élection concernée, en personne ou par procuration ;
- il est établi que le porteur de procuration a déjà voté par procuration pour l'élection concernée ;
- le formulaire présenté par le porteur de procuration n'est pas signé à la fois par lui-même et par vous-même ;
- le formulaire présenté par le porteur de procuration n'est pas pleinement complété (le cas de figure visé est celui où certaines rubriques à compléter obligatoirement ne seraient pas complétées).

<sup>20</sup> - Le candidat qui est porteur de procuration peut être porteur de procuration pour son conjoint ou cohabitant légal, un parent ou allié ayant fixé sa résidence principale à son domicile. Il peut être porteur de procuration d'un parent ou allié n'ayant pas fixé sa résidence principale à son domicile, pour autant que la parenté soit établie jusqu'au troisième degré.

- Si vous-même et le candidat porteur de procuration êtes tous deux inscrits au registre de population de la même commune, le bourgmestre de cette commune, ou son délégué, atteste sur le formulaire de procuration le lien de parenté.

- Si vous-même et le candidat porteur de procuration n'êtes pas inscrits dans la même commune, le bourgmestre de la commune où le porteur de procuration est inscrit, ou le délégué du bourgmestre, atteste le lien de parenté sur présentation d'un acte de notoriété. L'acte de notoriété doit dans ce cas être joint au formulaire de procuration.

<sup>21</sup> Tout membre d'un bureau de vote ne peut être porteur de procuration que pour un électeur convoqué dans le bureau de vote où il officie. Ceci se justifie par le fait que, conformément à l'article L4143-19 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, les membres du bureau de vote sont amenés à voter dans le bureau où ils officient.

▪ **Données du mandant et du porteur de procuration**

Je soussigné(e) (nom et prénoms) .....  
 né(e) le ..... résidant à .....  
 rue.....n°.....bte.....  
 N° d'identification au Registre National des personnes physiques :.....  
 inscrit(e) comme électeur(rice) dans la commune de.....  
 donne procuration à (nom et prénoms).....  
 né(e) le.....résidant à .....  
 rue .....n°.....bte.....

▪ **Raison de la procuration**

Pour voter en mon nom et pour mon compte aux élections du 13 octobre 2024, pour la raison suivante<sup>22</sup> :

Je suis, pour cause de **maladie ou d'infirmité** de moi-même, d'un parent, allié ou cohabitant, dans l'incapacité de me rendre au bureau de vote ou d'y être transporté. Je joins un certificat médical. Celui-ci ne doit pas nécessairement mentionner la nature de la maladie ou de l'infirmité de la personne concernée.

Je suis, pour des **raisons professionnelles**, motifs d'études ou de formation professionnelle<sup>23</sup>:  
 a) retenu à l'étranger, de même que les électeurs, membres de ma famille, qui résident avec moi ;  
 b) me trouvant en Belgique au jour du scrutin, dans l'impossibilité de me présenter au bureau de vote.  
 Je joins un certificat délivré par mon employeur, mon établissement d'enseignement ou de formation professionnelle. Si je suis un indépendant, l'impossibilité visée sous a) ou b) est attestée par une déclaration sur l'honneur préalable que j'effectue auprès de mon administration communale au moyen du modèle annexé à ce formulaire (annexe 3).

Je me trouve, au jour du scrutin, dans une **situation privative de liberté** par suite d'une mesure judiciaire. Cet état est attesté par la direction de l'établissement où je séjourne, que je joins.

Je suis, pour des raisons autres que celles mentionnées ci-dessus, absent de mon domicile le jour du scrutin en raison d'un **séjour temporaire à l'étranger**, et me trouverai dès lors dans l'impossibilité de me présenter au centre de vote. Je joins l'une des pièces suivantes : une attestation de l'organisation de voyages, un titre de transport valable ou une preuve de réservation valable. La pièce justificative, pour être valable, doit mentionner mon identité, la date du séjour et l'information démontrant que le séjour se déroule en dehors du territoire belge.  
 Si je ne dispose pas de ces pièces, je joins le certificat du bourgmestre annexé au présent formulaire (annexe 1), que j'obtiens à l'administration communale contre production d'autres pièces justificatives ou, à défaut, d'une déclaration écrite sur l'honneur annexée au présent formulaire (annexe 2).  
 Attention ! Le certificat du bourgmestre ne peut être obtenu à l'administration communale qu'au plus tard la veille du jour de l'élection.

Si le porteur de procuration est un candidat, l'annexe 4 du présent formulaire doit être complétée.

Fait à ..., le ...

**Le mandant,**  
 (Signature)

**Le porteur de procuration,**  
 (Signature)

<sup>22</sup> Cocher la case adéquate.

<sup>23</sup> Entourer la lettre adéquate.

▪ **Annexe 1 : Certificat du Bourgmestre**

Cette annexe ne doit être complétée que si le mandant, le jour de l'élection, est dans l'impossibilité de voter car il se trouve **en séjour temporaire à l'étranger pour des raisons autres que professionnelles, et s'il ne peut pas fournir, en tant que pièce justificative, une attestation d'une organisation de voyages, un titre de transport valable ou une preuve de réservation valable.**

Dans ce cas, l'électeur présente à l'administration communale, au plus tard la veille du jour de l'élection, une pièce justificative autre que l'une citée ci-dessus, ou, à défaut, la déclaration écrite sur l'honneur figurant à l'annexe 2 du présent formulaire.

Je soussigné(e).....,  
 bourgmestre de la commune de.....,  
 atteste par la présente, après avoir pris connaissance des justificatifs qui m'ont été soumis, que M/Mme  
 (*nom et prénoms*), .....  
 résidant à .....rue.....  
 N°.....boîte.....portant le n° d'identification au Registre national des personnes  
 physiques inscrit(e) comme électeur(rice) sous le numéro.....  
 est dans l'impossibilité de se présenter au bureau de vote en raison d'un séjour temporaire à l'étranger,  
 non motivé par des raisons professionnelles. L'intéressé(e), qui a introduit sa demande le (*date de la  
 demande*) ....., remplit dès lors les conditions prévues par l'article L4132-1 du  
 Code de la démocratie locale et de la décentralisation, pour mandater un autre électeur à l'effet de voter  
 en son nom et pour son compte.

**Le Bourgmestre (ou son délégué),**  
*Sceau de la commune (signature)*

▪ **Annexe 2 : Déclaration écrite sur l'honneur (séjour temporaire à l'étranger)**

---

Je soussigné(e), .....,  
atteste sur l'honneur être dans l'impossibilité d'aller voter le jour de l'élection car je me trouverai ce jour-là **en séjour temporaire à l'étranger pour des raisons autres que professionnelles**. J'atteste ne pas disposer d'une attestation d'une organisation de voyages, d'un titre de transport valable, d'une preuve de réservation valable ni d'une quelconque autre pièce justificative susceptible d'établir la réalité dudit séjour à l'étranger.

Je reconnais avoir pris connaissance de l'article L4168-15 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation figurant ci-dessous.

Article L4168-15 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation :

*Art. L4168-15. § 1<sup>er</sup>. Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :*

*1° donner procuration en application de l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, en l'absence des conditions requises à cet effet ;*

*2° ayant donné procuration, laisser voter son porteur de procuration malgré l'absence, au moment du vote, des conditions prévues à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup> ;*

*3° voter sciemment au nom de son mandant alors que celui-ci était décédé, ou alors qu'il était possible au mandant d'exercer lui-même son droit de vote ;*

*4° accepter ou donner plusieurs mandats en application de l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>.*

*§ 2. Toute personne coupable de ces délits est punie d'une amende de 26 à 1.000 euros.*

**Le mandant,**  
(Signature)

▪ **Annexe 3 : Déclaration écrite sur l'honneur (travailleur indépendant)**

Cette annexe ne doit être complétée que par l'électeur qui exerce sa profession en tant qu'**indépendant** et qui se trouve dans l'impossibilité d'aller voter en raison de ses obligations professionnelles le jour de l'élection.

En ma qualité de travailleur indépendant, Je soussigné(e), ....., certifie sur l'honneur être dans l'impossibilité d'exercer mon droit de vote le jour de l'élection en raison de mes obligations professionnelles.

Je reconnais avoir pris connaissance de l'article L4168-15 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation figurant ci-dessous.

Article L4168-15 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation :

*Art. L4168-15. § 1<sup>er</sup>. Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :*

*1° donner procuration en application de l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>, en l'absence des conditions requises à cet effet ;*

*2° ayant donné procuration, laisser voter son porteur de procuration malgré l'absence, au moment du vote, des conditions prévues à l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup> ;*

*3° voter sciemment au nom de son mandant alors que celui-ci était décédé, ou alors qu'il était possible au mandant d'exercer lui-même son droit de vote ;*

*4° accepter ou donner plusieurs mandats en application de l'article L4132-1, § 1<sup>er</sup>.*

*§ 2. Toute personne coupable de ces délits est punie d'une amende de 26 à 1.000 euros.*

**Le mandant,**  
(Signature)

- **Annexe 4 : Déclaration du Bourgmestre (ou de son délégué) au cas où le porteur de procuration est un candidat**

Cette annexe ne doit être complétée **que si le porteur de procuration est un candidat.**

→ **Au cas où le mandant et le porteur de procuration habitent dans la même commune**

Je soussigné(e), bourgmestre de la commune de<sup>24</sup> .....  
atteste par la présente que le mandant et le porteur de procuration précités y sont tous deux inscrits au registre de la population et que M./Mme (*nom du porteur de procuration*) ..... est le/la (*indiquer ici le lien de parenté ou l'alliance*) .....  
de M./Mme (*indiquer le nom du mandant*) .....

**Le Bourgmestre (ou son délégué),**  
(Sceau de la commune)

→ **Au cas où le mandant et le porteur de procuration habitent dans des communes différentes**

Je soussigné(e), bourgmestre de la commune de<sup>25</sup> .....  
atteste par la présente que M./Mme (*nom du porteur de procuration*) ..... y est inscrit(e) au registre de la population et certifie, sur le vu de l'acte de notoriété qui m'a été présenté, que le/la précité(e) est le/la (*indiquer ici le lien de parenté ou d'alliance*) .....  
de M./Mme (*nom du mandant*) .....

**Le Bourgmestre (ou son délégué),**  
(Sceau de la commune)

<sup>24</sup> Cette rubrique est à compléter par le bourgmestre de la commune au registre de la population de laquelle le mandant et le mandataire sont tous deux inscrits.

<sup>25</sup> Cette rubrique est à compléter par le bourgmestre de la commune au registre de la population de laquelle le mandataire est inscrit, lorsque le mandant a sa résidence principale dans une autre commune.



## ANNEXE 9

## Modèle de registre spécial des procurations

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024  
Registre spécial des procurations

Commune : .....

N° d'ordre	Nom de l'électeur	Prénom de l'électeur	Adresse de la résidence principale de l'électeur	Motif de la demande <sup>26</sup>	Pièce(s) justificative(s) <sup>27</sup>
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					

<sup>26</sup> Dans le cadre de l'organisation des élections locales, une série de documents transitent par l'administration communale, dont les justificatifs d'absence transmis par les électeurs. Ces documents peuvent intervenir dans la procédure de vote par procuration.

Le registre des procurations s'inscrit dans une logique de prévention des risques de fraudes.

Il établit le répertoire des documents suivants, qui transitent par l'administration communale :

- les duplicatas des convocations électorales ;
- les pièces justificatives d'absence transmises par les électeurs ;
- les éventuels documents relatifs aux procurations ;
- les procurations qui requièrent un contreseing du Bourgmestre.

Il vous est également demandé de délivrer systématiquement un accusé de réception à toute personne qui dépose l'un de ces documents. Ceux-ci doivent, en outre, être placés dans un lieu sécurisé.

Enfin, il est porté à votre attention que le document de gestion interne mentionné ci-dessus reprend le nom des électeurs concernés et d'autres informations le concernant. Le document de gestion dont question ci-dessus est purement interne à l'administration communale, il ne sera pas rendu public.

Il vous appartient de prendre les mesures appropriées en vue de respecter la législation relative à la protection des données personnelles.

<sup>27</sup> Dans cette case, indiquez la nature des documents produits.

## ANNEXE 10

**Formulaire relatif au paiement des jetons de présence des membres des bureaux communaux  
et des bureaux de vote**

Élections communales et provinciales du 13 octobre 2024

Paiement des jetons de présence des membres des bureaux communaux et des bureaux de vote

Province : .....  
Canton : .....  
Commune : .....  
Bureau (de vote n°) : .....

Date de la séance : .....  
Tél. ou GSM du président : .....

*Pour permettre un paiement rapide, les membres du bureau mentionnent de façon claire et précise leurs coordonnées, spécialement leur numéro de compte.*

Instructions à suivre

1° Ce document est à établir en double exemplaire :

- le premier est à remettre le jour du scrutin à l'administration communale qui le remettra, le lundi matin suivant les élections, au Ministère de la Communauté germanophone ;
- le second est à conserver par le président du bureau.

2° Le numéro d'identification au Registre national des personnes physiques<sup>28</sup> permet l'inscription au dossier population des membres du bureau électoral du nombre de fois où ils ont siégé en une telle qualité.

Le président de ce bureau électoral confirme la présence des personnes dont les noms figurent sur cette liste.

Les soussignés, président, secrétaire et assesseurs du bureau électoral susmentionné, déclarent que les données figurant ci-dessous sont exactes.

*Président*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Secrétaire 1*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Secrétaire 2 (éventuellement)*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

<sup>28</sup> Ce numéro est renseigné au verso de la carte d'identité.

*Assesseeur 1*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Assesseeur 2*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Assesseeur 3*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Assesseeur 4*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Assesseeur 5 (pour les bureaux de vote uniquement)*

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

*Remplaçants pendant le cours des opérations (éventuellement)*

.....

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

.....

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

.....

Nom, prénom		Signature
N° du Registre national		
N° de compte bancaire (IBAN)		

## ANNEXE 11

**Déclaration de créance - Indemnités pour prestations exceptionnelles particulières des membres des bureaux de circonscription et de canton**

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024

Indemnités pour prestations exceptionnelles particulières des membres des bureaux de circonscription et de canton

Province : .....  
Canton : .....  
Commune : .....

Cochez la case adéquate :

- Bureau communal  
 Bureau de district  
 Bureau de canton

Transmis à l'Administration provinciale du ressort du bureau de circonscription ou de canton, le .....

*Pour permettre le paiement rapide, mentionnez vos coordonnées de façon claire et complète. N'oubliez pas de vérifier votre numéro de compte bancaire.*

Je soussigné(e) :

M./Mme (nom et prénom)	
Adresse	
Code postal	
Commune	
Tél. ou GSM	
Numéro de compte bancaire (IBAN)	

Déclare avoir effectué les prestations suivantes en dehors des heures de travail normales de l'exercice de ma profession :

1. Envoi des courriers, relevés et tableaux exigés par le Code de la démocratie locale et de la décentralisation ou par l'accord de coopération du 9 novembre 2023 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande, y compris l'expédition des procès-verbaux

Oui     Non

Durée : ..... heures.

2. Désignation des membres des bureaux

Oui     Non

Durée : ..... heures.

3. Investigations quant à l'éligibilité des candidats

Oui     Non

Durée : ..... heures.

4. Encodage numérique des listes et leur transmission

Oui     Non

Durée : ..... heures.

5. Correction des doubles candidatures suite à la vérification par les Gouvernements

Oui     Non

Durée : ..... heures.

6. Actualisation des écrans de vote dans les bureaux de circonscription

Oui     Non

Durée : ..... heures.

7. Communication de la liste officielle des candidats aux candidats et aux déposants qui le demandent

Oui     Non

Durée : ..... heures.

8. Communication des extraits du procès-verbal de recensement aux élus

Oui     Non

Durée : ..... heures.

9. Autre (*mentionnez la nature de la/les prestation(s)*) :

.....  
.....  
.....  
.....

Je joins à la présente, pour chacune des prestations visées ci-dessus, les pièces justificatives. Par ailleurs, je joins à la présente le justificatif attestant de la nécessité de la tâche visée au point 9.

Le président du bureau électoral atteste l'exactitude de cette déclaration.

Certifié sincère et complet.

Fait à ..., le ...

**Le Président,**  
(*Signature*)

**Le déclarant,**  
(*Signature*)

**ANNEXE 12****Attestation justifiant de la nécessité d'une tâche exceptionnelle**

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024  
Attestation justifiant de la nécessité d'une tâche exceptionnelle

---

Province : .....  
Canton : .....  
Commune : .....

*Cochez la case adéquate :*

- Bureau communal  
 Bureau de district  
 Bureau de canton

Je soussigné(e), M./Mme .....,

Déclare avoir effectué la ou les tâche(s) suivante(s) :

.....  
.....

Cette tâche (ces tâches) était (étaient) justifiée(s) en raison des motifs suivants :

.....  
.....

Il m'était par ailleurs impossible d'effectuer cette tâche (ces tâches) durant mes heures de travail normales pour les motifs suivants :

.....  
.....

Certifié sincère et complet.

Fait à ..., le ...

**Le Président,**  
(Signature)

**Le déclarant,**  
(Signature)

## ANNEXE 13

**Déclaration de créance - Frais réels des membres de bureaux de circonscription et de canton**

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024  
Frais réels des membres de bureaux de circonscription et de canton

Province : .....  
Canton : .....  
Commune : .....  
Bureau : .....

A transmettre à l'Administration provinciale du ressort du bureau de circonscription ou de canton, le  
(date) .....

*Pour permettre le paiement rapide, mentionnez vos coordonnées de façon claire et complète. N'oubliez pas de vérifier votre numéro de compte bancaire.*

Le (la) soussigné(e) :

M./Mme (nom et prénom)	
Adresse	
Code postal	
Commune	
Bureau électoral	
Fonction au sein du bureau	
Numéro de compte bancaire (IBAN)	
Montant total dû (addition des montants des points 1 à 5 ci-dessous)	

Déclare qu'il lui est dû le remboursement de frais réels, pour le montant global spécifié ci-dessus et afférents aux tâches suivantes :

*Biffez la mention inutile :*

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| 1. Reproduction de documents : | oui/non, pour un montant de ..... euros. |
| 2. Appels téléphoniques :      | oui/non, pour un montant de ..... euros. |
| 3. Papeterie :                 | oui/non, pour un montant de ..... euros. |
| 4. Transport des accessoires : | oui/non, pour un montant de ..... euros. |
| 5. Autres frais semblables :   | oui/non, pour un montant de ..... euros. |

Origine et justification de ces frais :

.....  
.....

Je joins à la présente, pour chacun des frais visés ci-dessus, les pièces justificatives.

Le président du bureau électoral atteste l'exactitude de cette déclaration.

Certifié sincère et complet.

Fait à ..., le ...

**Le Président,**  
(Signature)

**Le déclarant,**  
(Signature)

## ANNEXE 14

**Formulaire de remboursement des frais de déplacement des membres des bureaux communaux et des bureaux de vote**

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024

Remboursement des frais de déplacement des membres des bureaux communaux et des bureaux de vote

Province : .....  
 Canton : .....  
 Commune : .....  
 Bureau (de vote n°) : .....

Cette déclaration de créance doit être transmise au plus tard le ..... (date) à l'adresse du Ministère de la Communauté germanophone.

*Pour permettre le paiement rapide, mentionnez vos coordonnées de façon claire et complète. N'oubliez pas de vérifier votre numéro de compte bancaire.*

Le (La) soussigné(e) :

M./Mme (nom et prénom)	
Adresse	
Code postal	
Commune	
Tél. ou GSM	
Bureau électoral	
Fonction au sein du bureau	
Numéro de compte bancaire (IBAN)	

Déclare qu'il lui est dû le remboursement des frais de déplacement effectué pour les élections entre les communes suivantes :

Départ	Destination

Nombre de kilomètres parcourus	Nombre de déplacements	Raison des déplacements

A rembourser : ..... km x 0,4280 euros, soit un montant total de ..... euros.

La somme est à verser au compte bancaire indiqué ci-dessus.

Le président du bureau électoral atteste l'exactitude de cette déclaration.

Certifié sincère et complet.

Fait à ..., le ...

**Le Président,**  
(Signature)

**Le déclarant,**  
(Signature)



## ANNEXE 15

## Formulaire de remboursement des frais de déplacement des électeurs

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024  
Remboursement des frais de déplacement des électeurs

A transmettre au : Ministère de la Communauté germanophone  
Gospertstrasse 1  
4700 Eupen

*Pour permettre le paiement rapide, mentionnez vos coordonnées de façon claire et complète. N'oubliez pas de vérifier votre numéro de compte bancaire.*

Le (La) soussigné(e) :

M./Mme (nom et prénom)	
Adresse	
Code postal	
Commune	
Tél. ou GSM	
Numéro de compte bancaire (IBAN)	

Déclare qu'il lui est dû le remboursement des frais de déplacement effectué pour les élections entre les communes suivantes :

Départ (adresse du lieu de départ de l'intéressé(e))	Destination (adresse du bureau de vote)

Pour lui/elle-même et les personnes suivantes, membres de la famille, également électeurs :

..... Nom et Prénom(s)	..... Nom et Prénom(s)
..... Nom et Prénom(s)	..... Nom et Prénom(s)
..... Nom et Prénom(s)	..... Nom et Prénom(s)
..... Nom et Prénom(s)	..... Nom et Prénom(s)

Cochez le motif de votre déplacement :

- Vous avez déménagé et êtes convoqué dans votre ancienne commune de résidence
- Vous, ou une personne de votre foyer, exercez une profession à l'étranger
- Vous, ou une personne de votre foyer, exercez une profession dans une autre commune que celle où devez voter
- Vous êtes étudiant séjournant, en raison de vos études, dans une commune autre que celle où vous devez voter
- Vous séjournez dans un établissement hospitalier ou dans une maison de santé, situé dans une autre commune que celle où vous devez voter

Doivent être jointes à la présente les pièces justificatives suivantes :

1° la lettre de convocation estampillée par le bureau de vote ;

2° l'un des documents suivants :

a) une attestation de l'employeur établissant qu'ils sont rémunérés par lui s'il s'agit d'électeurs salariés ou appointés en mission à l'étranger ou exerçant leur profession dans une commune autre que celle où ils votent ;

- b) une attestation de la direction de l'établissement d'enseignement constatant qu'ils y sont régulièrement inscrits s'il s'agit d'électeurs qui séjournent, en raison de leurs études, dans une commune autre que celle où ils votent ;
- c) une attestation de la direction du centre d'accueil, de l'établissement hospitalier, ou de la maison de santé constatant qu'ils y sont hébergés ou qu'ils s'y trouvent en traitement s'il s'agit d'électeurs séjournant, pour des raisons d'ordre médical, dans une commune autre que celle où ils votent ;
- 3° le cas échéant, le titre de transport en commun dont il a été fait usage.

Les frais sont remboursés sur la base du tarif des transports de voyageurs en deuxième classe, tel qu'il est appliqué par la Société nationale des chemins de fer belges le jour de l'élection.

La somme est à verser au compte indiqué ci-dessus.

Cette déclaration de créance doit être transmise au plus tard le ..... (date) à l'adresse du Ministère de la Communauté germanophone.

Certifié sincère et complet.

Fait à ..., le ...

**Le déclarant,**  
(*Signature*)

## ANNEXE 16

## Modèle de formulaire de demande d'orientation vers un centre de vote adapté

Elections communales et provinciales du 13 octobre 2024  
Demande d'orientation vers un centre de vote adapté

Je soussigné(e),

Nom et prénom	
Date de naissance	
Résidence (rue, n°, boîte, commune)	
N° d'identification au Registre national des personnes physiques	
Commune d'inscription comme électeur	

Déclare vouloir faire usage de la faculté qui m'est donnée d'être orienté(e) vers un centre de vote adapté, en vue des élections communales et provinciales du 13 octobre 2024.

**Le déclarant,**  
(signature)

Vu pour être annexe à l'Accord de coopération d'exécution entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 13 octobre 2024 sur le territoire de la région de langue allemande.

Fait à Namur, le 6 juin 2024.

Pour le Gouvernement wallon,

Le Ministre-Président,  
E. DI RUPO

Le Ministre du Logement, des Pouvoirs locaux et de la Ville,  
Ch. COLLIGNON

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/202997]

**16. MAI 2024 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 6. Juli 2023 zur Bestellung der Mitglieder des Beirats für Gesundheit**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 27. Februar 2023 zur Schaffung eines Beirats für Gesundheit, Artikel 3 § 3 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 3. Mai 2004 zur Förderung der ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen in beratenden Gremien, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2011;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 6. Juli 2023 zur Bestellung der Mitglieder des Beirats für Gesundheit;

Aufgrund der Vorschläge der im Beirat für Gesundheit vertretenen Organisationen, Einrichtungen und Berufsgruppen;

Auf Vorschlag des für Gesundheit zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 1 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 6. Juli 2023 zur Bestellung der Mitglieder des Beirats für Gesundheit wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 2 wird die Wortfolge "Herr Martin Root" durch die Wortfolge "Frau Sophie Piedboeuf" ersetzt und die Wortfolge "Frau Isabelle Finck" wird durch die Angabe "N.N." ersetzt;

2. in Nummer 6 wird die Wortfolge "N.N. als sein Ersatzvertreter" durch die Wortfolge "Frau Laurianne Longton als seine Ersatzvertreterin" ersetzt;

3. in Nummer 7 wird die Wortfolge "N.N. als ihr entsprechender Ersatzvertreter" durch die Wortfolge "Frau Ramona Mausen als ihre entsprechende Ersatzvertreterin" ersetzt.